

The image features a photograph of a window with a view of a building and a blue sky. Overlaid on the photograph is a large, solid pink silhouette of a woman in a dress walking. The text is printed in large, bold, white, sans-serif capital letters across the top and middle of the image.

WAS MACHT EINE STADT FÜR ALLE AUS? IMPULSE UND EMPFEHLUNGEN FÜR EIN SOLIDARISCHES GÖTTINGEN

STADTLABOR: MIGRATION BEWEGT GÖTTINGEN
EIN KOOPERATIONSPROJEKT ZWISCHEN WISSENSCHAFT,
KULTUR UND ZIVILGESELLSCHAFT (MÄRZ 2019 – MÄRZ 2020)

	KURZZUSAMMENFASSUNG	4
1	STADTLABOR: MIGRATION BEWEGT GÖTTINGEN	5
2	STADT, MIGRATION UND DIE GESELLSCHAFT DER VIELEN – EINE HINLEITUNG AUS DER PERSPEKTIVE DER MIGRATIONSFORSCHUNG	8
3	LABORE ALS KATALYSATOR FÜR DIE POSTMIGRANTISCHE GESELLSCHAFT? DREI THESEN ZUM ERFAHRUNGSUSTAUSCH UNTER LABORFORMATEN	12
4	MIGRATION UND TEILHABE IN GÖTTINGEN	16
	I MIGRANTISCHE SELBSTORGANISATIONEN	17
	4.1. Migrationsorganisationen als selbstständige Akteure der Integrationsarbeit - ein Praxisbeispiel	18
	4.2 „Dafür bräuchte es einen Dichter, der das dokumentiert“ - ein Arbeitsbericht	21
	II INTEGRATION UND PARTIZIPATION – BESTANDSANALYSE DES STÄDTISCHEN INSTITUTIONELLEN HANDELNS	25
	4.3 Was macht Teilhabe für Alle aus? Defizite und Bedarfe aus der Perspektive der Ehrenamtsarbeit	26
	4.4 Erfahrungsaustausch zum kommunalen Integrationskonzept	28
	4.5 Sicherer Hafen „Göttingen“ und seine schleppende Umsetzung	29
	4.6 Menschen ohne Krankenversicherung in Göttingen	32
	4.7 Monitoring institutionellen Rassismus – ein Erfahrungsbericht	34
	III KULTURELLE PARTIZIPATION UND (SELBST)REPRÄSENTATION	36
	4.8 Perspektivenvielfalt spiegeln: Theater in der migrantischen Gesellschaft	37
	4.9. „Verschiedenheit ist unsere einzige gemeinsame Chance“ – Theaterarbeit diversifizieren	40
	4.10 Das Museum im Labor. Third Spaces und Contact Zones in der Migrationsgesellschaft	42
	IV ALLTAGSERFAHRUNGEN MIT DISKRIMINIERUNG UND AUSSCHLUSS IN DER STADT GÖTTINGEN	45
	4.11 Auch in Göttingen: Arbeit zwischen Integration und Ausbeutung	46
	4.12 Nachhaltige Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Göttingen: Defizite und Errungenschaften in Göttingen seit 2015	48
	4.13 Migrantische Alltagserfahrungen in Göttingen. Ausgrenzung, Allianzen und die Schaffung ‚eigener‘ urbaner Orte	50
	4.14 Die Situation von geflüchteten Frauen und Mädchen in Göttingen	53
	4.15 Wer hat Angst vorm Waageplatz? Racial Profiling in der nördlichen Innenstadt	55
	4.16 Dann nehmen wir’s eben selbst in die Hand: Nachbarschaftliche Teilhabe in der nördlichen Innenstadt	57
	4.17 Internationale Studierende im Stadtlabor: Göttingen jenseits des Studienalltags	59
5	IMPULSE UND EMPFEHLUNGEN FÜR EIN SOLIDARISCHES GÖTTINGEN	61
6	EPILOG	63
7	ÜBER DIE BEITRAGENDEN	68
8	LITERATUR	71
9	ANHANG	73

Was macht eine Stadt für alle aus? Impulse und Empfehlungen für ein solidarisches Göttingen

Eine Bilanz des Stadtlabor-Prozesses

KURZZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Broschüre zieht eine vorläufige Bilanz und reflektiert die Debatten um Göttingen als Einwanderungsstadt, wie sie in dem letzten knappen Jahr im Rahmen des Stadtlabors „Migration bewegt Göttingen“ stattfanden: Das Stadtlabor zog im Juni in die alte Kranichapotheke in Göttingen ein als ein Experiment des Austauschs, der Begegnung und des gegenseitigen Lernens zwischen Wissenschaft, Kulturinstitutionen und verschiedenen Gruppen und Initiativen der Göttinger Zivilgesellschaft. Dabei ging es zentral um Erfahrungen, Perspektiven, und Zukunftsvorstellungen, was eine „Stadt für Alle“ unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltstitel ausmacht, die die Vielheit ihrer Stadtbewohner*innen – nicht als Problem, sondern als Normalzustand – zum Ausgangspunkt für die Frage nach Teilhabe macht.

Das Stadtlabor wurde von sehr verschiedenen Gruppen, mit und ohne Migrationserfahrung, für sehr verschiedene Veranstaltungen und Projekte genutzt – von der Schreibwerkstatt, über Videoproduktionen, Theaterveranstaltungen und Debatten um den Göttinger Integrationsplan. Doch was sich wie ein rotes Band durch die verschiedenen Aktivitäten und Diskussionen hindurchgezogen hat, war eine Analyse von Stärken und Schwächen der städtischen Infrastrukturen und Ressourcen der Wohlfahrt, der Bildung, der Arbeit, der Gesundheit oder der kulturellen Teilhabe sowie von Bedarfen – oftmals aus der Perspektive von „Betroffenen“, von Menschen, die als Migrant*innen und als Flüchtlinge gelabelt, Ausschluss und Diskriminierung erleben, die aber auch viele Geschichten aus anderen Gesellschaften, von Flucht und Ankommen mitbringen und die weiterhin dorthin Verbindungen halten. Beteiligt haben sich auch zahlreiche sogenannte „Ehrenamtliche“ und Aktive aus verschiedenen Bereichen der Unterstützungs- und Beratungsarbeit. Zusammengekommen ist so eine Expertise und Potpourri an Stimmen, welche immer noch in den Debatten über Einwanderung und Integration zu gerne überhört und nicht wahrgenommen werden. Die vorliegende Broschüre fasst diese Expertisen und Stimmen zusammen und präsentiert 17 verschiedene Analysen bzgl. der städtischen Einwanderungsrealität in Göttingen.

Wie ein roter Faden ziehen sich die Forderungen nach mehr Partizipation, Teilhabe und Solidarität durch die differenzierte Bestands- und Bedarfsanalyse: 1. Migrantische Selbstorganisationen gelte es mit ihrer Expertise und in ihrer Mittlerrolle verstärkt anzuerkennen und zu fördern. 2. Integration gestalten erfordert auch, insbesondere seitens städtisch institutionellen Handelns, Zugänge zu öffnen und Mitbestimmung zu ermöglichen. 3. Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich verstärkt auch in Kultureinrichtungen und kultureller (Selbst-) Repräsentation abbilden. 4. Diskriminierung und strukturellen Ausschlüssen – im Alltag, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und in der Gesundheitsversorgung – ist wirksam entgegenzuwirken.

1. STADTLABOR: MIGRATION BEWEGT GÖTTINGEN

Dr. Jelka Günther

(Centre for Global Migration Studies, Georg-August-Universität Göttingen)

Was macht eine Stadt für alle aus? Wie kann Göttingen zu einer Stadt für alle werden? Diese Fragen haben Göttinger Migrationswissenschaftler*innen, Kunst- und Kulturschaffende, Praktiker*innen und Ehrenamtliche neun Monate lang in einer ehemaligen Apotheke debattiert.

Was macht eine Stadt für alle aus, in der alle Menschen unabhängig von Herkunft, Nationalität oder Aufenthaltsstatus das Recht haben zu leben, zu wohnen und zu arbeiten?

Um dieser Frage im Austausch mit der Göttinger Bevölkerung nachzugehen, haben Wissenschaftler*innen des Centre for Global Migration Studies (CeMig) an der Georg-August-Universität Göttingen sowie Kunst- und Kulturschaffende vom Freien Theater boat people projekt, Museum Friedland und Literarischen Zentrum Göttingen e.V. eine ehemalige Apotheke zu einem Veranstaltungs- und Begegnungsraum umfunktioniert. Das „Stadtlabor: Migration bewegt Göttingen“ lud zur Diskussion darüber ein, wie städtisches Zusammenleben, das von zunehmender Diversität geprägt ist, im Sinne aller gestaltet werden kann. Entgegen der mit Ressentiments aufgeladenen öffentlichen Debatte um Flucht, Migration und Integration, die spätestens seit dem „langen Sommer der Migration“ 2015 wieder an Fahrt aufgenommen hat, sollten Möglichkeiten, Chancen und Potentiale statt Probleme in den Blick genommen werden; konkret und praxisnah vor Ort. Inspiration dafür gaben Bewegungen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, die sich in vielen Städten Deutschlands und Europas aktiv für eine offene Gesellschaft und ein solidarisches Miteinander einsetzen. Von März 2019 bis März 2020 hat das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur mit Mitteln aus dem Niedersächsischen Vorab der Volkswagenstiftung diesen Dialog zwischen Hochschule und Zivilgesellschaft um die Zukunft der Einwanderungsgesellschaft gefördert.

Solidarische Städte

Seit jeher sind Städte als unterste lokale Verwaltungseinheit gewissermaßen gezwungen, Antworten auf die Heterogenisierung der Gesellschaft zu finden. Integration wird zuallererst auf kommunaler Ebene gestaltet. Hier entscheidet sich, wie Teilhabe und Chancengerechtigkeit allen, Alteingesessenen und Neuzugewanderten, zuteilwird. Angesichts der zunehmend restriktiver ausgelegten Migrations- und Asylpolitik vieler Nationalstaaten und der neuerlichen Abschottungspolitik der Europäischen Union ist die Bedeutung der Städte und Kommunen in Migrationsfragen jüngst noch weiter gestiegen. Immer mehr Stadtregerungen und -verwaltungen fordern eine pragmatischere und liberalere Flüchtlingspolitik. So ist auch Göttingen im September 2019 per Ratsbeschluss eine von mittlerweile rund 120 Städten geworden, die sich als „Sichere Häfen“ verstehen und sich somit bereit erklären, aus dem Mittelmeer Gerettete direkt aufzunehmen. Sie stellen sich damit gegen die Schließung der europäischen Außengrenzen und fordern neben der Ermöglichung legaler Fluchtwege eine Neuregelung der europäischen Verteilungspolitik. Graswurzelinitiativen, die sich unter dem Namen „Solidarity City“ zusammenfinden, unternehmen praktische Versuche, Rechte und Zugänge nicht entlang nationaler Bürger*innenschaft oder ausländerrechtlichem Aufenthaltsstatus zu organisieren, sondern über Zugehörigkeit zur „Stadtgesellschaft“ („urban citizenship“). Projekte wie die Konkretisierung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohner*innen in Bern, die Einführung eines anonymen Krankenscheins in Berlin oder die Gründung



Die Ausstellung „Eine Stadt für alle“ des Museum Friedland im Stadtlabor (Leon-Fabian Caspari)

eines Wohn- und Kulturzentrums für Geflüchtete und interessierte Münchener*innen zeigen gangbare Wege auf, um Ausgrenzungs-, Rechtsradikalismus- und Populismustendenzen entgegenzuwirken.

Das Labor als Kontaktzone zwischen Wissenschaft, Kunst, Kultur und Praxis

Von Juni 2019 bis Februar 2020 haben die Projektinitiator*innen eine ehemalige Apotheke in der Göttinger Innenstadt zum Ausgangspunkt gemacht, um über derartige Praxisbeispiele aus anderen Städten und Erkenntnisse aus der aktuellen Migrationsforschung mit der Öffentlichkeit ins Gespräch zu kommen. Statt „über“ die Stadtgesellschaft zu forschen und zu sprechen (wie es von einigen seit der „Flüchtlingskrise“ empfunden wurde), wurden Akteure der Stadtgesellschaft als Expert*innen ihres Felds angesprochen und einbezogen. Professionelle Organisationen, aktivistische Initiativen und ehrenamtliche migrantische Selbstorganisationen nutzten das Stadtlabor nicht nur als physischen Ort für ihre Plenen, Bündnistreffen und Veranstaltungen, sondern auch als sozialen Ort der Vernetzung und des Dialogs. Im Mittelpunkt standen die oftmals überhörten und vernachlässigten Perspektiven und Stimmen von Geflüchteten, Migrant*innen aber auch Expert*innen

der Stadtgesellschaft. Das Stadtlabor kam damit ohne die üblichen Einteilungen der Integrationsdebatte aus, in der die Mehrheitsgesellschaft Erwartungen an Migrant*innen formuliert. Es bot einen Reflektions- und Artikulationsraum – ein Labor – um Perspektiven, Bedarfe und Anstrengungen der Selbsteingliederung aus Sicht der Migration bzw. der Alltäglichkeit der Einwanderungsgesellschaft in den Blick zu nehmen. Das Stadtlabor wurde so zu einem neuen, hybriden Raum, in dem unterschiedliches Wissen aus Forschung, Kunst- und Kulturproduktion sowie Praxis gleichermaßen berücksichtigt und wechselseitig relevant gemacht werden konnte. Es wurde ein Raum der gesellschaftlichen Selbstreflexion und Auseinandersetzung, in dem Perspektiven und Deutungen aus unterschiedlichen Kontexten gleichberechtigt miteinander in Austausch treten konnten. So konnten Erkenntnisse aus der aktuellen Migrationsforschung künstlerisch übersetzt und in neue, für übliche akademische Formate schwer erreichbare Zusammenhänge vermittelt werden. Gleichzeitig wurden neue Forschungsperspektiven direkt aus der Diskussion mit praktischen Erkenntnissen entwickelt und neue Formen der Kooperation auch mit Einrichtungen der Stadtverwaltung erdacht. Die Leitbilder Partizipation und Kommunikation prägten auch das Schaffen und Wirken der Beteiligten aus Kunst und Kultur. Denn

Theater, Literatur und Museum sind nicht nur Beobachter gegenwärtiger Aushandlungsprozesse in einer Gesellschaft der Vielen, sondern auch Impulsgeber und Visionäre für gesellschaftspolitische Signale in die Zukunft. Das Stadtlabor verstand sich auch in dieser Hinsicht als Teil eines Suchprozesses und eines Experimentierens mit neuen Formaten, welche Lesungen, Theater und Museen als interaktive contact zone neu und demokratischer zu gestalten versuchen. Räumlich wurde das Stadtlabor zwar aufgrund der Finanzierung nur für kurze Zeit geschaffen - die entstandenen Kontakte, die neuen Verknüpfungen und Kooperationen sowie die neuen Einsichten werden aber mit Sicherheit in der ein oder anderen Form fortgesetzt.

Was Göttingen bewegt – zur Broschüre

Gerade in der Vielfalt der unterschiedlichen Zugänge und Positionierungen, die im Stadtlabor erstmals zusammenkamen, lag die Chance, gemeinsam Bilanz zu ziehen, einzelne Praxisfelder zu durchleuchten und Bedarfe und Handlungsideen zu formulieren. Die praktischen Empfehlungen, wie Teilhabe verbessert und Empowerment gestaltet werden könnte, stehen hier somit als Visionen, wie Göttingen immer mehr von allen zu einer Stadt für alle gemacht werden könnte. Für die Broschüre wurden die am Stadtlabor sich aktiv beteiligenden Gruppen gebeten, aus den Resultaten ihrer Veranstaltungen im Stadtlabor

und aus ihrer Sicht eine Bestands- und Bedarfsanalyse der migrations- und integrationspolitischen Gegebenheiten in Göttingen vorzunehmen. Hieraus ergeben sich konkrete Impulse und Empfehlungen in den folgenden Themenbereichen:

- Migrantische Selbstorganisationen als Akteure der Integrationsarbeit
- Integration und Partizipation – Bestandsanalyse des städtischen institutionellen Handelns
- Kulturelle Partizipation und (Selbst)Repräsentation
- Alltagserfahrungen mit Diskriminierung und strukturellen Ausschlüssen in der Stadt Göttingen



Das Stadtlabor in einer ehemaligen Apotheke gegenüber dem Neuen Rathaus in Göttingen (Leon-Fabian-Caspari)

2. STADT, MIGRATION UND DIE GESELLSCHAFT DER VIELEN – EINE HINLEITUNG AUS DER PERSPEKTIVE DER MIGRATIONSFORSCHUNG

Prof. Dr. Sabine Hess

(Institut für Kulturanthropologie/ Europäische Ethnologie, Georg-August-Universität Göttingen)

„Nicht die Gemeinschaft der Gleichen herzustellen, sondern die Gemeinschaft der Verschiedenen ist die Herausforderung“ (Jagoda Marinic, SZ 12.2019)

Stadt ist Migration

Stadt und Migration, verhalten sich zueinander wie siamesische Zwillinge, die aneinandergeknüpft sind, sich gegenseitig hervorbringen, konturieren und sich brauchen, die aber auch immer wieder im Clinch miteinander liegen und Kontroversen erzeugen. Bereits die Väter der empirischen Sozialforschung der Chicagoer Schule haben für die USA der 1920er Jahre diesen Zusammenhang herausgearbeitet. Auch die Väter der deutschen Sozialforschung wie Georg Simmel haben gerade angesichts ihrer heterogenen, vielfältigen Bevölkerungen Großstädte als paradigmatische Orte der Moderne beschrieben, als Ansammlung von Fremden, wobei Fremdheit hier nicht ethnokulturell verstanden ist, sondern sozusagen als Strukturfaktor urbanen Lebens (Linder 2004; Lebuhn 2019).

Dass Stadt jedoch nicht grundlegend als paradigmatischer Ort einer Ansammlung von Fremden, bzw. als Gesellschaft der Vielen beschrieben wird und dies als ein selbstverständlicher kommunaler Gestaltungsauftrag verstanden wird, liegt an einer grassierenden historischen Amnesie wie auch dem hierdurch ermöglichten fortdauernden nationalen Mythos von Deutschland als einer ethnonational homogenen zu denkenden Gemeinschaft. Beide Prozesse führen zu einer kontinuierlichen Ver-Anderung, dem Anders-Machen von woanders Herkommenden, welches als Othering in der kritischen Kultur- und Sozialforschung beschrieben wird, und von unterschied-

lichen Graden ihres rechtlichen, sozialen, politischen, ökonomischen und symbolischen Ausschlusses begleitet ist. Die Grade unterliegen nicht nur zeitlichen Konjunkturen, sondern auch tradierten kolonialen Befremdungsmustern und rassistischem Wissen, so dass einige Gruppen, wie etwa die Romnija, bis zum heutigen Tage, obwohl sie über mehrere Generationen in Deutschland leben, nicht als zugehörig anerkannt sind. Die Stadt ist daher nicht nur kulturell, oder bezüglich der verschiedenen nationalen, regionalen, ethnisch-kulturellen Herkünfte ihrer Bewohner*innen „superdivers“, sondern auch bezüglich der verschiedenen rechtlichen Stati und damit zusammenhängenden grundlegenden Chancen zur Teilhabe (vgl. Vertovec/Römhild 2009).

Ausblendung der Migrationsgeschichte/n – transnationalisierte städtische Wirklichkeit

Doch zunächst zum ersteren Problemkomplex: „Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft mit unvollständigem historischen Gedächtnis,“ konstatiert die Migrationshistorikerin Maria Alexopoulou (2016). Doch nicht nur das, die Migrationsdebatte in Deutschland ist auch von einer strukturellen (da z.B. durch das Bildungssystem reproduzierten) historischen Vergesslichkeit bzw. besser: Vergesslichmachung geprägt (El-Tayeb 2016). So wurden auch die jüngsten Zuwanderungsbewegungen der Jahre 2015 und 2016 als große „Flüchtlingskrise“ inszeniert, als nie vorher dagewesener Zuwachs, als etwas fundamental Neues und Herausforderndes. Keiner wird bestreiten, dass die Entwicklungen von 2015 und 2016 herausfordernd waren, insbesondere hinsichtlich einer menschwürdigen Aufnahme und Versorgung der großen Anzahl von Geflüchteten.

Doch das Krisennarrativ und die politische Überforderung funktionierten jedoch nur so gut, weil sie die massenhaften Bevölkerungsbewegungen der letzten Jahrhunderte – wie etwa nach dem 2. Weltkrieg, die auch Göttingen als Mittelstadt mithervorgebracht haben – ausblendeten: Selbst die jüngste Einwanderungsgeschichte der aufstrebenden BRD der 1960er und 70er Jahre ist in diesem Krisennarrativ ausradiziert. Aber auch Göttingen, gerade auch die Universität, profitierte von der sogenannten „Gastarbeit“ (Hess/ Näser 2015). Dabei hilft das Selbstimage Göttingens als „Stadt, die Wissen schafft“ dazu, den industriellen wie den Dienstleistungssektor (Gastronomie, Bildung- und Gesundheitsinfrastrukturen etc.) gänzlich auszublenden, welche beide bis heute auf der möglichst billigen, weil rechtlich nicht gleichgestellten, migrantischen Arbeitskraft beruhen. Umgekehrt wird die Bildungsmobilität in den problematisierenden Migrationsdebatten meist nicht als „Migration“ verhandelt und dies obwohl auch die Göttinger Universität in einem erheblichen quantitativen wie qualitativen Sinn zur Pluralisierung der Stadtbevölkerung beiträgt. Auch hier greifen klassische Vorstellungen von Einwanderung im Sinne eines dauerhaften Ortswechsels aus einem in den anderen nationalen Container viel zu kurz. Die meisten Städte sind vielmehr durch eine höchst fluide, transnational verflochtene und mobile Bevölkerung charakterisiert. Göttingen ist in diesem Sinne eher als ein „Transit-Ort“ zu betrachten, wie es Eleonore Roncato in ihrer Reportage für das Stadtlabor 2019 herausstellt.

Die jüngste Bevölkerungsstatistik demonstriert diesen Trend auch deutlich und fordert dazu auf, Einwanderung als Stadt-mitgestaltenden Faktor auch in Göttingen ernster zu nehmen. So liegt der Anteil der Bevölkerung mit einem sogenannten Migrationshintergrund mittlerweile bei 27,3%, und damit über dem Bundesdurchschnitt. Hinzu kommen internationale Studierende und Wissenschaftler*innen, die nicht in der städtischen Statistik erfasst sind, aber dennoch das Stadtbild prägen und Dienstleistungen und Infrastruktur nachfragen: So kommt mittlerweile von den 29.927 im Sommersemester 2017 registrierten Studierenden in Göttingen, was in etwa 22 % der Stadtbevölkerung entspricht, knapp jede*r achte Studierende aus dem Ausland (vgl. Roncato 2019).

**„Das Recht auf Sicherheit und das Recht, sich sicher zu fühlen, gilt nicht für alle.“
(Fatima El-Tayeb 2016)**

Klassische Vorstellungen von Zugehörigkeit als Kriterium für Teilhabe und Rechte, die auf Sesshaftigkeit als Maßstab und am besten noch auf „Blut“ im Sinne von „ius sanguinis“-Vorstellungen des alten deutschen ethnonationalen Staatsbürgerschaftsverständnisses rekurren, sind durch die Realität der

Göttinger Stadtbevölkerung längst überholt. Nur die Strukturen der Wohlfahrt, der Bildung, der Gesundheit und der Verwaltung hinken immens hinter diesen Entwicklungen einer Gesellschaft der Vielen, die eher durch Mobilität, Mehrfachzugehörigkeiten, transnationalen emotionalen und kulturellen Verbindungen sowie Sprachenvielfalt gekennzeichnet ist, hinterher (Hess/Lebuhn 2014). Die Folgen für Chancengleichheit und Teilhabesicherung wirken sich drastisch zum Beispiel in einem Klinik- oder Schulsystem aus, das immer noch dem zur Ideologie geronnenen Mythos einer monolingualen Gesellschaft folgt und bis heute Übersetzungsdienst und Mehrsprachigkeit nicht in ihren Regelbetrieb eingebaut hat. So zeigen auch die studentischen Recherchen für das Stadtlabor eine fortbestehende institutionelle Kultur des Misstrauens und der Ablehnung in städtischen Behörden gegenüber migrantisierten Stadtbewohner*innen auf (Stadtlabor 2019).

Dieses in der Wissenschaft als institutionalisierter Rassismus verhandelte Misstrauen sowie eine Kultur der Ablehnung statt des Willkommens haben dabei ebenfalls eine lange Geschichte im Zwillingsverhältnis Stadt und Migration. So zeigt die historische Migrationsforschung, dass städtische soziale Krisen und soziale Verwerfungen vor allem in Folge ökonomischer Transformationen mit schöner Regelmäßigkeit, in den 70er, den 80er, den 90er und zuletzt in den 2000er Jahren, in „Ausländerkrisen“ umgedeutet wurden. Erinnerung sei hier nur an die letzte laute Debatte um Armutsmigration und Ghettobildung, die EU-interne Mobilitätspraktiken in rassifizierten Bildern von „Parallelgesellschaften“ im Fokus hatte. So wurden auch regelmäßig alle zehn Jahre wieder die „Grenzen der Aufnahmefähigkeit“ und der Integration ausgerufen und durch Notbauten inszeniert. In den frühen 1990er Jahren dynamisierte der Münchener Oberbürgermeister Kronawitter mit seinen Flüchtlingscontainern auf der Theresienwiese die nationale „Asyldebatte“, welche schlussendlich zur faktischen Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl führte (Bayer/Engl/Hess 2009). Nicht nur hier zeigt sich, dass sich Städte als Projektionsfläche für derartige Krisennarrative eines „umkippenden“ sozialen Gemeinwesens bestens anbieten, wobei sie auch immer wieder von der Wirklichkeit überholt und eines Besseren belehrt werden, wie jüngst durch das rege und in der Tat divers zusammengesetzte zivilgesellschaftliche Engagement der Flüchtlingsunterstützung in 2015 und den nachfolgenden Jahren (Karakayali 2017). Hier war eine Gesellschaft der Vielen erlebbar und hat sich in der Unterstützung neuer Fluchtmigrierender auf besondere Weise realisiert.

Die trennenden Logiken des Integrationsimperativs und der Protagonismus der Migration

Dies bringt mich zum zweiten meiner eingangs benannten Problemzonen der deutschen Migrationsdebatte, nämlich der bis heute und gerade in den letzten Jahren rechtspopulistischer Diskursproduktion wieder lauter werdenden Vorstellung von Gesellschaft im Sinne eines ethnonationalistischen Containers: innen homogen, nach außen klare Grenzen und Kanten, die derzeit auch wieder militärisch, den Tod von Migrierenden in Kauf nehmend, verteidigt werden. Diese Vorstellung, die Sozialforscher wie Ulrich Beck als methodologischen Nationalismus bezeichnet haben, hat lange auch die Sozial- und Kulturwissenschaft und die Stadtforschung dahingehend dominiert, als dass eine homogene Gesellschaft als Garant für sozialen Frieden galt. Einflüsse von außen galten als Störfaktor, die entweder zu assimilieren oder abzuweisen sind – eine Vorstellung, die bis heute die Stadtplanung wie das Programm der Sozialen Stadt und die Definition von Brennpunktgebieten beeinflusst (Pasch 2015).

Politisch hat sich dies in ein sehr unnachgiebiges Integrationsparadigma übersetzt, welches zwar wissenschaftlich und von Migrant*innenverbänden seit Jahren kritisiert wird (Aced/Düzyol/Rüzgar 2014), jedoch seit den „Herausforderungen der Flüchtlingskrise“ von aller Kritik bereinigt scheint. „Integration“ ist der zentrale politische Ansatz, wie Migration gesellschaftspolitisch bearbeitet und gestaltet wird, wobei auch dies länger gebraucht hat. Erst im Jahr 2004 wurde auf Bundesebene der erste „nationale Integrationsplan“ formuliert.

Integration wurde hiermit zum Imperativ. Trotz vieler Bekenntnisse, dass dies keine Einbahnstraßenbewegung sein kann, wird sie letztlich weiterhin als Forderung vor allem an die Eingewanderten und ihre Nachkommen formuliert, mit der gleichzeitigen Ausrufung eines nach wie vor homogen und feststehend gedachten „Wir“ (was nur aufrechterhalten werden kann durch eben jene kontinuierliche Ausblendung, dass dieses Wir längst ein superdiverses ist). Die Aufzählung der leitkulturellen Werte („bei uns ist es so und so“) wurde mittlerweile um die Wahrung von Menschenrechten, Menschenwürde oder Geschlechtergleichheit ergänzt, wobei Gleichheit und damit einhergehend Sicherheit und Würde bis heute den allermeisten als Migranten gelabelten. Bewohner*innen in unterschiedlichen Graden vorenthalten wird. Der differentielle Ausschluss beginnt schon beim symbolischen und repräsentationellen Ausschluss u.a. durch Label wie „Mit-Bürger“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“, welche als Migrant*innen gelabelte Bewohner*innen immer wieder ausbürgern, sozusagen „migrantisieren“ und sie damit

selbst in der 3. Generation nicht als zugehörig anerkennen (Hess/Binder 2009).

Dabei wandert keiner als „Migrant“ aus. Vielmehr handelt es sich um eine politische Kategorisierung und ein vor allem rechtlich hergestelltes soziales Verhältnis, welches durch Staatsbürgerschaftsrechte und Einwanderungsgesetze erst hervorgebracht wird (sonst würde es sich hierbei auch nur um eine Form grenzüberschreitender Mobilität, wie bspw. dem Tourismus, handeln). Ebenfalls migrieren die wenigsten Menschen als „Türken“ oder als „Pakistani“, sondern aus Not, Krieg, Umweltzerstörung und Vertreibung oder aus Liebe, aufgrund von Bildungsaspirationen, der Suche nach einem besseren Leben oder weil es in der Region Tradition ist, dass man begrenzt auf wenige Jahre in der Ferne, wo andere bereits relevante Netzwerke und Strukturen etabliert haben, sein Glück sucht.

Ungeachtet dessen haben sich Eingewanderte und Deutsche of Colour über ihre beharrlichen Praktiken und Taktiken ein Leben in Almanya aufgebaut und somit die deutsche Gesellschaft zu einer post-migrantischen Gesellschaft werden lassen (Foroutan/Karakayali 2018). Denn schon damals, in den 1960er Jahren, waren nicht nur Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen, sondern durchaus auch politisch erfahrene und aktive Menschen, wie es auch der wilde Streik bei Holzhenkel in Göttingen 1963 gegen nicht endende rassistische Schikanen und Arbeitsausbeutung deutlich macht (Hess/Näser 2015). Nur der Integrationsimperativ hat diese Selbsteingliederung und die Handlungsmacht, in den Wissenschaften sprechen wir von agency und dem Protagonismus der Migration, mit seinem Narrativ der Ethnisierung und Fremdmachung von Eingewanderten überschrieben. In diesem Sinne ginge es darum, Migrant*innen als aktive Mitgestaltende der Stadtgesellschaft wahrzunehmen und den Blick umzudrehen, nämlich „acts of citizenship“ und Akte des Zugehörigmachens zu fokussieren (Hess/Lebuhn 2014).

„Der Punkt am Horizont ist daher der Übergang von der Migration als Problem zur Freizügigkeit als Menschenrecht. Für eine Bürgerschaft des Wohnorts“ (Charta von Palermo 2015)

Eine Stadt für Alle – zwischen Utopie, wissenschaftlichem Konzept und täglicher Praxis

Stadtforschungen zeigen, dass Eingewanderte mit ihren beharrlichen Praktiken der Selbsteingliederung und ihren transnationalen Verbindungen zur geo-ökonomischen Positionierung von Städten im Rahmen der internationalisierten Städtekonkurrenz beitragen (Glick-Schiller 2015) – wenn sie nur dür-

fen und stadtplanerisch auch in diesem Sinne unterstützt werden. Schwierige Anerkennungsverfahren von Qualifikationen, die trotz Fachkräftegesetz und einigen Verbesserungen weiterhin bestehen sowie die nach wie vor restriktiven aufenthaltsrechtlichen Regelungen lassen vermuten, dass das Potential und die Kompetenzen migrierter Menschen als ökonomische und unternehmerische Kraft immer noch mehr oder minder unbeachtet bleiben. Dem entgegen zeigen Studien, dass migrierte Stadtbewohner*innen in vielen Städten im Sinne eines „urban Recycling“, wie es die Stadtforscher Erol Yildiz und Birgit Matausch (2009) ausdrücken, heruntergewirtschaftete und vernachlässigte Stadtviertel revitalisiert haben und über enorme, kreative urbane Kompetenzen, auch aufgrund ihres transnationalen sozialen und kulturellen Kapitals verfügen.

Und auch umgekehrt wird ein Schuh daraus: Es waren (Groß)Städte als doch noch relativ überschaubare soziale Einheiten, die erste Integrationskonzepte entwickelten und lange bevor die nationale Ebene überhaupt Integration buchstabieren konnte umsetzen. Die soziale Misere und Problemlagen waren nah, konkret erfahrbar und riefen bereits in den 1970er Jahren etwa in München, Stuttgart oder Hamburg die Stadtregierungen zum Handeln auf. Und auch in den letzten Jahren wird der Ruf aus den Wissenschaften wie der Zivilgesellschaft lauter, dass Städte als unterste Verwaltungseinheit sich stärker in Einwanderungs- und Teilhabepolitiken engagieren sollten, da sie durchaus über Spielräume und Gestaltungsmacht im politischen Mehrebenensystem verfügen. So sprechen die Migrationsforscher*innen Hannes Schammann und Petra Bendel Städten gar eine „neue Schlüsselrolle in der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU“ zu (Bendel/Schammann 2019; siehe auch Schammann/ Kühn 2016 zu kommunaler Aufnahmepolitik). Diese Gestaltungsmacht haben sich einige Städte in Europa mittlerweile zu Herzen genommen und sich im Kontext der nationalen und europäischen Blockaden der Seenotrettung als „Sichere Häfen“ zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, welche aus Seenot gerettete Flüchtlinge weiterhin aufnehmen wollen. 2016 wurde ein weiteres Städtenetzwerk auf europäischer Ebene unter dem Titel „Solidarity Cities“ gegründet, welches einen Austausch und die Weiterentwicklung von Best Practice-Ansätze der Aufnahme und Integration zum Ziel hat. In anderen Ländern wie den USA oder Kanada haben Solidarity Cities oder Sanctuary Cities bereits eine lange Tradition. Hier haben sich mehr als 500 Städte und Gemeinden und ganze Bundesländer der Bewegung angeschlossen, die ihren Bewohner*innen unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status ein angstfreies Dasein und Teilhabe in der Stadt versprechen. Dabei wenden sie sich dem Grundsatz von „Don’t ask, don’t tell“ (Frag nicht und melde nicht) folgend, nicht nur gegen

die nationale Abschiebepolitik. Vielmehr geht es im Sinne des zweiten Grundsatzes von „Access without fear“ (Zugang ohne Angst) auch darum, einen angstfreien Zugang zu städtischen Institutionen und Ressourcen unabhängig vom Aufenthaltstitel zu ermöglichen. Insbesondere soll eine diskriminierungsfreie Stadtverwaltung angestrebt und die Teilhabe an städtischen sozialen Dienstleistungen verbessert werden. Manches hiervon wird von den ersten Solidarischen Städten in Europa ausprobiert, wie bspw. eine City Card in Bern, die für alle den Zugang zu städtischen Einrichtungen möglich machen soll. Auch in München, Berlin, Köln oder Osnabrück und Darmstadt sind kommunale Bündnisse aus Zivilgesellschaft und Stadtregierungen und -verwaltungen entstanden, die einen höheren Grad von Partizipation und Teilhabe zu entwickeln versuchen – unabhängig von der Herkunft und dem Aufenthaltstitel. In der Forschung werden derartige Initiativen als Erweiterung einer urbanen Bürgerschaft („urban citizenhip“) aufmerksam verfolgt und als Ergänzung und Vorreiter für neue postnationale Bürgerschaftskonzepte mit dem Potential zu einer Demokratisierung der gesamten Gesellschaft und ihrer Institutionen gesehen (Bauböck 2003, Nyers 2008). Mit dem Stadtlabor haben wir als Göttinger Wissenschaftler*innen versucht, einen praktischen Schritt in diese Richtung zu gehen.

3. LABORE ALS KATALYSATOR FÜR DIE POSTMIGRANTISCHE GESELLSCHAFT? DREI THESEN ZUM ERFAHRUNGS- TAUSCH UNTER LABORFORMATEN

Stephan Liebscher, M.A.

(Institut für Geographische Wissenschaften, Freie Universität Berlin)

Labore sind in Mode und freuen sich auch im Themenbereich Migration, Flucht und solidarischen Bewegungen vielerorts zunehmender Beliebtheit, besonders in städtischen Institutionen. In mehreren Stadtlaboren^[1] des Historischen Museums Frankfurt werden seit 2011 mit Stadtbewohner*innen Sammlungsobjekte auf ihre Migrationsgeschichte und die Fähigkeit, kulturelle Diversität zu repräsentieren, hinterfragt. Mit der Methodologie der Reallabore werden im Forschungsprojekt „KoopLab“^[2] nachbarschaftliche Grün- und Freiräume in migrantisch geprägten Quartieren gemeinschaftlich gestaltet und begleitend erforscht. Aktivist*innen und NGOs kamen im Frühsommer 2019 bei der Zukunftswerkstatt^[3] des Konzeptwerks Neue Ökonomie zusammen, um über Utopien und Handlungswege der Bewegungsfreiheit nachzudenken. Wenngleich sich unter dem Laborbegriff diverse Akteure, Zielstellungen und Methodiken versammeln, so ist ihnen doch gemein, dass sie ihren Blick auf die Zukunft richten und meist in offenen und experimentellen Formaten Neuartiges – seien es Methoden, Kooperationen, Praktiken oder Perspektiven – erdenken und ausprobieren. Um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Laboren sichtbar zu machen, nahmen die genannten und weitere Projekte und Initiativen an einem Austausch zu Erwartungen, Experimenten und Erfahrungen im Stadtlabor Göttingen teil.^[4]

Der vorliegende Kommentar reflektiert Teilaspekte dieser Diskussionen. Die zentrale Frage war dabei, wie diese unterschiedlichen Labor-Formate in Beziehung zu Transformationsprozessen der postmigrantischen Gesellschaft^[5] stehen. Auch wenn die vielen lokalen Projekte und Entwicklungen genügend Material für eine umfängliche Analyse dieser Frage bieten würden, versuche ich anhand von drei Thesen zumindest Denkanstöße zu den Chancen und Limitationen von Laboren zu geben.

These 1: Vor dem Hintergrund der Krise des Europäischen Migrations- und Grenzregimes und einer emergierenden solidarischen Bewegung können Labore genutzt werden, um Aufmerksamkeit für ausgeblendete Sichtweisen und Fragestellungen der Kämpfe der Migration zu binden.

Die eingangs erwähnten Laborprojekte zeugen von der Erkenntnis in migrations- und rassismuskritischen Kreisen, dass bisherige Akteur*innen des Migrations- und Grenzregimes nicht willens oder in der Lage sind, politisch-administrative Antworten auf die Bewegung der Migration jenseits von Restriktionen, Illegalisierung und Kriminalisierung zu konzipieren. Dabei wird in Laborprojekten eine Strategie des Selber-Machens zur Handlungsmaxime gemacht, um ‚neue‘ Diskurse, Kooperationen oder Alltagspraktiken zu erfinden, zu erproben und zu verbreiten. Labore entstehen in einem Kontext, in dem auch in Stadtverwaltungen aufgrund des Misstrauens gegenüber übergeordneten Politik- und Verwaltungsebenen an eigenen Lösungen gearbeitet wird, wie die mitunter schnell wachsenden Netzwerke Sichere Häfen oder Solidarity Cities zeigen. Das Versprechen des ‚Neuen‘ und des ‚Innovativen‘, mit welchen Labore gern assoziiert werden, kann dabei irreführend sein und bedarf daher näherer Erläuterung. Während das Laborformat zumeist auf technologische Innovationen und Optimierungen abzielt (Franz 2015, S. 53), so unterscheiden sich hiervon die eingangs aufgelisteten Projekte grundlegend. Vielmehr rücken hier Alltagskämpfe und Erfahrungen der Migration und solidarischer Bewegungen in den Vordergrund, die in vorherrschenden Diskursen um Integration, Sicherheit und krimineller Fluchthilfe ausgegrenzt und delegitimiert werden. Labore haben dabei in Verbindung mit jenen Neuheitseffekten das Potential, Perspektiven aus gegenwärtigen wie vergangenen Kämpfen, um

Rechte und Repräsentation und daraus resultierende Innovationen zurück aufs Diskurs-Tableau zu holen. Labore können als „Plattformen [...] Zeit und Raum“ (Schäpke et al. 2017, S. 35) und damit die oft so sehr benötigten Ressourcen binden sowie Ergebnisoffenheit und Erprobungen jenseits von Outputorientierung legitimieren.

These 2: Labore schaffen einen Rahmen für Experimente und Prototypen in unkonventionellen Allianzen

Mit der Verortung von migrantischen Kämpfen in Laborprojekten geht das Versprechen einher, dass von jenen wichtige Impulse für demokratische (stadt-)gesellschaftliche Entwicklungen ausgehen. Diese Wissensbestände ‚von unten‘ beinhalten etwa Erfahrungen um rassistische und migrationsbezogene Ausschlüsse, Unsichtbar-Machung, Besonderung und Delegitimierung, aber auch solche der Mehrsprachigkeit oder des Empowerment. In Erkundungen und Erprobungen in Laboren können daraus Prototypen für ein postmigrantisches Handeln erarbeitet und eingeübt werden. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie sich von der Erfahrung der Migration ausgehend individuelles, kollektives und institutionelles Sprechen, Sehen und Hören in der postmigrantischen Gesellschaft konzipieren und realisieren lässt.

Antworten auf diese Frage können dabei nur mit vielen unterschiedlichen Akteur*innen gemeinsam gefunden werden. Gerade in der Zusammenarbeit in unkonventionellen Allianzen aus „innovative[n] Akteur[*innen] des gesellschaftlichen Mainstreams mit Vorreiter_innen radikalerer Alternativen“ (Schäpke et al. 2017, S. 35) besteht das Potential, die Wissensbestände in Verbindung mit Fragen der jeweiligen gesellschaftlichen Positionierungen der Beteiligten bearbeiten zu können. Treten dabei Migrant*innen und kritische Aktivist*innen mit etablierten Institutionen aus Wissenschaft, Kunst, Kultur und auch Verwaltung und Politik in einen möglichst ergebnisoffenen Dialog um Wissenshierarchien, Abgabe von Definitions- und Entscheidungsmacht sowie Fehlerfreundlichkeit, können die festgefahrenen und zum Selbstzweck mutierten Modi der Reflektion, der Skandalisierung und des ‚Forderns und Förderns‘ aufgebrochen werden. Den etablierten Institutionen kommt dabei die Rolle des Zuhörens und Akzeptieren der Vorreiter*innenrolle migrantischer Kämpfe zu. Ihre Hauptaufgabe besteht im Ver-Lernen ihrer Handlungsroutrinen und Sichtweisen (Terkessidis 2017, S. 58ff.). Bei dem Blick auf die am Stadtlabor Göttingen teilnehmenden Institutionen, aber auch das Städte-Netzwerk „Sichere Häfen“ oder Verwaltungsmaßnahmen rund um kommunale Ersatzpapiere und Anonyme Krankenscheine wird deutlich, dass sich einige Institutionen – zumindest in Teilen - dieser Rolle bereits bewusst sind. Konflikte und Widersprüche sind in diesen Prozes-

sen unumgänglich. Die Frage ist nur, ob sie das Ende der Kooperation bedeuten oder als Chance, etwas Neues zu kreieren, betrachtet werden. Die Erkenntnisse der Transformationsforschung können hier hilfreich sein. So wird hier nach den drei aufeinander aufbauenden Wissensarten Kritik (Was läuft schief?), Utopie (Wie soll die Zukunft (nicht) sein?) und Transformation (Wie lässt sich die Zukunft gestalten?) unterschieden (Schäpke et al. 2017, S. 9). Mit Blick auf die Konflikte und Kämpfe um Migration und Teilhabe bedeutet dies, dass Kritik stets nur ein erster Schritt in Richtung Veränderung sein kann und sich hieran die Arbeit an Utopien der postmigrantischen Gesellschaft sowie den konkreten Handlungspfaden anschließen. Das Projekt rund um die Züri City Card^[6] illustriert, wie aus einem künstlerischen Experiment eine aktivistische Forderung wurde, die letztlich von der Stadtregierung in eine Verwaltungsmaßnahme umgewandelt wurde. Das Entwerfen von Prototypen ‚von unten‘ schließt somit die Perspektive mit ein, diese horizontal zu verbreiten und ‚nach oben‘ in Diskursen und Institutionen festzuschreiben.

These 3: Labore dienen als Katalysatoren für die postmigrantische Gesellschaft, indem sie Prototypen zum Verlassen gesellschaftlicher Nischen verhelfen.

Laborprojekte werden nicht um die Thematisierung ihrer Beziehung zu etablierten Strukturen herumkommen, da sich mit der Erarbeitung postmigrantischer Innovationen auch die Frage nach Veränderungen über die Zeitspanne und den Raum jenseits des experimentellen Projekts stellt. So zeigt sich einerseits die Gefahr der Verstetigung von Parallelstrukturen, die anfänglich mit Wandel assoziiert wurden. Beispielsweise haben sich Integrationsbeauftragte, die zunächst mit der strukturellen Sensibilisierung und Öffnung der Verwaltung beauftragt wurden, zumeist mit dem System arrangiert, tragen größtenteils integrationistische und neoliberale Adressierungen von ‚Migrant*innen‘ mit und fungieren qua Existenz als Beweis für die staatlichen Fortschritte in Sachen Migration und Flucht. Andererseits fokussiert die kritische Zivilgesellschaft mit dem Verweis auf die Unmöglichkeit der Kooperation mit städtischen Verwaltungen auf den Aufbau selbstorganisierter (Infra-)Strukturen und konzentriert sich von dort aus auf das Skandalisieren von Verwaltung und Politik, ohne diese jedoch maßgeblich zu beeinflussen. Analog hierzu besteht auch in Laboren die Gefahr, diese Strategien der Anpassung und der Skandalisierung als Selbstzweck zu betreiben. Jedoch werden dann möglicherweise die postmigrantischen Handlungen und Innovationen mit Projekt- und Finanzierungsende verschwinden. Um die aus Laboren resultierenden Lernschritte, die erwirkten temporären Einschreibungen in Diskurse und Institutionen sowie die aufgebauten und gefestigten Kooperationen und



Building Solidarity Cities – Praktische Schritte und erste Erfahrungen (Leon-Fabian-Caspari)

Vertrauensbeziehungen unter den beteiligten Akteur*innen über den Projektzeitraum hinaus zu verstetigen, empfehlen sich drei Strategien.

Erstens, können in Laboren die beiden Herangehensweisen der Anpassung und der Skandalisierung in einer Strategie der kritisch-affirmativen Allianzen mit engagierten institutionellen Akteur*innen, also motivierten Einzelpersonen oder einzelnen Abteilungen, Anwendung finden. Damit werden die vorherrschenden Strukturen und Institutionen in ihren Widersprüchen angenommen, wobei das gemeinsame Ziel verfolgt wird, deren Logik und Handlungen zu unterwandern und zu verändern. Durch eine Umkehrung des Blicks - weg von den migrantischen Subjekten hin zu den Verwaltungsstrukturen – hat beispielsweise der Verein Citizens for Europe mithilfe anerkannter statistischer Messverfahren Fragen nach Repräsentation und Zugang zu Positionen in staatlichen Institutionen aufgeworfen.^[7]

Zweitens, trägt ein translokales sowie -nationales Vorgehen dazu bei, Labore und die jeweiligen städtischen Kontexte nicht als in sich abgeschlossene Einheiten zu betrachten. Durch den Austausch und die Vernetzung zu sinnvollen Praktiken, Strategien und Lernerfahrungen mit ähnlichen Projekten an

anderen Standorten können neue Fragen aufgeworfen und die lokalen Laborbemühungen als Teil einer transnationalen (postmigrantischen) Bewegung sichtbar werden. Hierdurch können lokal-übergreifende Dynamiken und Effekte der Verflechtung und Überlagerung entstehen, die das Wirken vor Ort im besten Fall positiv beeinflussen.

Drittens, kann sich auch eine lokale transsektorale Kollaboration mit kritisch zivilgesellschaftlichen Bewegungen (bspw. Klima, Arbeit) als sinnvoll erweisen, um vielfältige Impulse für eine demokratische und ökologische Transformation zu schaffen. Dadurch können jene Überlagerungseffekte am eigenen Standort noch verstärkt werden. Durch themenübergreifende soziale Bewegungen und municipalistische Wahlplattformen in spanischen Städten sind nicht nur Kommunalverwaltungen repolitisiert worden, sondern auch Prozesse, Zwecke und Logiken in den staatlichen Institutionen selbst konnten hinterfragt und verändert werden (Brunner et al. 2017).

Um der Falle selbstreferentieller und -erhaltender Projektstrategien zu entgehen, kann sich die Vorgehensweise im Labor entlang der drei Strategien der kritisch-affirmativen Allianz-Bildung, der translokalen Vernetzung und der transsektoralen Kollaborati-

on ausrichten und so die Wahrscheinlichkeit erhöhen, postmigrantische Prototypen auch jenseits gesellschaftlicher Nischen zur Anwendung zu bringen.

Schluss

Labore können die Vorreiterrolle migrantischer Kämpfe für die postmigrantische Gesellschaft betonen. Durch ihre raum- und zeitbindende Wirkung vermögen sie marginalisiertes Wissen um Exklusion und davon ausgehendes Alltagshandeln sichtbar zu machen und konkrete Handlungsszenarien von Utopien zu festigen. Hierbei können im Sinne des „Transformationsdesigns“ (Sommer und Welzer 2017) intentional Prozesse angestoßen werden, die akteurs- und themenübergreifende Verflechtungen vor Ort und mit anderen Standorten stärken, institutionelle Veränderungen anstoßen und sich in Diskurse um Migration einschreiben. In der Aushandlung von und dem produktiven Umgang mit Widersprüchen und Konflikten können Labore wichtige Impulse für transformatorische Prozesse der postmigrantischen Gesellschaft geben und diese durch die aufgezeigten Einschreibepraktiken potenziell beschleunigen. Indem die Innovationen festgeschrieben werden und postmigrantische Praktiken zur Normalität werden, machen sich Labore und andere Experimentierräume bestenfalls langfristig überflüssig.

[1] Vgl. <https://www.historisches-museum-frankfurt.de/de/stadtlabor>.

[2] Vgl. <https://www.kooplab.de/>.

[3] Vgl. <https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/bewegungsfreiheit-fuer-alle/>.

[4] Herzlichen Dank an das Stadtlabor Göttingen für die Ermöglichung des Workshops und an alle Beteiligten für die engagierte Teilnahme.

[5] Mit dem Konzept bezeichnet Foroutan (2018) zum einen „eine Analyseperspektive, die sich mit gesellschaftlichen Konflikten, Narrativen, Identitätspolitiken sowie sozialen und politischen Transformationen auseinandersetzt, die nach erfolgter Migration einsetzen, und die über die gesellschaftlich etablierte Trennlinie zwischen MigrantInnen und NichtmigrantInnen hinaus Gesellschaftsbezüge neu erforscht“ (ebd.:15). Zum anderen versteht sie es als „gesellschaftspolitisch anzustrebende Entwicklung“ (ebd.: 25), in der Migration nicht mehr als Problem, sondern als der Normalfall gesehen wird. Diese gesellschaftspolitische Perspektive verfolgt auch der vorliegende Kommentar.

[6] Vgl. <https://www.zuericitycard.ch/zuri-city-card>.

[7] Vgl. <https://vielfaltentscheidet.de/was-wir-tun/>.

4. MIGRATION UND TEILHABE IN GÖTTINGEN:

**Eine Bestands- und Bedarfsanalyse aus der
Perspektive am Stadtlabor beteiligter Gruppen**

I MIGRANTISCHE SELBSTORGANISATIONEN

Im Juli 2019 führte die Deutsch-Russische Gesellschaft Göttingen e.V. als lokaler Partner in dem Netzwerk „Samo.fa: Stärkung der Aktiven aus Migrant*innenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit“ die Samo.fa-Dialogkonferenz „Angekommen. Teilhabe jetzt!“ im Stadtlabor durch. Im Mittelpunkt standen die effektive und erfolgreiche Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren in der Flüchtlingsarbeit vor Ort und der Erfahrungsaustausch zwischen Migrant*innenselbstorganisationen (MSO).

Die Rolle der MSO in der Integrationsarbeit und deren Nicht/Einbindung in kommunale Strukturen wurde auch danach in vielfältigen Zusammenhängen im Stadtlabor immer wieder aufgegriffen und thematisiert. Mit ihren niedrigschwelligen Angeboten und Zugängen sind MSO wie etwa die Deutsch-Russische Gesellschaft und das Haus der Kulturen, das ein sozio-kulturelles Zentrum betreibt, oftmals erste Anlaufstellen für Eingewanderte. Obwohl sie wichtige Lücken in den Beratungs- und Unterstützungsstruktur schließen und auch wissenschaftlich als wichtige gesellschaftliche Akteure anerkannt sind, stehen sie noch vor der Herausforderung mit ihren Erfahrungen und Expertisen als Konsultationspartner, Informationsvermittler und Projektträger stärker anerkannt zu werden.

4.1 Migrationsorganisationen als selbstständige Akteure der Integrationsarbeit - ein Praxisbeispiel

Deutsch-Russische Gesellschaft Göttingen e.V.

Vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen als migrantische Selbstorganisation arbeitet die Deutsch-Russische Gesellschaft Göttingen e.V. (DRG) die Stärken von Migrant*innenorganisationen (MO) heraus, die als niedrigschwellige Anlaufstelle Wissen über Probleme und Bedarfe aus erster Hand erfahren und als Scharnier zur hauptamtlichen Integrationsarbeit fungieren könnten. So zeigt der Beitrag auch, dass die Expertise und die Erfahrungen von MO noch viel zu wenig nachgefragt und anerkannt werden.

Die Rolle von Migrant*innenorganisationen in der lokalen Migrations- und Flüchtlingsarbeit

Integration von zugewanderten Flüchtlingen und Migrant*innen ist ein langsamer und vielschichtiger Prozess unter Beteiligung zahlreicher verschiedener Akteure auf mehreren Ebenen. Migrant*innenorganisationen (MO) sind juristische Personen nach deutschem Recht, die Migrant*innen (bzw. Flüchtlinge) selbst gegründet haben. MO werden oft zur Durchsetzung der eigenen Interessen oder zur gemeinsamen Pflege von Sprache und Kultur gegründet. An sich sind MO im Gegensatz zu Wohlfahrtsverbänden, Migrationszentren und städtischen Einrichtungen nicht primär mit Integrationsarbeit betraut. Allerdings erfahren die MO alle Schwierigkeiten und Herausforderungen des Integrationsprozesses aus erster Hand.

Dies geschieht durch ständigen Kontakt zu Zugewanderten, zum Beispiel im Zuge der Unterstützung bei Amtsgängen, Arztbesuchen, Schulgesprächen etc. Aufgrund der gemeinsamen Sprache haben Neuankömmlinge fast automatisch erstmal mehr Vertrauen zu ihren jeweiligen Landsleuten. Mit der Zeit sammeln die MO so wichtiges Wissen, so dass sie effektive Hilfe in Form kontinuierlicher und/oder bedarfsorientierter Angebote für ihre Zielgruppe entwickeln und anbieten können.

Die Erfahrung hat deutlich gezeigt, dass die Integration von Flüchtlingen und Migrant*innen nicht allein über staatliche und kommunale hauptamtliche Tätigkeiten erreicht werden kann.

Insbesondere 2015, während der sogenannten „Flüchtlingskrise“, wurden die MO zu einer unverzichtbaren Anlaufstelle. In dieser Zeit waren die heutigen hauptamtlichen Strukturen entweder noch nicht etabliert oder überlastet, so dass die sprachliche sowie

interkulturelle Expertise von MO sehr nachgefragt war (z.B. Begleitung bei Behördengängen, Übersetzungen, Kinderbetreuung, Nachhilfe, Vermittlung etc.). Dieses Engagement von MO hat einen Beitrag zur Stabilisierung der Lage geleistet. Auf diese Erfahrungen gilt es weiter aufzubauen. Jedoch scheint es, dass die MO noch nicht als anerkannter und geschätzter Teil des Integrationsprozesses angesehen werden. So fanden sie zum Beispiel in der 2. Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Göttingen keine Erwähnung. Auch gibt es wenig Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für ihre Arbeit und Angebote, nicht nur in Göttingen. Die Erfahrung hat hingegen deutlich gezeigt, dass die Integration von Flüchtlingen und Migrant*innen nicht allein über staatliche und kommunale hauptamtliche Tätigkeiten erreicht werden kann. Wie kann es daher gelingen, dass MO eine anerkannte Rolle in dem Netzwerk der institutionellen Akteure der Integrations- und Flüchtlingsarbeit bekommen? MO können als Vermittler und Partner die bestehende Aufgabenverteilung insbesondere mit Blick auf die Erweiterung besonders niederschwelliger Hilfsangebote ergänzen. Ihre Stärken gehören anerkannt und in der Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Akteuren der Integration berücksichtigt.

Die Stärken von MO

Die wichtigsten Stärken von MO sind ihre Flexibilität, Kenntnisse der Sprache und Kultur sowie der gute Zugang zur Zielgruppe. Die Deutsch-Russische Gesellschaft Göttingen e.V. (DRG) ist zum Beispiel die einzige Vereinigung in Göttingen, die russische Sprachvermittlung in großem Umfang anbieten kann. Die Mitglieder sprechen die Sprache und haben eine klare Vorstellung von kulturellen Besonderheiten. Es herrscht ein besonderer Grad an Vertrauen und die MO können die realen Bedarfe von schutzsuchenden Menschen besser einschätzen, verstehen und deswegen direkter helfen. Natürlich herrscht ein solches Vertrauen nicht von Anfang an, es wird erst mit der Zeit aufgebaut. Dafür müssten die Vereine in die Lage (auch finanziell) versetzt werden, ein passendes Angebot für die Zielgruppe anbieten zu können.

Die DRG in Göttingen bietet seit zehn Jahren bedarfsbezogene (inkl. notfallbezogene) und kontinuierliche Angebote für russischsprachige Migrant*innen und Flüchtlinge an. Unser wichtigstes Handlungsfeld ist der Zugang zu und Teilhabe an Bildung. Ganz wichtig ist für uns z.B. die alltägliche Unterstützung von Kin-

dem und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Nachhilfe, Freizeitbetreuung, Ausflüge) und Familien (politische Bildungsangebote: Workshops, Diskussionen; Begleitung und Übersetzung, Aufklärung usw.). Unsere Erfahrung zeigt, dass junge Geflüchtete und Migrant*innen diejenigen Gruppen sind, die am meisten Unterstützung und Betreuung benötigen. Einerseits sind die Chancen für eine gelungene Integration hoch, andererseits entgleitet den Eltern oft die Erziehung der Kinder/Jugendlichen bzw. ist der Einfluss erschwert, weil ihnen Deutschkenntnisse oder ein Verständnis der hiesigen Gesellschaftsstruktur fehlen. Die Eltern können oft nicht als Vorbild für das Kind dienen, da sie sich selbst nicht genug mit den hiesigen Gepflogenheiten auskennen.

Als erste Anlaufstelle für Neuankömmlinge erfahren die MO direkt von den tatsächlichen Bedarfen und Schwierigkeiten der Hilfesuchenden. Sie sind daher als Weitervermittler und Informationsvermittler unverzichtbar.

Die MO können hier ansetzen und junge Geflüchtete bei der Suche nach Ausbildungs- oder Praktikumsplätzen, dem Schreiben von Berichten etc. unterstützen. Im Gegensatz zu etablierten Beratungsangeboten bieten die Mitarbeiter*innen und Ehrenamtlichen individuelle Betreuung und erbringen bedeutsame Hilfeleistungen, die von den hauptamtlichen Strukturen und Maßnahmen oftmals allein aufgrund der Zeitintensität nicht aufgefangen werden können (z.B. Hilfe bei der Erstellung von Motivationsbriefen oder Praktikumsberichten).

Als erste Anlaufstelle für Neuankömmlinge erfahren die MO direkt von den tatsächlichen Bedarfen und

Schwierigkeiten der Hilfesuchenden. Sie sind daher als Weitervermittler und Informationsvermittler unverzichtbar. Sie leisten quasi den Übergang von der „ersten Hilfe“ zu den „Fachärzten“, sie sind das Scharnier. Dafür sollten jedoch gut funktionierende Handlungsketten ausgebaut werden.

Die Herausforderungen und Zukunft von MO

Aktuell stehen MO vor der Herausforderung, als erfahrungsgesättigter Konsultationspartner, Informationsvermittler und Projektträger anerkannt zu werden und auftreten zu dürfen. Förderungsrichtlinien und Rahmenbedingungen sollten ihnen vermehrt Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler und staatlicher Ebene eröffnen. Sonst bleibt die gesammelte Erfahrung ohne Anwendung. MO sollten als Kooperationspartner (z.B. bei der Entwicklung von Integrationskonzepten oder bei Bedarfsermittlungen im Handlungsfeld der Integrationsarbeit), als Interessenvertreter, als Experten und als Träger für Integrationsprojekte vermehrt anerkannt und beteiligt werden.

Eine Kooperation und ein Bezug zum Netzwerk inklusiver finanzieller Unterstützung ist für MO sehr wichtig. Die DRG ist seit 2018 der lokale Partner von Samo.fa (Stärkung der Aktiven aus Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit im Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V.). Das Projekt setzt auf die Stärkung und Professionalisierung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit und gibt die notwendige materielle und strukturelle Unterstützung zu der weiteren Entwicklung.

Seit 2019 ist die DRG auch Mitglied beim Bundesverband russischsprachiger Eltern (BVRE e.V.) und in



Samo.fa Dialogkonferenz „Angekommen! Teilhabe jetzt!“ (DRG Göttingen)

weiteren bundesweiten Netzwerken aktiv. So hat die DRG die Möglichkeit, kleine Projekte anderer lokaler MO in der Stadt und dem Landkreis Göttingen zu unterstützen.

Dabei kann die Gründung eines Verbunds von verschiedenen MO auch mehr bewirken. So können MO-Verbände ihren Forderungen mehr Gewicht verleihen und sie können ihre Anliegen gegenüber der Politik wirksamer vertreten als eine einzelne Organisation mit ihren herkunftsbezogenen Themen. Außerdem haben interkulturelle, verschieden nationale Communities zusammenbringende Projekte, sowohl politisch als auch finanziell, größere Chancen gefördert und akzeptiert zu werden. Die DRG beabsichtigt bis März 2021 die Gründung eines lokalen MO-Verbunds. Alle MO in Göttingen und dem Landkreis sind zur Mitwirkung und Kooperation eingeladen.

4.2 „Dafür bräuchte es einen Dichter, der das dokumentiert“ - ein Arbeitsbericht

Claudio R. López (Koordinator im Haus der Kulturen)

Claudio R. López berichtet im Gespräch mit der Broschüredaktion über die Arbeit im Haus der Kulturen, ihr Wirken im Quartier und ihre kommunale Einbindung.

Das Haus der Kulturen und der Trägerverein Zukunfts-Werkstatt e.V. bezeichnen sich als MSO. Was bedeutet diese Abkürzung?

Migrantenselbstorganisation (MSO) ist ein Schlagwort, das geschaffen wurde. Wir verstehen uns als MSO, aber nicht als eine typische. MSO sehen für uns so aus, dass sich Nationalitäten bedingte Vereinigungen bilden für die Pflege der Kultur, für den Zusammenhalt der einzelnen Gruppen. Darin liegen die Hauptmotivationen zur Gründung von MSOs. Unsere Organisation war von Anfang an darauf ausgerichtet genauso Einheimische zu beteiligen, was auch wirklich geschehen ist. Wir haben hier Deutsche und Migranten aus der Gastarbeitergeneration und aus der neueren Zuwanderergeneration. Was die Aktivitäten angeht, mischt sich das hier alles ziemlich gut. Wir machen auch keine Wahrnehmungsunterschiede. Die sind bei uns nicht vorhanden. Das ist völlig selbstverständlich, dass das bei uns weder gut noch schlecht, sondern einfach selbstverständlich geht, was ich auch für ein Alleinstellungsmerkmal unserer Organisation halte.

Wie bringen Sie Menschen zusammen, wenn nicht über kulturelle Identitäten?

Im Fall einer Musikgruppe hat man sich im Haus getroffen und die Möglichkeit war günstig und es ist etwas daraus entstanden. Ich denke, das ist es, was wir vor allem machen können. Wir stellen die Räume, die Umgebung, die Atmosphäre zur Verfügung und alles andere muss sich ergeben. Wir haben kein Programm, nach dem wir die Menschen zusammenbringen. Die Leute finden sich, sobald die Umgebung so ist, dass sie sich frei fühlen und frei bewegen können. Auch das ist etwas, was bei uns ziemlich einzigartig ist: das Zwanglose. Es gibt keinerlei Vorbehalte in irgendeine Richtung und manchmal gibt es weitergehende Kontakte und manchmal gibt es ganz freundschaftliche zwanglose Begegnungen. Die Möglichkeit ist da, weil wir das Haus zur Verfügung stellen, was, wie ich vorhin schon erwähnte, viel Kraft kostet. Das ist auch in erster Linie unser Anliegen. Das Haus muss erst einmal gehalten werden. Diese Aufgabe verschlingt einen Großteil unserer Kapazitäten.

Welche Ziele verfolgen Sie darüber hinaus mit ihrer ortsgebundenen Sozialarbeit?

Ohne im Vorfeld festgelegte Ziele werden Maßnahmen nicht getragen. Dafür gibt es keine Förderung und keine Finanzierung, wobei mehr Freiheit und Kreativität den Aufgaben, denen wir uns entgegensehen, nicht schaden würde. Es wäre sogar sehr nützlich, wenn den Akteuren mehr Freiheit gegeben würde, bei dem was sie mit den Beteiligten machen wollen. Dieser Ansatz wird aber nicht gefördert.

Welche Aufgaben meinen Sie genau? Gehen Sie in einem bestimmten Projektrahmen auf ihre Besucher zu?

Uns fällt es schwer die Vielfalt der naturwüchsigen Aufgaben, die wir hier machen, die wir gar nicht als Aufgaben begreifen, sondern als ein Miteinander leben verstehen, festzuhalten. Dafür bräuchte es einen Dichter, der das dokumentiert. Das ganze Projekt ist so weitschweifig, dass es im Vergleich zu anderen Organisationen schwerfällt, eine Dokumentation darüber abzulegen und zu veröffentlichen. Wir würden einfach bestimmte Sachen tun und dann würden sie sich irgendwie auswirken. Anderen fällt es vielleicht etwas leichter, weil sie konkrete Programme haben, die sie von A bis Z abarbeiten, wie zum Beispiel das Stadtlabor.

Das Haus der Kulturen liegt in der Weststadt Göttingens. Seit einigen Jahren ist das Programm „Stadterneuerung Weststadt“ dabei, die Lebensqualität im Quartier zu verbessern. Wie erleben Sie die durch das Programm angestoßenen Entwicklungsprozesse?

Die Stadterneuerung Weststadt läuft jetzt schon einige Jahre und wir stellen fest, dass da draußen ein paar schöne Sachen gemacht werden. Unsere Zusammenarbeit mit dem Weststadtbüro zum Beispiel ist gut. Wir helfen uns gegenseitig, wo wir können. Wir machen gemeinsame Veranstaltungen, wo wir uns gegenseitig besuchen oder unterstützen. Insofern sind wir in diese Struktur gut eingebunden. Was allerdings die tatsächliche Erneuerung der Weststadt angeht in Bezug auf die Infrastruktur, haben wir davon nichts, denn wir befinden uns hier auf Bundesgelände. Wir konnten aber eine sehr angenehme Kleinigkeit mit Unterstützung der Weststadt-Initiativen hier bauen, nämlich unsere Beleuchtung. Auf den 100 Metern hier

auf dem Gelände musste man früher im Dunkeln laufen.

Bei der Weststadt-Konferenz kommen alle Akteure hier aus dem Quartier zusammen: Hauptsächlich Jugendhilfe, Naturfreunde und andere Organisationen, die in der Weststadt beheimatet sind. Auch Vertreter von Sportvereinen kommen zu der Konferenz und auch Anwohner. Man spricht darüber, was man demnächst machen kann in der Weststadt. Außerdem organisieren wir Veranstaltungen: Einmal im Jahr findet das Weststadtfest unter Federführung der Musa statt, die das schon seit 25 Jahren realisiert. Wir schließen uns an und sind auch immer mit einem Stand beteiligt.

Das Programm „Stadterneuerung Weststadt“ ist die Antwort der Verwaltung auf soziale Verwerfungen innerhalb der Stadt. Wie reagieren Sie als kommunaler Akteur im Quartier?

Die Zusammensetzung der Einwohnerschaft in diesem Quartier ist sehr divers und man muss schon feststellen, dass es unter den jeweiligen Bewohnern der Weststadt nicht viele kohärente Verbindungen gibt. Ich von meiner Seite habe den Eindruck, dass die Leute mehr nebeneinander leben, anstatt miteinander. Aber gut ist, dass es keine größeren Konflikte gibt. Wir haben hier im Viertel den Hagenweg 20. Ich glaube der ist stadtbekannt. Man versucht schon seit mittlerweile Jahrzehnten eine Lösung zu finden, wie man den Komplex sanieren oder so gestalten könnte, dass es dort nicht immer wieder zu neuen Vorfällen kommt. Wir arbeiten alle gemeinsam daran, aber er ist in zersplittertem Privatbesitz. Man versucht einiges, aber es klappt nicht immer. Viele von unserer Seite haben auch versucht Bewohner einzubeziehen: Zum Beispiel die Einladung auf dem Weststadtfest einen Stand aufzubauen, was aber nicht gelungen ist. Es fällt uns schwer die Bewohner des Hagenwegs 20 mit einzubinden, obwohl unser Café als Event-Ort genutzt wird. Es gibt im Hagenweg 20 eine große bulgarische Community. Man bezeichnet diese Community als türkischsprachige Minderheit aus Bulgarien. Sie machen bisweilen ihre Familien- oder Traditionsfeiern hier bei uns im Haus. Das funktioniert wunderbar, aber es ist schwierig sie in unsere Arbeit mit einzubeziehen. Wir können sie immer wieder als Kunden begrüßen, aber wir können keine Vorschriften machen, welche Aktivitäten sie hier starten sollen. Das liegt auch nicht in der Natur unserer Aufgaben.

Wie werden Sie als kommunaler Akteur von der Stadtverwaltung eingebunden?

Man findet es gut, dass wir hier Arbeit leisten, dass wir hier Leute im Haus begrüßen, so dass Migrant*innen im Haus ein- und ausgehen. Das wird durch offiziell

le Stellen begrüßt, aber so richtig eingebunden in die kommunalen Strukturen sind wir dadurch nicht. Es findet eine Zusammenarbeit statt, denn wir sind Träger der Jugendhilfe und es ist so, dass junge Menschen, Schüler und junge Heranwachsende bei uns ihre Sozialstunden ableisten, wenn Sie ein Delikt begangen haben. Das Jugendamt nimmt uns in Anspruch als Anlaufstelle, um diese Stunden abzuleisten. Es ist damit schon eine Verzahnung da. Man nimmt uns wahr als diejenigen, bei denen Jugendliche, die es vielleicht woanders schwer hätten, ihre Stunden abzuarbeiten, weil sie dort vielleicht sinnlose Arbeit machen müssten oder weil sie auf andere Schwierigkeiten stoßen würden, bei uns ihre Stunden wie selbstverständlich ableisten. Diese Jugendlichen teilt man uns zu. Wir haben diesen Umstand schon mal angesprochen oder darauf hingewiesen, dass das wichtige soziale Arbeit ist, die man besser honorieren könnte. Außerdem würde eine bessere Einbeziehung in die Jugendhilfe auch eine höhere Wertschätzung vermitteln. Auch ein Einsatz für Spenden oder sonstige Hilfen ist denkbar, aber da passiert nichts. Es wird wahrgenommen, dass wir arbeiten, aber man bezieht uns in diese Struktur, gerade in diese professionelle Struktur nicht mit ein. Die Arbeit wird wahrgenommen, aber wir werden nicht als eine Einrichtung behandelt, die in diese gesamte kommunale Struktur mit einbezogen werden kann. Dadurch sind wir auch nicht mit einer Ausstattung versehen, die gefördert werden könnte. In Bezug auf dieses Thema unseren Standpunkt zu vertreten, fällt uns nicht leicht.

Wir haben unsere Freiheit, die ihren Wert hat. Aber wir haben manchmal den Eindruck, dass, wenn es darum geht Arbeit im Quartier zu verteilen, wir nicht gefragt werden, ob wir schon manche Dinge abdecken. Es könnte sogar so sein, dass Teilnehmer die unseren Bereich aufsuchen, auch für andere Anbieter wertvoll sein könnten, so dass man ihnen Bedingungen bietet, die unseren auf der einen oder anderen Ebene, gerade was die Ausstattung angeht, vielleicht überlegen sind. Dadurch stünden wir am Ende ohne Teilnehmer da. Das würde in letzter Konsequenz nicht passieren, weil bei uns die Zugangsschwellen gar nicht vorhanden sind, doch einfacher wird unsere Arbeit dadurch nicht.

In der Tat gibt es bei Ihnen keine Zugangshürden?

Wenn jemand von uns im Haus ist, kann man jederzeit zu uns kommen. Man wird sozusagen sofort drangenommen. Wir machen keine Termine, es sei denn für Leute, die wir schon besser kennen. Die Zugangsschwelle ist bei uns bis auf die Entfernung von den Hauptstraßen nicht vorhanden. Das ist unser großer Vorteil, wie es genauso ein großer Vorteil ist, dass wir unabhängig sind von den Personen, die

uns die Mittel zuteilen. Wir sind nicht angewiesen auf einen bestimmten Träger, der uns am Leben erhält, wir sind selbst der Träger. Insofern sind wir auch in einem gewissen Sinne beispielhaft in der Stadt. Ich kenne keine Organisation in dieser Größe, die dermaßen souverän und selbstständig über ihre eigenen Geschicke verfügt, vielleicht noch Organisationen oder Bürgerinitiativen hier im Stadtteil, aber nicht als Haus mit einem Gebäude als Einrichtung. Wenn uns irgendetwas nicht gelingt, dann können wir nicht andere dafür verantwortlich machen.

Aber ihre Unabhängigkeit müssen Sie mit fehlender Unterstützung bezahlen?

Es ist nicht so, dass wir keine Unterstützung bekommen. Wir bekommen zum Beispiel jederzeit Personal geliefert, gerade von der Beschäftigungsförderung. Es gibt Leute, die bei der Beschäftigungsförderung sind und ihre Arbeit hier ableisten. Dann gibt es Programme, wie das Teilhabe-Programm, in dessen Rahmen wir vom Landkreis Mittel bekommen, um die Leute zu bezahlen, die hier wirken. Das sind indirekte Förderungen. Das Einzige was uns wirklich fehlt, ist die Einbeziehung in die wirklich tiefen Strukturen der Kommune, zu denen wir keinen Zutritt bekommen, besonders was die Mittelausstattung angeht.

Das Thema Geflüchtete und Ehrenamt ist momentan in aller Munde. Wäre dies nicht eine Möglichkeit Sie bei ihrer Arbeit zu entlasten?

Das Ehrenamt wird im Moment überall sehr stark nachgefragt, gerade für Geflüchtete werden langsam Programme aufgelegt, wo man sie in diese freiwillige Arbeit miteinbeziehen möchte, wo man dieses Aroma des freiwilligen Helfens inhaliert. Ich persönlich halte da eher wenig von. Wenn sich jemand engagieren möchte, dann tut er das in erster Linie aus Neigung und es muss natürlich eine gewisse Attraktivität durch die Organisation vorher geschaffen worden sein. Außerdem besteht ein Problem darin, dass mit Freiwilligen nicht fest gerechnet werden kann. Man kann froh sein, wenn es Freiwillige gibt und die gibt es im Haus auch immer wieder. Der Kultur unseres Hauses entspricht es, dass völlig spontan freie Entschlüsse entstehen oder auch nicht entstehen. Wir können auf eine Anzahl an Leuten blicken, von denen wir wissen, wenn wir sie anrufen, dann stehen sie uns zur Verfügung. Aber wir haben kein Programm entwickelt. Wir glauben auch, dass das Ziel von sozial wichtiger Arbeit nicht sein kann, dass Menschen wertvolle soziale Arbeit ohne Honorierung verrichten. Das kann nicht das Ziel von sozial wertvoller Arbeit sein. Entweder sie ist wichtig und muss gesellschaftlich aufgebracht und dementsprechend honoriert werden oder man benutzt sie nur ganz sporadisch. Diesen Eifer zur ehrenamtlichen Hilfe sollte man nicht zu weit treiben.

Im Haus besteht der Konsens, dass man diese Dinge so regeln sollte, dass wichtige Arbeit entsprechend unterstützt wird und nicht einfach nur zufällig hilfsbereiten Leuten überlassen werden sollte. Das Ziel muss sein, wichtige Arbeit institutionell zu machen, dass sie sich auch selbst ernähren kann.

Aber eine ehrenamtliche Tätigkeit wäre doch eine gute Möglichkeit, sich als Person weiterzuentwickeln?

Angesichts der durchverwalteten Welt, in der wir in diesem Teil der Erde leben, ist es schon sehr viel verlangt, sich hier erst einmal zu etablieren und anzukommen, auch weil Migrierte ganz normale Bedürfnisse haben, wie andere Leute auch. Darüber hinaus noch mentale Leistungen zu verlangen, also Überzeugung vorauszusetzen, die man sich erst nach einem wirklichen Ankommen leisten kann, ist sehr viel verlangt. Ich denke, der natürliche Wunsch vieler Geflüchteter wird sein, der Gesellschaft das zur Verfügung zu stellen, was sie bereichert hat. Ich denke an einer Gesellschaft kann man etwas schätzen, lieben, respektieren, mögen, wenn man angekommen ist und man sieht, was diese Gesellschaft einem eventuell ermöglicht hat. Und wir müssen auch darüber reden, dass wir uns selbst im Moment in einem Findungsprozess befinden. Die Gesellschaft, so wie sie tradiert ist, verändert sich dramatisch im Moment und wir können nicht erwarten, obwohl wir selbst Anpassungsschwierigkeiten haben, anderen Leuten eine Anpassung ohne Probleme vorauszusetzen. Wir leben momentan alle in einer Zeit, in der wir uns finden müssen. Gesetzgeber, Regierungen, können Wege aufzeigen, Eckdaten setzen, aber man muss die Menschen erst einmal ankommen lassen und dann sehen was daraus wird.

Wie stehen Sie zur zunehmenden Ausweitung und Professionalisierung von Unterstützungsangeboten für Geflüchtete seit 2015?

Auch wir waren 2015 gefordert, vielleicht teilweise auch überfordert. Wir mussten unsere Strukturen umstellen, weil wir gemerkt hatten, wie wichtig Sprache für die Menschen ist. Da es zu wenig Möglichkeiten gab Sprache verschult zu lernen, haben wir mehr Klassen eingerichtet, als wir jemals hatten. Wir hatten sogar Hilfe von der Uni und von Lehramtsstudenten, die uns geholfen haben. Wir mussten tätig werden. Wir haben eine Fahrradwerkstatt in Betrieb genommen, um die Leute mit Transportmitteln zu versorgen. So etwas haben viele Organisationen in der Stadt gemacht, jene die bereits vorher organisierte Einrichtungen waren, so wie wir, und andere, die sich zu dem Zeitpunkt gegründet hatten. Das war auch nötig, weil die Verwaltungsstruktur das allein nicht geschafft hätte, sich so um die Leute zu kümmern wie wir.

Heute steht vor allem die Arbeitsmarktintegration im Mittelpunkt neben einer breiten Palette an Unterstützungsangeboten für unterschiedliche Lebensbereiche. Wie sind Sie in diesem Bereich aufgestellt?

Die Arbeitsmarktintegration wird von der Beschäftigungsförderung, vom Jobcenter, von der Arbeitsagentur an die Menschen herangetragen. Da bin ich getrieben. Es ist der Gedanke, dass man Menschen in Arbeit bringen muss als Endziel des Ankommens, des Etablierens. Ich denke für das Individuum ist es besser, wenn es sich diesen Hilfsstrukturen auch entziehen kann, weil das wahrscheinlich der Entwicklung zuträglicher ist, als wenn man zwischen Trägern hin- und hergeschoben wird und dann Maßnahmen über sich ergehen lassen muss; dies auch zum Teil mehrere Male. Es kommt vor, dass ich Personen wahrnehme, die bei uns schon eine Maßnahme hatten, die darauf abzielen sollte ins Arbeitsleben integriert zu werden und dann sehe ich diese Person ein Jahr später bei einer anderen Organisation, die allerdings etwas formeller verwurzelt ist, eine ähnliche oder auf das gleiche Ziel gerichtete Maßnahme absolvieren.

Dann ist es für uns schwierig Orientierungskurse, die zu einer Beschäftigung führen könnten, anzubieten, weil die Menschen Getriebene sind. Wir würden die Leute manchmal gern behalten, aber unsere Versorgungsleistung, die wir hier machen, gibt nur eine kurze Vorbereitung auf die Welt da draußen her. Alles andere müssen wir den fest eingesessenen Einrichtungen überlassen. Die können Mittel verteilen und wer Mittel verteilen kann, der kann auch zuweisen oder an Stellen zuweisen, wo die Leute hinsollen.

Was wünschen Sie sich von der Kommune als MSO?

Unser Vorstand hatte mehrmals angefragt, ob man im Haus zwei halbe oder dreiviertel Stellen einrichten kann. Dabei geht es um allgemeine Sozialstellen oder Anlaufstellen, die sich um Migranten kümmern. Aber bei den Mittel-Beschlüssen wurde die Einrichtung nicht in Betracht gezogen. Die Einrichtung dieser Stellen ist ein Wunsch unseres Vorstands. Ich denke, diese Stelle wird man durchaus mit Leuten besetzen, die das Haus heute schon freiwillig oder halbamtlich, aber in jedem Fall etwas prekär, mit unterstützen. Aber Planung und Ausstattung einer Stelle sind ein Mysterium für uns.

Für die Ausgestaltung der Stelle bräuchten wir Gestaltungsfreiheit. Es wird hier bereits gestaltet, allerdings ohne diesen offiziellen Stempel. Wie wir das den zuständigen Stellen schmackhaft machen, so dass die Einrichtung offiziell durchgewunken wird, ist ein Drahtseilakt. Manchen Projekten gelingt es. Uns ist es bisher noch nicht gelungen, wegen unserer relativ informellen Struktur, die einfach nur auf die

Arbeit selbst gerichtet ist. Unser Bindungsort ist das Haus. Durch den Betrieb des Hauses ergibt sich alles Weitere von allein.

II INTEGRATION UND PARTIZIPATION – BESTANDSANALYSE DES STÄDTISCHEN INSTITUTIONELLEN HANDELNS

Verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen nutzten das Stadtlabor als eine Plattform des Austauschs und der Vernetzung, um vor dem Hintergrund ihrer verschiedenen Betätigungsfelder und Erfahrungen die Situation in Göttingen zu reflektieren, bestehende Defizite in Fragen von Teilhabe und Partizipation herauszuarbeiten sowie Handlungsideen und Visionen für eine solidarische städtische Migrations- und Teilhabepolitik zu entwickeln.

Das Migrationszentrum für Stadt und Landkreis Göttingen thematisierte in verschiedenen Workshops strukturelle Hindernisse, die Teilhabe für alle noch verhindert. Denn Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für alle sozial benachteiligten Göttinger*innen erschwert, wobei Geflüchtete aufgrund multipler Diskriminierungen bei der Kommunikation mit Behörden, bei der Wohnungssuche oder bei der Inanspruchnahme von Hilfs-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten in besonderem Maße benachteiligt sind.

Partizipation und Nachhaltigkeit standen im Mittelpunkt eines Erfahrungsaustausches über die Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Göttingen. Vertreter*innen von Wohlfahrtsverbänden und Migrant*innenselbstorganisationen wie der Deutsch-Russischen Gesellschaft, ehrenamtliche Helfer*innen aus verschiedenen Kontexten und Sozial- und Kulturwissenschaftler*innen der Universität Göttingen formulierten Handlungsfelder und Unterstützungsbedarfe, die bei der zukünftigen Gestaltung der kommunalen Integrationspolitik Berücksichtigung finden sollten.

Konkrete Forderungen an die Kommune formulieren die Seebrücke Göttingen und das Lampedusa Bündnis. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Sterbens flüchtender Menschen auf dem Mittelmeer müsse die Stadt und der Landkreis Göttingen die Verpflichtungen im Rahmen ihres Ratsbeschlusses, „Sicherer Hafen“ zu werden, aktiv und schnell umsetzen und die Aufnahme sowie Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherstellen.

Die Initiativen Behörden-Watch sowie das Medinetz beobachten im behördlichen Handeln die Exklusion Geflüchteter aus dem Solidarsystem und fordern eine Rückkehr zur voll-umfänglichen Gesundheits- und Daseinsfürsorge.

4.3 Was macht TEILHABE FÜR ALLE aus? Defizite und Bedarfe aus der Perspektive der Ehrenamtsarbeit

Migrationszentrum für Stadt und Landkreis Göttingen
(in Trägerschaft des Diakonieverbands Göttingen)

*Aufgrund der multiplen Diskriminierung ist die Teilhabe von Geflüchteten in besonderem Maße erschwert. Viele Hindernisse betreffen jedoch alle sozial benachteiligten Göttinger*innen.*

„Was will dieses Stadtlabor?“, haben uns viele Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe gefragt, als das Stadtlabor im Juni 2019 die Räume der alten Kranich-Apotheke im Schildweg bezog. „Geht dort vorbei, schaut es euch an, sprecht die Menschen an, die euch dort begegnen. Es ist für alle offen“, war die Antwort. „Was will das Migrationszentrum im Stadtlabor?“, haben wir uns gefragt.

Jeder Besucher*in des Stadtlabors springt beim Betreten der Räume eine Frage an der gegenüberliegenden Wand ins Auge: „Was macht EINE STADT FÜR ALLE aus?“ Als Antwort bieten die alten Apothekenauslagen einige Begriffe zur Auswahl, darunter auch Teilhabe – ein zentrales Thema in der Arbeit des Migrationszentrums. Seit bald 30 Jahren macht es sich unsere Einrichtung zur Aufgabe, die Teilhabe von Zugewanderten am gesellschaftlichen Leben zu fördern. Das Stadtlabor bot uns den Raum, im Austausch mit unterschiedlichen Akteuren in unterschiedlichen Formaten die Frage zu reflektieren „Was macht die TEILHABE FÜR ALLE aus?“ – und zwar heute und in unserer Kommune. Wo stehen wir in unserer Arbeit und was steht der Teilhabe aller Einwohner*innen der Stadt im Wege?

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand ehrenamtliches und freiwilliges Engagement für, mit und von Geflüchteten und Migrant*innen. Unser Anliegen war dabei, im Sinne des Stadtlabors den Blick weg vom Defizitären hin zu Ressourcen und Potenzialen der Zugewanderten zu lenken. Zwei der von uns durchgeführten Workshops richteten sich an Flüchtlingshelfer*innen: Der erste beschäftigte sich mit dem Konzept des Empowerments als einer ressourcenorientierten Unterstützung von Menschen mit Fluchterfahrung im Prozess der Selbstermächtigung und einer Haltung des Vertrauens in ihre Stärken – keine leichte Aufgabe angesichts der strukturellen Hindernisse. Im zweiten Workshop, einer Kooperation zwischen der Tafel Göttingen, dem Migrationszentrum und der Bonveno, wurden zwei Instrumente des Empowerments behandelt: transkulturelle Sensibilisierung und

das Konzept der leichten Sprache.

Unter dem Titel „Teilhabe durch Ehrenamt“ führten wir fünf Workshops für Geflüchtete und Migrant*innen zur Stärkung ihres Selbsthilfepotentials und zur Förderung ihrer aktiven Partizipation am sozialen, politischen und kulturellen Leben durch. Behandelt wurden Grundlagen der lokalen Demokratie, Strategien im Umgang mit Alltagsrassismus, transkulturelles Lernen, Ehrenamtsstrukturen in Deutschland und Grundsätze des ehrenamtlichen Dolmetschens.

Vier Bausteine zur Stärkung der Teilhabe

In der Auseinandersetzung mit dem Thema Empowerment und im Austausch mit allen Teilnehmenden wurden neben den strukturellen Teilhabebehindernissen, die im Asylgesetz verankert sind und nur Schutzsuchende betreffen (wie der unsichere Aufenthaltsstatus, die Wohnsitzauflage oder die Abschiebepaxis) auch offene Bedarfe thematisiert, die tatsächlich TEILHABE FÜR ALLE verhindern.

Formulare und Behördenschreiben in leichter oder einfacher Sprache würden nicht nur die Teilhabe von Zugewanderten und von Menschen mit Behinderungen ermöglichen, sondern die aller Bürger*innen.

Viele der Schutzsuchenden, die seit 2015 nach Göttingen gekommen sind, haben bereits erfolgreich Integrations- und weitere Sprachkurse abgeschlossen, machen eine Ausbildung, studieren oder arbeiten. Dennoch sind sie im Antragswesen und bei der schriftlichen Kommunikation mit Behörden immer noch auf die Hilfe von Ehrenamtlichen oder Beratungsstellen angewiesen. Das liegt nicht daran, dass sie sich keine Mühe machen, besser Deutsch zu lernen. Auch deutsche Ehrenamtliche (auch die mit akademischen Abschlüssen) verzweifeln an Formularen, Bescheiden u. ä. Mit einer Behördensprache, die von den Menschen nicht verstanden werden kann, wird eine langfristige Abhängigkeit von fremder Hilfe geschaffen. Formulare und Behördenschreiben in leichter oder einfacher Sprache würden nicht nur die Teilhabe von Zugewanderten und von Menschen mit Behinderungen ermög-

lichen, sondern die aller Bürger*innen.

Für viele Freiwillige, die zum ersten Mal eine Patenschaft übernehmen, ist die Realität, in der sich Geflüchtete bewegen, äußerst befremdlich. Nicht nur, dass die Behördensprache unverständlich ist. Pauschal werden in den Briefen Textbausteine benutzt, die Sanktionen androhen, die die Menschen grundlos in Angst versetzen. Ehrenamtliche berichten, dass sie oft Schikane und Alltagsrassismus miterleben und in vielen Fällen als Fürsprecher*innen Geflüchtete begleiten müssen, weil ihre Anliegen ohne Begleitung von Helfer*innen nicht erledigt werden. Sie fragen sich, wie es den Menschen ergeht, die keine Ehrenamtlichen an ihrer Seite haben. Auch dieses Problem betrifft nicht nur Geflüchtete, sondern alle Göttinger*innen, die nicht in der Lage sind, vor Behörden selbstbewusst und eloquent aufzutreten.

Jede*r Göttinger*in sollte die Möglichkeit haben, in konkreten Fällen von einer professionellen Antidiskriminierungsstelle beraten zu werden, die eine aktive Antidiskriminierungsarbeit leistet.

Erschütternd ist für Ehrenamtliche die Erfahrung, wie oft Menschen in Göttingen in allen Lebensbereichen auf allen Ebenen mit Fremdenfeindlichkeit, Alltagsrassismus und rassistischer Diskriminierung konfrontiert werden. Die Beratungsstellensuche auf der Homepage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ergibt für Göttingen nur die Antidiskriminierungsberatung für Studierende der Uni Göttingen. Bei der Stadt Göttingen fehlt die entsprechende Stelle. Jede*r Göttinger*in sollte die Möglichkeit haben, in konkreten Fällen von einer professionellen Antidiskriminierungsstelle beraten zu werden, die eine aktive Antidiskriminierungsarbeit leistet.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist für alle Göttinger*innen ein großes Problem, Geflüchtete sind jedoch besonders stark von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt betroffen. In diesem Bereich sind sie auf Unterstützung angewiesen. Bisher wissen wir nicht, an wen wir die Hilfesuchenden, die mit diesem Anliegen unsere Beratung aufsuchen, verweisen können. Ehrenamtliche wollen und können diese Aufgabe nicht übernehmen. Praktische Hilfe bei der Wohnungssuche muss hauptamtlich von einer darauf spezialisierten Anlaufstelle geleistet werden.

Beim Aktionstag des Museums Friedland, der im August im Rahmen vom Stadtlabor am Wilhelmsplatz stattfand, war das Migrationszentrum durch die Lei-

terin Zeliha Karaboya auf dem Podium bei der Diskussion unter dem Titel "Stadt, Land, Flucht" vertreten. Als eine der größten Herausforderungen für Geflüchtete wurde die fehlende Mobilität thematisiert. Auch dieses Teilhabehindernis betrifft alle Menschen im Landkreis, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Wenn die Busfahrkarte unbezahlbar ist, oder wenn gar kein Bus fährt, bleiben die Menschen von Hilfs-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten ausgeschlossen.

Teilhabe ist vor allem für sozial benachteiligte Göttinger*innen erschwert, wobei Geflüchtete aufgrund der multiplen Diskriminierung in besonderem Maße betroffen sind. Unter Berücksichtigung der besonderen Bedarfe der Geflüchteten können die oben aufgezeigten Lösungsansätze zumindest teilweise Abhilfe schaffen. Das Stadtlabor hat Raum dafür geboten, viele praxisbezogene, relevante Erfahrungen und Ergebnisse zu erzielen: Es hat inspiriert, herausgefordert, gefördert, viel bewegt und war aus Sicht des Migrationszentrums ein sinnvolles, erfolgreiches und wertvolles Projekt für alle Göttinger*innen.

4.4 Erfahrungsaustausch zum kommunalen Integrationskonzept

Prof. Dr. Alexander-Kenneth Nagel (Institut für Soziologie, Universität Göttingen)

*Partizipation und Nachhaltigkeit sind Kernpunkte städtischer Governance. Ein Beispiel dafür war der kritische Austausch über die Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Göttingen im Rahmen des Stadtlabors, an dem Vertreter*innen unterschiedlicher Gruppen und Initiativen mitgewirkt haben.*

Partizipation und Nachhaltigkeit sind längst Kernpunkte städtischer Governance. Im Idealfall führt die Beteiligung von Bürger*innen nicht nur zu einer breiteren Akzeptanz neuer Politiken und Maßnahmen (Input-Legitimität), sondern auch zu besseren, weil in der Lebenswelt der Akteure verankerten, Resultaten (Output-Legitimität). Das Stadtlabor verstand sich als eine Plattform zur Initiierung und Moderation solcher Beteiligungsprozesse und schloss damit eine Lücke zwischen der Stadtverwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Initiativen. Ein Beispiel dafür war der kritische Austausch über die Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Göttingen. Bereits auf der samo.fa Dialogkonferenz im Juli 2019, veranstaltet durch die Deutsch-Russische Gesellschaft Göttingen e.V. in Kooperation mit dem Stadtlabor, wurden die Schlussfolgerungen zur Umsetzung des 1. Integrationskonzepts (2017-2018) sowie die Handlungsfelder und Einzelziele der 2. Fortschreibung vorgestellt. Viele hauptamtliche und ehrenamtliche Akteure der Integrations- und Flüchtlingsarbeit haben bei dieser Gelegenheit bereits Anregungen und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Der dort begonnene Erfahrungsaustausch wurde im Rahmen des Stadtlabors fortgesetzt mit dem Ziel, Handlungsfelder und Unterstützungsbedarfe zu formulieren, die bei der zukünftigen Gestaltung der kommunalen Integrationspolitik Berücksichtigung finden sollten.

Als Teil der informellen Netzwerke von Zuwanderer*innen leisten MSO niedrigschwellige „erste Hilfe“ und könnten den Übergang zu den entsprechenden Fachstellen mitgestalten. Diese Mittlerrolle gelte es anzuerkennen und zu fördern.

An diesem Austausch wirkten neben Vertreter*innen von Wohlfahrtsverbänden und Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) wie der Deutsch-Russischen Gesellschaft, und ehrenamtlichen Helfer*innen aus verschiedenen Kontexten auch Sozial- und Kulturwis-

senschaftler*innen der Universität Göttingen mit. Im Rahmen der Diskussion wurde schnell deutlich, dass sich die Rückmeldungen und Anfragen an das Integrationskonzept auf unterschiedlichen Ebenen bewegten:

I

Auf der Ebene einzelner Handlungsfelder (z.B. Schulen) zeigte sich, dass einerseits bereits verschiedene Angebote bestehen, die allerdings zu wenig bekannt und vernetzt sind, während es andererseits „blinde Flecken“ gibt (z.B. bei der Unterstützung bei Bewerbungen).

II

Auf der Ebene der Kooperation mit gesellschaftlichen Verbänden strichen die Teilnehmer*innen die Bedeutung von MSO als zentrale Anlaufstellen heraus. Als Teil der informellen Netzwerke von Zuwanderer*innen leisten MSO niedrigschwellige „erste Hilfe“ und könnten den Übergang zu den entsprechenden Fachstellen mitgestalten. Diese Mittlerrolle gelte es anzuerkennen und zu fördern.

III

Mit der Frage nach dem Fehlen von MSO war auch die Ebene der Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure am Integrationskonzept und seiner Fortschreibung insgesamt angesprochen. Dabei wurde deutlich, dass eine partizipative Stadtgestaltung nicht nur auf die bestehenden Organe politischer Mitwirkung (z.B. Integrationsräte) zurückgreifen darf, sondern darüber hinaus breite und proaktive Konsultationsprozesse nötig sind. Nur so ist es möglich, faktische statt vermuteter Bedarfe zu identifizieren und geeignete Lösungen anzubieten.

IV

Die selektive Beteiligung gesellschaftlicher Akteure wurzelt ihrerseits in einer von vielen Teilnehmer*innen wahrgenommenen normativen Grundhaltung des Integrationskonzepts, in der Bedarfe von (unterstellten) Defiziten aus gedacht sind. Ein Beispiel dafür war die vermeintlich „beeinträchtigte Wohnfähigkeit“ von Zuwanderer*innen, die eine engmaschige Betreuung und Überwachung erfordere. Ein solcher Ansatz ist nicht nur anmaßend, sondern fördert auch Unmündigkeit und Passivität. Statt Bedürftigkeit zu „ethnisieren“, gelte es, städtische Angebote möglichst inklusiv zu gestalten. Ein zentrales Instrument dafür ist neben der interkulturellen Öffnung die Verankerung einer rassismuskritischen Perspektive.

4.5 Sicherer Hafen „Göttingen“ und seine schleppende Umsetzung

Seebrücke Göttingen und Lampedusa Bündnis

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Sterbens flüchtender Menschen auf dem Mittelmeer setzt sich eine stetig wachsende nationale und europäische Bewegung von Städten und Kommunen als „Sichere Häfen“ aktiv für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik ein. Stadt und Landkreis Göttingen dürfen sich an dieser Stelle nicht aus ihrer Verantwortung stehlen.

Seit 2014 haben allein auf der Fluchtroute über das Mittelmeer über 22.000 Menschen ihr Leben verloren. Ihr Tod ist eine direkte Konsequenz der europäischen Abschottungspolitik. Das Fehlen legaler Fluchtwege nach Europa zwingt sie, die gefährliche Route über das Mittelmeer zu nehmen und die Aussetzung staatlicher Rettungsmissionen sowie die Kriminalisierung nicht-staatlicher Seenotretter*innen erhöht das Risiko der Überfahrt enorm. Gleichzeitig leben seit Jahren viele italienische, griechische und spanische Küstenstädte unter völlig anderen ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen praktische Solidarität mit Geflüchteten vor, während sich der reiche Norden Europas hinter den Dublinverträgen vor seiner Verantwortung versteckt.

Um ein „Sicherer Hafen“ zu werden, muss eine Stadt aktiv die schnelle und unkomplizierte Aufnahme sowie Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherstellen.

Doch im Gegensatz zu der Blockadehaltung der Bundesregierung existiert in Deutschland auf kommunaler Ebene eine große Bereitschaft zu einer humanitären, europäischen Migrationspolitik. Neben der alltäglichen Unterstützung von Geflüchteten ist das Konzept „Sicherer Hafen“ aktuell sicherlich sein stärkster Ausdruck. Es zielt darauf ab, die Bereitschaft der Städte und Kommunen, aktiv mehr Menschen aufzunehmen, sichtbar zu machen und dadurch Druck auf die Bundesregierung zu erzeugen.

Um ein „Sicherer Hafen“ zu werden, muss eine

Stadt aktiv die schnelle und unkomplizierte Aufnahme sowie Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherstellen. Darüber hinaus muss sie sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer, bzw. der deutlichen Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einsetzen und dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze anbieten. Außerdem muss die Stadt alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung zur Verfügung stellen und die Seenotrettung durch eine Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff aktiv unterstützen. Schließlich muss die Stadt



Gedenken der Toten im Mittelmeer (Mohan Ramaswamy)

dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitreten, um gemeinsam mit anderen solidarischen Städten zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik beizutragen. Wie 2019 insgesamt stand auch die Arbeit im Stadtlabor für das Lampedusa-Bündnis und die Seebrücke Göttingen ganz im Zeichen der Kampagne zum „Sicheren Hafen“. Hier kulminierte eine Kritik, wie sie seit dem Bootsunglück vor Lampedusa 2013 in der Öffentlichkeit nicht mehr verstummte. In den vergangenen Jahren hatte es der Rat der Stadt Göttingen abgelehnt, sich über Solidaritätsbekundungen hinaus auch praktisch gegen das Sterben im Mittelmeer und die Entkriminalisierung der Seenotrettung einzusetzen. Deshalb bündelten wir 2019 unsere Energien für einen neuen Anlauf, um eine Mehrheit des Rates davon zu überzeugen, Göttingen zum „Sicheren Hafen“ zu erklären.

Gemeinsam zu einem ersten Erfolg

Das Stadtlabor bot uns während der Kampagne nicht nur einen Raum zum Arbeiten, sondern auch eine Plattform, um uns mit anderen Initiativen zu vernetzen, ihnen das Konzept des „Sicheren Hafens“ vorzustellen sowie eine breitere Öffentlichkeit über die Kampagne und unsere Forderungen zu informieren. So gab uns beispielsweise der Aktionstag zum Thema „Migration bewegt Göttingen“ am Wilhelmsplatz, den das Stadtlabor zusammen mit dem Museum Friedland und dem Bündnis „Niedersachsen packt an“ organisiert hatte, die Gelegenheit, auch direkt mit dem Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler über unsere Forderungen zu diskutieren. Die Vernetzung mit anderen Initiativen leistete auch einen Beitrag zu unserer erfolgreichen Social-Media Kampagne, bei der sich bekannte Göttinger Persönlichkeiten und Gruppen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens unter dem Hashtag #KursSetzenGöttingen für einen „Sicheren Hafen“ Göttingen positionierten.

Am Ende eines monatelangen Aktionsmarathons, bei dem wir Denkmäler mit Mahnbannern verhüllten, eine ansprechende Unterstützungskampagne starteten und auf allen geeigneten Veranstaltungen Präsenz zeigten, erklärte der Rat der Stadt am 13. September mit großer Mehrheit (26 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen) Göttingen zum „Sicheren Hafen“. Damit sendete der Rat ein deutliches Signal an das Bundesinnenministerium: Die Stadt Göttingen ist bereit ihren Beitrag zur raschen Beendigung der humanitären Katastrophe zu leisten, die sich tagtäglich auf dem Mittelmeer abspielt. Der beschlossene Antrag entspricht allen unseren Forderungen und enthält konkrete Verpflichtungen für die Stadt, die

schnellstmöglich umgesetzt werden müssen. Kurze Zeit später zog auch der Landkreis Göttingen mit einem weitestgehend identischen Beschluss nach.

Butter bei die Fische!

Nun ist es für die Stadt und den Landkreis an der Zeit, die beschlossenen Maßnahmen auch in transparenter Art und Weise umzusetzen. Stadt und Landkreis müssen zügig durch einen formlosen Brief dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitreten sowie gegenüber dem Land Niedersachsen als auch dem Bund die Einführung eines Landesaufnahmeprogramms und die deutliche Erhöhung der Aufnahmequoten im Resettlement (gem. § 23 Abs. 4 AufenthG) fordern und dafür selbst zusätzliche Plätze zur Verfügung stellen. Nur dadurch, dass die erhöhte Aufnahmebereitschaft von Stadt und Landkreis und deren Solidarität mit Menschen auf der Flucht bekannt wird, wächst der Druck auf die Bundesregierung, sich für eine Kehrtwende in der europäischen Migrationspolitik einzusetzen. Stadt und Landkreis besitzen die nötigen Kapazitäten und Ressourcen, um Menschen auf der Flucht ein Zuhause bieten zu können. Daraus ergibt sich auch eine Verantwortung, der sie jetzt gerecht werden müssen!

Um die Umsetzung des Ratsbeschlusses zu begleiten, braucht es ein Labor im wahrsten Wortsinne: als Arbeitsraum von Bündnispartner*innen aus Wissenschaft, kommunaler Praxis und anderen Teilen der Zivilgesellschaft.

Um die Umsetzung des Ratsbeschlusses zu begleiten, braucht es ein Labor im wahrsten Wortsinne: als Arbeitsraum von Bündnispartner*innen aus Wissenschaft, kommunaler Praxis und anderen Teilen der Zivilgesellschaft. Denn der Ratsbeschluss war nur der Startpunkt, Göttingen zum „Sicheren Hafen“ zu machen. Stadt und Landkreis befinden sich dabei in guter Gesellschaft: Auf Bundesebene hat sich mittlerweile das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ gegründet und im November gab es dazu eine Sachverständigenanhörung im Innenausschuss. Dabei wurde erklärt, dass mittlerweile 28 Prozent der deutschen Bevölkerung in „Sicheren Häfen“ leben würde und das Bündnis quer durch die politische Farbenlehre geht. Im Januar 2020 ist ein öffentliches Fachgespräch mit dem Titel „Aus Seenot gerettet – und dann? Kommunale Aufnahme in Deutschland und der EU“ angekündigt. Denn in anderen EU-Ländern haben die Bürgermeister*innen großer Mittelmeeranrainer-Städte den Worten längst Taten folgen und

die „Sicheren Häfen“ praktisch werden lassen. Das Stadtlabor im überschaubaren Göttingen könnte hier den Rahmen bieten, auch dabei von anderen zu lernen, wie eine Kommune konkret in der Praxis „Sicherer Hafen“ werden kann.

4.6 Menschen ohne Krankenversicherung in Göttingen

Medinetz Göttingen e.V.

Asylsuchende und Menschen ohne Aufenthaltsstatus werden nicht mehr über anonyme Krankenscheine zu akzeptablen Bedingungen versorgt. Einzige Versorgungsstelle ist das Medinetz - mit begrenzten Mitteln.

Leider haben aus sehr unterschiedlichen Hintergründen heraus Menschen in Göttingen (und überall in Deutschland) keine Krankenversicherung: Deutsche Staatsbürger*innen ohne Wohnung und ohne Meldung beim Jobcenter; Selbstständige mit Niedrigeinkommen, die längere Zeit keine Beiträge entrichtet haben; Menschen aus den neuen EU-Staaten (wie vor allem Rumänien und Bulgarien) bei Verlust ihrer Krankenversicherung bzw. jene, die durch Rassismus und/oder Antiziganismus dort keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung haben; Ausländer*innen ohne oder mit Krankenversicherung im Herkunftsland, deren Touristenvisum aber abgelaufen ist; Asylsuchende, die wegen Ausreiseaufforderung ‚abgetaucht‘ sind sowie Menschen, deren Aufenthalt vom Staat illegalisiert wird.

Entsprechend verschieden und unübersichtlich beschränkt ist die Rechtslage der Behandlungschancen der verschiedenen Gruppen:

Asylsuchende erhalten nach den §§ 4 und 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes ausschließlich Leistungen zur Behandlung akuter bzw. schmerzhafter Krankheiten, gesetzliche Impfungen und Hilfe vor und zu Geburten, in gut begründeten und vom Sozialamt akzeptierten Fällen auch weitere Behandlungen. Insgesamt liegen diese deutlich unterhalb der Krankenkassenstandards. Häufig werden ihnen notwendige Leistungen und Behandlungen, beispielsweise bei chronischen Krankheiten und Anschlusstherapien verwehrt. Hier springt das Medinetz ein, soweit die Ärzt*innen, die mit dem Medinetz zusammenarbeiten, solche Leistungen für notwendig halten.

Menschen ohne Aufenthaltsstatus steht zwar gesetzlich das Recht auf bestimmte medizinische Behandlungen zu, dieses ist jedoch noch stärker eingeschränkt als bei Asylsuchenden. Sobald deren Kosten bei Sozialämtern geltend gemacht werden, steht zudem eine alsbaldige Abschiebung an, da das Sozialamt eine Meldepflicht an die Ausländerbehörden hat. Auch Notfallbehandlungen sind in der Regel mit dieser existenziellen Bedrohung verbunden. Neben Ignorieren der Krankheit oder Selbstmedikation bleibt nur eine Suche nach vertrauenswürdigen Ärzt*innen. Hierbei unterstützt das Medinetz Göttingen. Wir beraten über Gesundheits- und Behandlungsmöglichkeiten, vermit-

teln zu kostenlos oder -günstig behandelnden Ärzt*innen und beschaffen nach Möglichkeit kostengünstige Medikamente. Aber unser sehr beschränktes Budget erlaubt fast nie die Übernahme schwerer Fälle (wie Krankenhausbehandlungen). Schwangeren ver helfen wir zu Vorsorgeuntersuchungen, können sie aber nur in wenigen Einzelfällen in Krankenhäuser vermitteln, wenn diese eine kostengünstige Geburt übernehmen. Weiterhin beraten wir zur einschlägigen Rechtslage und vermitteln die Betroffenen an das Migrationszentrum oder qualifizierte Rechtsanwält*innen.

Viel zu häufig kommen Menschen in schwierigen und belastenden Lebenslagen und mit zum Teil sehr schlechtem Gesundheitszustand in die wöchentliche offene Sprechstunde zum Medinetz.

Von 2016 bis 2018 konnten diese Menschen über das Landesprojekt „Medizinische Versorgung von Papierlosen“ in Göttingen über anonyme Krankenscheine zu akzeptablen Bedingungen versorgt werden, auch und gerade in Krankenhäusern. Eine kooperierende Legalisierungsberatung verhalf zudem vielen zu einem Aufenthaltsstatus mittlerer Reichweite. Das Projekt ist ersatzlos ausgelaufen, einzige Versorgungsstelle ist nun wieder das Medinetz – mit der Folge einer Verdoppelung der Nachfrage in den wöchentlichen Beratungszeiten.

Unversicherte aus den **neuen EU-Staaten** leben häufig schon mehrere Jahre in Göttingen. Seit Januar 2017 wurde ihnen das Recht auf Gesundheitsversorgung drastisch eingeschränkt. So werden jetzt nur noch Akutbehandlungen über den Zeitraum von einem Monat übernommen (Leistungsausschlussgesetz, 22.12.2016). Die Rechtsprechung hierzu ist noch nicht gefestigt, ihnen bleibt meist nur das Medinetz, wohin sie u.a. bei Schwangerschaften, schwereren oder chronischen Erkrankungen kommen.

Deutsche Staatsbürger*innen suchen dagegen selten Hilfe beim Medinetz Göttingen. Menschen ohne Wohnsitz, oft mit Aufenthaltsrecht, suchen Unterstützung und den Zugang zu Behandlungen hauptsächlich über die Straßensozialarbeit.

Viel zu häufig kommen Menschen in schwierigen und belastenden Lebenslagen und mit zum Teil sehr schlechtem Gesundheitszustand in die wöchentliche offene Sprechstunde zum Medinetz. Bei Unkenntnis der eigenen Rechtslage über zum Teil bestehende oder mögliche Aufenthaltsrechte, zur Absicherung von Ge-

burten und bei drohender Abschiebegefahr kooperiert der Verein mit dem Migrationszentrum, Check-in, Rechtsanwält*innen und dem AK Asyl.

Das Medinetz ist ein gemeinnütziger Verein, in dem wir ausschließlich ehrenamtlich arbeiten. Es verfügt nur über äußerst beschränkte materielle Mittel, die sich aus Spenden und Geld von Stadt und Landkreis Göttingen zusammensetzen. Hiervon werden die Kosten für Behandlungen und Medikamente getragen; die behandelnden Ärzt*innen rechnen ihre Leistungen verbilligt ab oder behandeln gänzlich umsonst. Jedoch können keine wichtigen und notwendigen Krankenhausaufenthalte bezahlt werden.

Das Medinetz Göttingen setzt sich dafür ein, dass das Menschenrecht auf Gesundheit allen Menschen, unabhängig von Herkunft und Lebenslage zuteilwird. Hierzu hat sich Deutschland in mehreren Abkommen verpflichtet, aber die Regierungen kommen dem immer weniger nach. Die immer größeren Versorgungslücken kann und will das Medinetz (wie alle anderen 34 Medinetze in Deutschland) nicht ehrenamtlich stopfen, es kann nur die verheerenden Folgen für die Betroffenen mildern und das wird immer schwieriger. Wir setzen uns politisch ein für die Gleichbehandlung aller Menschen bei der Gesundheitsversorgung (und überall!).

Wir haben uns zusammen mit anderen Initiativen und Verbänden auf Bundes- und Landesebene engagiert gegen die Versorgungsrestriktionen und für die Abschaffung der repressiven Sondergesetze für Asylsuchende und Migrant*innen – kurz: Wir wollen uns (langfristig) selbst abschaffen. Derzeit kooperieren wir mit Göttinger Vereinen und Initiativen für eine bessere lokale Gesundheitsversorgung.

4.7 Monitoring institutionellen Rassismus – ein Erfahrungsbericht

Behörden-Watch

Der Fachbereich Soziales entzieht sich seiner Pflicht zur Daseinsfürsorge. Menschen werden bewusst aus dem Kreis der Leistungsberechtigten herausgedrängt. Der Bericht dokumentiert einige Fälle, wie der Fachbereich agiert.

Behörden-Watch hat im letzten halben Jahr bei ihren Begleitungen von Geflüchteten zum Sozialamt eine höchst problematische Praxis mitverfolgen können. Das Sozialamt und damit die Kommune betreibt eine Strategie des absichtlichen Rückzugs aus der Daseinsfürsorge für Geflüchtete. Mit der Veröffentlichung dieser Vorgehensweise will sich Behörden-Watch bewusst von einer rein unterstützenden Arbeit abgrenzen und einen solidarischen Standpunkt mit Geflüchteten einnehmen.

Behörden-Watch hat im letzten halben Jahr drei Fälle dokumentiert und hat Kenntnis über viele weitere Fälle, in denen das Sozialamt betroffene Personen aus dem Bereich der Leistungsberechtigten ganz bewusst herausdrängt. Es beginnt in der Regel mit der Ankündigung seitens des Fachbereichs Soziales, dass sich die betroffene Person nicht in der ihr zugewiesenen Unterkunft aufhält. Dies sind besonders die Sammelunterkünfte in der Europa-Allee, auf den Zietenterrassen und der Carl-Giesecke-Straße. Wie das Sozialamt zu dieser Einschätzung kommt, ohne einen massiven Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Zimmernutzer*innen zu begehen, ist ein Rätsel. Es gibt keine Anwesenheitspflicht und damit ist auch nicht geregelt, wie viele Stunden die Wohnung genutzt werden muss. Die Frage der Erhebung der Daten zur Nutzung bleibt davon noch unberührt. Es gibt keinen Empfang, an denen sich die Nutzer*innen an- und wieder abmelden müssen, kein elektronisches Anmeldesystem und es gibt auch keine Kameraüberwachung, die ausgewertet werden könnte. Alle diese Maßnahmen würden auch einen bedeutenden Einschnitt in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bedeuten. Was also an überwachenden und damit Rechte einschneidenden Maßnahmen übrigbleibt, ist eine Bespitzelung durch Sozialarbeiter*innen und Sicherheitspersonal der jeweiligen Sammelunterkünfte in Göttingen mit offensichtlich lagerhaftem Charakter.

Der Feststellung der Nicht-Anwesenheit durch den Fachbereich Soziales folgt die Abmeldung im melderechtlichen Sinne. Da aber formal die Pflicht der Daseinsfürsorge auf Seiten der Kommune besteht, erfolgt die Zuweisung in die Unterkunft für woh-

nungslose Personen im Maschmühlenweg. Hier wird durch Einlasskontrollen einer privaten Sicherheitsfirma die Nutzung der Betten in den Gemeinschaftsräumen minutiös festgehalten. Da es sich bei den Räumlichkeiten um eine Notunterkunft handelt, wird hier schon die Abwesenheit über ein bis zwei Nächte mit einer Abmeldung und dem Verlust des Schlafplatzes geahndet. Um den Charakter einer Notunterkunft im Maschmühlenweg durch den gewollten Mangel an Privatsphäre aufrecht zu erhalten - die sozialpolitischen Fehler im Bereich des sozialen Wohnungsbaus in der Kommune mal beiseitegelassen - ist ein Rauswurf hier in den allermeisten Fällen strukturell vorprogrammiert. Da diese Praxis des doppelten Rauswurfs seit mindestens einem halben Jahr Bestand hat und die Kapazitäten in der Notunterkunft im Maschmühlenweg nicht überstrapaziert werden, kann von einer bewussten Strategie auf Seiten des Fachbereichs Soziales gesprochen werden. Mit der Abmeldung aus der Notunterkunft steht den Betroffenen daraufhin keine Meldeadresse mehr zur Verfügung, womit sie nicht mehr zum Kreis der Leistungsberechtigten gehören und keine Geldleistungen mehr erhalten. Da auch in einigen Fällen eine postalische Anmeldung mit Hilfe der Straßensozialarbeit von den Mitarbeiter*innen des Fachbereichs nicht anerkannt wurde, sehen wir hinter diesen Maßnahmen eine absichtliche Strategie zur Vermeidung der Daseinsfürsorge für einen bestimmten Personenkreis.

Sukzessive und mit anwaltlicher Unterstützung wurde erreicht, dass der Fachbereich Soziales die ausschließlich postalischen Meldeadressen wieder anerkennt. Dadurch erhalten die Betroffenen zwar Geldleistungen, doch einen Platz zum Leben haben sie nicht.

Wir fordern für Geflüchtete eine vollumfängliche Daseinsfürsorge, wie wir sie auch für jeden anderen Menschen in der Kommune und darüber hinaus fordern.

Eine weitere problematische Praxis besteht darin, dass auch nach Finden einer Wohnung, die sich im Preisrahmen für Sozialhilfeempfangende befindet, erst nach dem Abschluss des Asylverfahrens die Kautions als Kredit gewährt wird. Als betroffene Person, der oben genannten Praxis des Doppelrauswurfs, steht man auf der Straße und die geringen Möglichkeiten einen festen Wohnsitz beziehen zu können, werden weiter eingeschränkt. Für diesen Personenkreis rückt eine Daseinsfürsorge durch die Kommune in weite Ferne.

Auch in weiteren Konstellationen kann nur unter großen Schwierigkeiten ein Platz zum Leben eingerichtet werden. So wurden Wuchermieten von den Betreiber*innen der Sammelunterkünfte von Bewohner*innen verlangt, die für ihren Lebensunterhalt selbst aufkamen. Als der Stadtrat davon erfuhr, wurden die Mieten auf ein marktübliches Niveau gesenkt, doch bis dahin wurden annähernd 450 Euro für einen Schlafplatz in einem Mehrbettzimmer verlangt.

Wir fordern für Geflüchtete eine voll-umfängliche Daseinsfürsorge, wie wir sie auch für jeden anderen Menschen in der Kommune und darüber hinaus fordern. Und besonders bei Geflüchteten denken wir da auch an die Gesundheitsversorgung, die während des Asylverfahrens bewusst nur einen provisorischen Charakter hat. Eine erste Antwort auf die Frage, was eine solidarische Stadt ausmacht, ist die Forderung nach einer voll-umfänglichen Daseinsfürsorge für alle, aus der sich der Fachbereich Soziales nicht herauswinden kann.

Der Skandal Geflüchtete damit sanktionieren zu wollen, sie unter den Bedingungen, wie sie für Obdachlose bereitgestellt werden, unterzubringen, liegt in den schlechten Unterbringungsbedingungen für Obdachlose. Und der Skandal liegt weiter darin, dass der Fachbereich Soziales diese vulnerablen Gruppen gegeneinander ausspielt.

III KULTURELLE PARTIZIPATION UND (SELBST)REPRÄSENTATION

Das Stadtlabor wurde im Wesentlichen auch von Aktiven aus Kunst, Kultur und Museum gestaltet. Sie untersuchten und hinterfragten mit künstlerischen Ansätzen den gesellschaftlichen Umgang mit einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft und beleuchteten, wie es um die Perspektivenvielfalt vor, hinter und auf den Bühnen oder Ausstellungsflächen bestellt ist. Das Stadtlabor bot ihnen Kreativ- und Freiräume an um Deutungen auszuhandeln und Visionen zu entwickeln – unter Beteiligung aller Menschen unabhängig von Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder Herkunft.

Performances des boat people projekts verdeutlichten, dass Stadt- immer auch Migrationsgeschichten und Migrations- immer auch Stadtgeschichten sind. Sie machten schreib- und lesbar, wer an den Orten der Stadt interagiert, wer „wir“ und die „Anderen“ sind und wer wen wie repräsentieren darf. Deutlich wurde in einer Podiumsdiskussion auch, dass Theaterensembles und -publikum längst noch nicht so divers aufgestellt sind, als dass sie die Gesellschaft unserer Stadt spiegeln.

Das Museum Friedland hinterfragt Museen als hegemoniale Orte, an denen bestimmt Weltsichten gesetzt und kommuniziert werden, sondern arbeitete auch im Stadtlabor daran, sie als partizipative Plattformen aufzustellen, in denen verschiedene Praxen und Deutungen aufeinandertreffen und miteinander ringen.

4.8 Perspektivenvielfalt spiegeln: Theater in der migrantischen Gesellschaft

Birte Müchler (boat people projekt)

Das Freie Theater boat people projekt im Stadtlabor: In welcher Gesellschaft leben wir und wie lässt sie sich mit künstlerischen Ansätzen schreib- und lesbar machen?

Als Kooperationspartner des Stadtlabors: Migration bewegt Göttingen sahen wir, das Freie Theater boat people projekt, es als unsere Aufgabe den dortigen Dialog künstlerisch zu untersuchen, zu hinterfragen und umzusetzen. Die Freie Szene – hier explizit gemeint die Theaterszene – ist abhängig und geprägt von öffentlichen Debatten und gesellschaftlicher Partizipation. Sie kann wie ein Seismograf auf gesamtgesellschaftliche Erschütterungen, Brüche und Tendenzen reagieren und hinweisen. Unser Ziel ist es, dem komplexen 21. Jahrhundert auch künstlerisch gerecht zu werden und auszuloten, inwiefern eine Vielfalt von Beteiligten, Themen und Formaten auch die Perspektivenvielfalt unserer gegenwärtigen, fluiden Gesellschaft abbilden kann. Immer wieder treffen wir auf Grenzen, wenn es um die Frage geht, wie das zu

realisieren ist, was in vielen Debatten des Theaterbetriebes immer wieder eingefordert, aber noch immer sehr selten gewagt wird: Intersektionalität auf allen Ebenen.

Wir sehen das Format des Stadtlabors als ein Format der Zukunft. Eine enge Verknüpfung mit dem städtischen Umfeld, der Zivilgesellschaft, ehrenamtlichen Initiativen, der Kultur und Wissenschaft sowie der Bildung ist unumgänglich, um sich mit den Ambivalenzen unserer Zeit auseinanderzusetzen, zu diskutieren und diese letztendlich auch zuzulassen. Eine gesunde Streitkultur kann nur in Freiräumen entstehen, die Diversität als Normalität diskutieren. Das Stadtlabor will ein solcher Ort sein – er kann somit die Chance eröffnen, den Scharfsinn der Kunst in eine demokratische Struktur und konkrete Praxis einzubinden.

Doch Defizite und Leerstellen gibt es auch hier: Es steht nach wie vor die Frage im Raum, wie die Zu-



Künstler Anis Hamdoun auf dem Aktionstag auf dem Wilhelmsplatz (Museum Friedland)

gänge für alle, die das Stadtlabor bemüht ist durch Transparenz, Offenheit, kostenlosen Eintritt etc. zu schaffen, in der Realität angenommen werden. Die Resonanz der partizipierenden Parteien, der Kulturinstitutionen, der Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftlichen/ ehrenamtlichen Initiativen ist groß und wertvoll. Dennoch ist das Interesse und die Partizipation meist reduziert auf dasselbe Milieu, das weitestgehend den akademischen, nicht-migrantisches Kreisen entstammt. Inwiefern gibt das Stadtlabor auch zurück und deckt „echte“, mehrheitliche Bedarfe? Eine Problematik, die der deutschen Theaterlandschaft nur allzu vertraut ist. Dies sind Fragen und Aufgaben, die es zu lösen gilt – eine Aussicht, die nur folgen könnte, hätte das Stadtlabor mehr Zeit in den Händen.

Das Projekt: GÖTTINGER ORTE – Eine Live-Text-Performance

Ein Teil der erläuterten Fragen formte auch das Konzept unseres Projekts GÖTTINGER ORTE. Es handelte sich dabei um eine Live-Text-Performance, die vom 26.06.2019 bis zum 30.06.2019 im Rahmen des Stadtlabors stattfand. Eine Woche lang gestaltete der Regisseur und Autor Anis Hamdoun künstlerische Entwürfe zu verschiedenen öffentlichen Orten in Göttingen.

Hamdoun schrieb u. a. bereits Stücke für Theater in Osnabrück und Kiel, für das Thalia Theater in Hamburg, das Theater Koblenz und Dortmund. Außerdem unterrichtete er bereits in Berlin an der School for Performing And Visual Arts sowie an der Berliner Universität der Künste. Er lebte lange Zeit in Horms, danach in Osnabrück und seit drei Jahren in Berlin. Er kennt die Großstadt und das Leben dort aus persönlicher Erfahrung und durch seine künstlerische Arbeit sehr gut.

Wenn Stadtgeschichten immer auch Migrationsgeschichten sind, dann kann beinahe jeder Ort unserer Stadt beide erzählen.

Im Rahmen des Projektes suchten er und das Team vom boat people projekt täglich mehrere Orte auf, die zuvor vom Publikum des Stadtlabors ausgewählt wurden. Auf einer Stadtkarte konnte es Orte (öffentliche Plätze, Parks, Straßen etc.) markieren, von denen es der Meinung war, dass sie Göttinger Alleinstellungsmerkmale sind und besonders viel über die Stadt erzählen. Hamdoun wurde im „Doktorandenwagen“ durch die Stadt an besagte Orte gezogen. Der Wagen ist ein Göttinger Spezifikum und verbunden mit einem hundertjährigen Brauch, bei dem Doktorand*innen der Universität mit dem Wagen zur Gänseliesel-Statue gezogen werden, wo sie der bronzenen Magd auf die Wange küssen. Dieser Wagen ist somit ein bekanntes lokales Symbol und färbt den Kontext und die Wahrnehmung für Göttinger*innen somit ein. Jeden Tag hat sich Hamdoun im Wagen an zwei bis drei dieser ausgewählten Orte positioniert und direkt und unmittelbar vor Ort geschrieben – über

den Ort, seine Eindrücke, Assoziationen und die Menschen dort. Die Texte und der Schreibprozess konnten ohne Zeitverzögerung von den Menschen live vor Ort auf einem Bildschirm mitgelesen werden. Teil der Performance war außerdem die filmische Begleitung durch den Videokünstler Reimar de la Chevallerie, welcher die Orte und die Interaktion aus einer weiteren, anderen Perspektive beobachtet und kommentiert hat. Die Ergebnisse (die entstandenen Texte und das begleitende Filmmaterial) wurden im Anschluss im Stadtlabor an drei Terminen im Juni bei öffentlichen Lesungen und Gesprächen präsentiert.



Live-Text-Performance des boat people projekt mit Künstler Anis Hamdoun (Reimar de la Chevallerie)

Die Idee: Öffentliche Orte schreiben und lesbar machen und aktiv gestalten

Wenn Stadtgeschichten immer auch Migrationsgeschichten sind, dann kann beinahe jeder Ort unserer Stadt beide erzählen. Tagtäglich sind wir Teil von etwas Ganzem: Wir interagieren mit der Stadt – mit ihren Plätzen, Parks und Einkaufsstraßen, aber auch mit den anderen Menschen dort. Hier bewegen wir uns, leben und arbeiten, sind uns gegenseitig vertraut, aber auch fremd. Hier folgen wir einem gemeinsamen Rhythmus. Aber wer sind eigentlich wir und wer sind die anderen an diesen Orten? Was macht diese Stadt aus? Um diese Fragen zu untersuchen, traten wir aus den Räumlichkeiten des Stadtlabors heraus und gingen an die Orte, an denen Öffentlichkeit stattfindet.

Hamdoun trat an die Menschen und Orte heran – durch seinen Text, aber auch in direkter, persönlicher Interaktion. An den Plätzen vor dem Neuen Rathaus, dem Alten Rathaus, am Wilhelmsplatz, vor dem Iduna-Zentrum, dem Wohnhaus der Groner Landstraße 9a, vor dem Edeka-Supermarkt im Ostviertel, vor dem Carré, dem Waageplatz und direkt auf dem Campus der Universität machte er sich ein künstlerisches Bild von den Orten, übersetzte sie in eine literarische Sprache und machte sie somit schreib- und lesbar – mit dem Blick eines Autors, Nicht-Göttingers, Mannes, Migranten, Berliners, Mittdreißigers, Aktivisten u.a.

Ganz unter dem Zeichen des StadtLABORs war diese Performance inszeniert als ein Experiment, das im Moment entsteht und keine vorgefassten Ergebnisse verfolgte. Es war eine experimentelle Annäherung auf der Suche nach der Vielfalt und Einheit unserer Stadt. Immer auch begleitet von der Frage: Wie interagieren Text, Ort und Menschen miteinander? Wie verändern sie sich gegenseitig? Basierend auf dem experimentellen und prozesshaften Ansatz des Stadtlabors war der Kern der Performance der künstlerische Prozess und Austausch und nicht etwaige Ergebnisse.

Ausblick

Die Performance Göttinger Orte fokussierte das, was auch das Stadtlabor in der Praxis umsetzen will: Ergebnisoffen und unaufgeregt Verschiedenheiten beobachten, anerkennen und sie als Chance ansehen. Das Stadtlabor öffnet den Raum für eine Kultur, die in einer hoffentlich nicht allzu entfernten Zukunft als tatsächlich postmigrantisch angesehen werden kann. Das Stadtlabor trägt dieselbe Vision, die wir als Theater tragen: Einen Freiraum, vielleicht sogar einen Dritten Ort schaffen, in denen sich Menschen bewegen, arbeiten und mitgestalten - unabhängig von Hautfarbe, Religion, Geschlecht und Herkunft.

Das Stadtlabor sollte dahingehend nicht EINE Akteurin sein, sondern VIELE im Diskurs um Stadt und Migration. Soweit die Vision. Wünschenswert wäre ein nachhaltiges Projekt, das auch nach Ende der neun Monate weiter agiert. Einiges wurde erreicht, noch vieles steht aus.

4.9 „Verschiedenheit ist unsere einzige gemeinsame Chance“ – Theaterarbeit diversifizieren

Luise Rist (über „Patchwork Peace 1“ von Roma Center e.V. in Kooperation mit boat people projekt)

Am 31. Oktober präsentierte Roma Center e.V. die szenische Lesung „Patchwork Peace 1“ im Stadtlabor. Im Anschluss fand unter der Leitung von boat people projekt die Podiumsdiskussion „Migration bewegt Theater“ statt.

Die Lesung war das Ergebnis einer mehrmonatigen Schreibwerkstatt. Im Zeitraum von August bis Okto-

ber 2019 tagte eine Gruppe Schreibinteressierter im Stadtlabor, wo gemeinsam mit der Autorin Luise Rist (boat people projekt) Texte über Identität und Orte, über Heimat und über die Stadt Göttingen entstanden.

ber 2019 tagte eine Gruppe Schreibinteressierter im Stadtlabor, wo gemeinsam mit der Autorin Luise Rist (boat people projekt) Texte über Identität und Orte, über Heimat und über die Stadt Göttingen entstanden.



Schreibwerkstatt „Patchwork Peace“ im Stadtlabor (Luise Rist)

ber 2019 tagte eine Gruppe Schreibinteressierter im Stadtlabor, wo gemeinsam mit der Autorin Luise Rist (boat people projekt) Texte über Identität und Orte, über Heimat und über die Stadt Göttingen entstanden.

Orte und Verortungen

Einige Male traf sich die Schreibgruppe mitten in der Stadt zum Schreiben, u.a. am Nabel, an der Kreuzung am Neuen Rathaus oder auf der Treppe vor der ehemaligen Apotheke, unserem Labor. Die Texte, die an diesen Orten verfasst wurden, spiegeln die Diversität der Teilnehmenden wider. Zur Gruppe gehörten eine Dolmetscherin, gebürtig aus Kabul, die vor dreißig Jahren nach Deutschland flüchtete, ein junger Afghane, der auf Jobsuche ist, ein junger Deutscher, ohne Arbeit, ein junger Mann aus Aleppo, der das Hainberg Gym-

Anschluss an die hiesige Gesellschaft suchen.

Aber wer gehört zur „hiesigen“ Gesellschaft, wenn nicht alle, die hier, am Standort Göttingen, leben?

Die Gräben unter den Geflüchteten erschienen in den Gesprächen teilweise groß. Verständlich in Bezug auf die Verschiedenheit der Herkünfte. Die Teilnehmer*innen der Gruppe verband das große Interesse an einer neuen Gruppe wie dieser, in der Begegnung und Verständigung das Ziel ist. Deutlich wurde, dass es in Göttingen Orte gibt, an denen sich unterschiedliche Communities treffen - dort aber unter sich bleiben - und dass es viele als schwer empfinden, mit Deutschen ohne Migrationshintergrund in engeren Kontakt zu kommen. Einfacher sei die Begegnung mit Deutschen, die einen Migrationshintergrund haben und dadurch besser verstehen könnten, wie es sei,

mehrere Sprachen zu sprechen oder verschiedene Traditionen parallel zu leben. Der Wunsch, der aus der Gruppe kam, war deutlich: ob nicht das Stadtlabor als Ort der Begegnung ausgebaut werden könnte. Mit mehr deutscher Beteiligung!

Wer labelt wen, und wann ist ein Angebot wirklich offen für alle?

Zum sperrigen Thema „deutsche Beteiligung“: Unseres Erachtens war spürbar, dass die Teilnehmenden gerade deswegen Gefallen an der Gruppe fanden, weil Patchwork Peace keine „Flüchtlingsgruppe“ darstellte, sondern weil es sich um ein Angebot handelte, bei dem auch deutsche Muttersprachler*innen zur Teilnahme eingeladen waren. Erkenntnisreich war es aber auch zu sehen, wie schwer es sich im Vorfeld gestaltete, Göttinger*innen für die Gruppe zu gewinnen, die keinen Migrationshintergrund haben. Offen ausgesprochen: Deutsche, in Göttingen aufgewachsene Menschen ohne Migrationshintergrund, hatten weniger Interesse an einer offenen, vom Alter und von der Herkunft gemischten Schreibgruppe, in der zu erwarten war, dass viele Sprachen gesprochen werden. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine in alle Richtungen offene Gruppe von allen Teilnehmenden viel Geduld abverlangt; einfacher gestaltet sich die Arbeit in homogenen Gruppen. Erfüllender und nachhaltiger wirkender ist Unterschiedlichkeit, sind Prozesse, in denen sich Perspektiven bewegen.

Unserer Erfahrung nach gab es insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 viele junge Deutsche, die gerne an kreativen Angeboten teilhatten, bei denen Geflüchtete kennen zu lernen waren. Nach der Zeit der ersten Offenheit und Anteilnahme sind es jetzt vielfach die älteren Ehrenamtlichen, die weiterhin für Projekte zu interessieren sind.

Wie bildet sich Gesellschaft in Kulturinstitutionen ab?

Bei der sich der Präsentation „Patchwork Peace 1“ anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Migration bewegt Theater“ wurde einhellig festgestellt, dass gebürtige Deutsche die Mehrheit in Zuschauersälen der hiesigen Theater ausmachen und dass dieses weiße (ältere) Publikum teilweise auch Probleme mit Diversität in deutschen Bühnensembles hat. Auch bei jungen Angeboten an Theatern (Deutsches Theater Göttingen, Junges Theater Göttingen) dominieren gebürtige Göttinger*innen.

Es fehlen Kreativräume, die so divers aufgestellt sind, dass sie die Gesellschaft unserer Stadt spiegeln.

Wenige Menschen - so die übereinstimmende Meinung - die nach Göttingen zugezogen sind und aus einem anderen Land stammen, eine andere Muttersprache sprechen, nehmen an Kulturangeboten wie Theaterveranstaltungen teil. Daraus zu schließen, Menschen z.B. aus Afghanistan seien eben nicht interessiert, scheint uns gänzlich abwegig zu sein, wenn man beobachten darf, wie stark der Zulauf an kulturell Interessierten bei vielen Angeboten des Stadtlabors und eben auch in einer Gruppe wie Patchwork Peace ist. Daraus abzuleiten wäre, dass Kreativräume fehlen, in denen sich Gruppen treffen, die so divers aufgestellt sind, dass sie die Gesellschaft unserer Stadt spiegeln. Und im Gegensatz zur großen Frage, wie man es schaffen kann, dass sich Menschen mit dem sogenannten Migrationshintergrund in Theater, Lesungen und Konzerte begeben, sehen wir hier die mindestens ebenso wichtige Frage, wie man es schaffen kann, dass wir uns bewegen, wir, in diesem Sinne die hier Geborenen oder hier Aufgewachsenen. Wenn das Interesse am anderen, sowohl am persönlichen als auch am politischen Hintergrund, nachlässt, und zwar auf der deutschen Seite, wird die Gemeinschaft nicht wachsen. Wie erfinden wir Theaterräume, in denen sich alle wohl und gefordert fühlen und wie verändern wir unsere Themen und unsere Spielpläne, um uns stärker auf andere zuzubewegen? Göttingen ist vielfältig und diese Vielfalt muss sich in Theatern abbilden. Auf, hinter und vor der Bühne.

Wir, die Gruppe Patchwork Peace, wünscht sich nicht mehr Freikarten für Geflüchtete –wobei dies eine gute Maßnahme ist– sondern Orte, an denen Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen hierher migriert sind, selbstverständlich mit anderen zusammenkommen, ohne mit einem Label versehen zu werden. Die Frage „Wo kommst du her“, ist erlaubt, wenn sich echtes Interesse daran knüpft und keine Geringschätzung damit verbunden ist. Wir wünschen uns mehr Interesse von deutscher Seite bei kulturellen Angeboten, an denen wir – Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus und mit unterschiedlichen Muttersprachen – gerne teilnehmen. Die Schreibwerkstatt ist eine Initiative von Roma Center e.V. und kooperiert mit boat people projekt, das wiederum mit dem Stadtlabor kooperiert. So bildet die Entstehung des Kreativangebots bereits das Netzwerk ab, das uns alle miteinander verbinden kann. Verschiedenheit ist unsere einzige, gemeinsame Chance, wenn wir zusammen für globale, alle betreffenden Ziele –wie den Kampf gegen die Klimakatastrophe- eintreten wollen.

4.10 Das Museum im Labor. Third Spaces und Contact Zones in der Migrationsgesellschaft

Dr. Anna Haut (Museum Friedland)



Video-Letter für Migrant*innen und Geflüchtete (Museum Friedland)

Das Museum als verstaubter Musentempel hat ausgedient. Heutzutage sind Museen Plattformen gesellschaftlichen Wandels und bieten wie das Stadtlabor Göttingen Freiräume zum Austausch.

Damit eine Gesellschaft sich selbst reflektieren kann, bedarf es diskursiver Freiräume, an denen verschiedene Weltansichten und Deutungen aufeinandertreffen und wertfrei erörtert werden können. Dies ist umso wichtiger in einer diversen Migrationsgesellschaft, doch solche Freiräume – „Third Spaces“ – sind in der Regel rar und müssen bewusst geschaffen werden. Homi Bhabha entwirft in seinem Buch „Die Verortung der Kultur“ von 1995 den „Third Space“ als jenen Ort und Zeitpunkt, an dem interkulturelle Begegnungen und das wechselseitige „Übersetzen“ von einander fremd gegenüberstehenden Inhalten und Perspektiven stattfinden können.^[1] Damit ist der „Third Space“

als „Zwischenraum“ immer auch ein gewisser „Freiraum“ und somit idealer Verhandlungsort für gesellschaftliche Fragestellungen. Das „Stadtlabor: Migration bewegt Göttingen“ hat den Versuch unternommen, für Göttingen und in Bezug auf das Thema Migration einen solchen „Third Space“ zu schaffen. Hier konnten Wissenschaft, Kunst und zivilgesellschaftliche Initiativen der Frage nachgehen, wie in Kommunen Migration, Willkommen und Inklusion gestaltet werden können.

In der Kontaktzone im Museum können verschiedene Praxen und Deutungen aufeinandertreffen und miteinander ringen. Dergestalt werden Lebenswelten und Perspektiven erweitert, neue Möglichkeiten gedacht und erfahrbar.

Wie wir auf die Gegenwart der Migration in Deutschland Einfluss nehmen und gemeinsam die Zukunft formen können, ist auch für das Museum Friedland ein Themenkomplex von zentraler Bedeutung. Das Museum zeigt in seiner Dauerausstellung im historischen Bahnhof in Friedland Migrationsgeschichte(n) an einem einzigartigen, authentischen Ort in unmittelbarer Nachbarschaft zum Grenzdurchgangslager Friedland. Unter dem Motto „Abschied – Ankunft – Neubeginn“ präsentiert die Ausstellung die Geschichte des Grenzdurchgangslagers seit 1945 und wirft zugleich zeitlos aktuelle Fragen auf: Was bringt Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen? Wie kommen sie nach Deutschland? Und wie werden sie hier aufgenommen? In einigen Jahren wird ein Neubau das Museum erweitern, der sich insbesondere der Frage nach der „Ankunft“ und dem „Neubeginn“ widmen soll. Damit wird sich das Museum Friedland zu einem Ort entwickeln, an dem die sich stets verändernde Gegenwart thematisiert und Diskussionen über die Zukunft geführt werden. Das Museum Friedland möchte also ähnlich wie das Stadtlabor der Öffentlichkeit einen „Third Space“ zur Verfügung stellen bzw. sieht sich als Kontaktzone im Sinne von Mary Louise Pratts Theorie der Contact Zone (1991),^[2] die James Clifford 1997 auf Museen angewendet hat.^[3] In der Kontaktzone im Museum können verschiedene Praxen und Deutungen aufeinandertreffen und miteinander ringen. Dergestalt werden Lebenswelten und Perspektiven erweitert, neue Möglichkeiten gedacht und erfahrbar.

Das Museum Friedland hat sich gemeinsam mit dem Bündnis „Niedersachsen packt an“ am Stadtlabor beteiligt, um die Möglichkeiten und Funktionsweisen eines „Third Space“ zu erproben und dabei zugleich auszuloten, welche Rolle Museen in der Migrationsgesellschaft spielen können und spielen sollen. Im Austausch mit der Öffentlichkeit im „Third Space“ des Stadtlabors wollte das Museum Friedland vermitteln, dass Museen heutzutage nicht mehr hegemoniale Orte sein dürfen, an denen bestimmte Weltansichten gesetzt und kommuniziert werden, sondern sich zu Orten der kollektiven und konfliktiven Aushandlung von Deutungen wandeln. Der Fokus vieler Häuser und Ausstellungsmacher geht weg vom Output, hin zum Aufruf nach Input: Besucher*innen werden nicht mehr nur als passive Empfänger von Inhalten begriffen, sondern als aktive Teilnehmer*innen am und im Museum, die intensiv eingebunden und deren Beiträge mit

ausgestellt werden.

Die Angebote des Museums Friedland im Stadtlabor waren entsprechend dieser Prämisse partizipativ und kommunikativ orientiert. Zunächst regte eine in das Ambiente der ehemaligen Apothekenausstattung im Stadtlabor integrierte partizipative Ausstellung die Besucher*innen zum Nachdenken über die Stadt als Spiegel, Austragungsort und Resonanzraum gesamtgesellschaftlicher Konflikte an. Unter dem Titel EINE STADT FÜR ALLE fragte die Ausstellung die Göttinger*innen, wann sie sich in ihrer Stadt wohl fühlen, wann (und wo) nicht. Sie gab Denkanstöße zu den Fragen, was in Göttingen Willkommen und Zuhause ausmacht, wie Integration funktionieren kann und woran sie scheitert. Aus der Beschreibung ihrer Stadt heraus konnten die Besucher*innen schließlich Ideen für die Verbesserung des Zusammenlebens in Göttingen entwickeln. In diese Stoßrichtung fiel auch der Aktionstag, den das Museum Friedland und das Bündnis „Niedersachsen packt an“ am 17.8.2019 auf dem Wilhelmsplatz in Göttingen veranstalteten. Ziel war es, zum Austausch darüber anzuregen, wie in der Stadtgesellschaft Migration, Willkommen und Integration gestaltet werden können. Neben der Musik der Dresdener Band „Banda Comunale & Internationale“ war der Höhepunkt der Veranstaltung ein Podiumsgespräch, das unter dem Motto „STADT LAND FLUCHT“ drängende Fragen zur Migration in Göttingen thematisierte und nach den Herausforderungen und Chancen fragte, die das Leben für Migrant*innen in der Stadt und im Landkreis Göttingen bietet. Die anregende Diskussion auf dem Podium hat inzwischen Früchte getragen und ist in weiterem Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und



Video-Letter für Migrant*innen und Geflüchtete (Museum Friedland)

Zivilgesellschaft in Göttingen resultiert.

Ein besonders wichtiges Element bei dem Versuch des Museums Friedland, im „Third Space“ des Stadtlabors Menschen und Meinungen zusammenzubringen, bildeten mehrere Workshops unter dem Motto „Living Library,“ die zu einer etwas anderen Lektüre einluden: Als „menschliche Bücher“ erzählten Freiwillige und Freunde des Museums ihre ganz persönlichen Geschichten zum Thema Flucht, Migration und Ankommen. Teilnehmer*innen konnten individuelle Geschichten hinter dem Schlagwort Migration kennenlernen und anschließend auch die eigenen Gedanken kreativ aufs Papier bringen. Außerdem fanden im Stadtlabor mehrere Workshops des Museums Friedland statt, in denen auf der Basis eigener Erfahrungen und Erlebnisse in Deutschland in Bezug auf Migration offene Briefe an eine*n zukünftige*n Migranten*in entworfen und anschließend verfilmt wurden. Was sollte ein*e Migrant*in vor der Flucht über Migration wissen? Welche Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Gefahren gibt es für eine*n Migrant*in in Deutschland? Hierbei kamen zahlreiche informative, aber auch berührende und nachdenklich machende Videos zustande.

„Third Spaces“ und Kontaktzonen können ein fruchtbares Nachdenken über die eigene Gesellschaft, über die eigene Zeit und Zukunft anregen. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit divergierenden Erfahrungen mit der Chance auf einen empathischen, kreativen und produktiven Kontakt miteinander. Vor dem Hintergrund unserer durchweg positiven Erfahrungen im Stadtlabor können wir festhalten, dass genau solche Räume in Göttingen gebraucht und nachgefragt werden!



Aktionstag des Museum Friedland auf dem Wilhelmsplatz (Museum Friedland)

[1] Bhabha, Homi: Die Verortung der Kultur, Tübingen 2000.

[2] Pratt, Mary Louise: Arts of the Contact Zone, in: Profession (1991), 33-40.

[3] Clifford, James: Museums as Contact Zones, in: Clifford, James: Routes. Travel and Translation in the late twentieth century, Cambridge 1997.

IV ALLTAGSERFAHRUNGEN MIT DISKRIMINIERUNG UND AUSSCHLUSS IN DER STADT GÖTTINGEN

Die Teilhabe- und Partizipationschancen in Göttingen zu erfassen, förderte auch zutage, dass nach wie vor Diskriminierung und Ausschluss zu den migrantischen Alltagserfahrungen zählen. Dies wurde insbesondere bezüglich der Kernbereiche menschlichen Lebens – in Bezug auf Arbeit und Wohnen – bei den verschiedenen Austauschformaten im Stadtlabor immer wieder deutlich.

In einem Gespräch zwischen Arbeitssoziolog*innen, Fachleuten von FairBleib Südniedersachsen-Harz und des Landkreises Göttingen, wurde einmal mehr offenbar, dass die Integration in den Arbeitsmarkt zwar allseits erklärtes Ziel ist, doch strukturelle Bedingungen und Zielkonflikte einer nachhaltigen und fairen Arbeitsmarktteilhabe entgegenstehen. Denn die große Mehrzahl der Migrant*innen und Geflüchteten sind in Leiharbeit und im Niedriglohnsektor beschäftigt, auch ungeachtet ihrer oft hohen Bildungsabschlüsse. Mehr Zeit und aufenthaltsrechtliche Gewissheit, finanzielle Sicherheit sowie eine intensive Unterstützung und Begleitung der Teilnehmenden vor Ort sind nötig, um hier Verbesserungen zu erreichen.

Die individuellen Erfahrungen geflüchteter Menschen, die in Workshops zu migrantischen Alltagserfahrungen in Göttingen im Mittelpunkt standen, betonten die Bedeutung sozialer und solidarischer Netzwerke beim Umgang mit Herausforderungen des Ankommens und Problemen des Ausgeschlossen-Werdens, mit denen sich die Gesprächspartner*innen auch nach Jahren in Göttingen noch konfrontiert sehen.

Ein Bericht über geschlechtsspezifische Unterstützungsbedarfe von geflüchteten Frauen zeigt, dass hierzu zwar eine Reihe neuer Konzepte entwickelt wurden und sich Unterstützungsstrukturen gebildet haben, doch auch aufgrund prekärer Förderpolitiken eine nachhaltige Teilhabesicherung für geflüchtete Frauen in weiter Ferne steht.

Ermutigend ist, dass neue Allianzen und Begegnungen auf Augenhöhe den Ausschlüssen wirksam etwas entgegensetzen. Initiativen wie das Wohnprojekt OM 10 und das Bürger*innenforum Waageplatz-Viertel setzen sich für eine unterschiedslose Behandlung bei Polizeikontrollen und für die Beteiligung aller Bürger*innen bei der Gestaltung ihrer Wohnraumviertel ein.

4.11 Auch in Göttingen: Arbeit zwischen Integration und Ausbeutung

Dr. Peter Birke (Soziologisches Forschungsinstitut und Institut für Soziologie, Georg-August-Universität Göttingen)

*Bis zu einer fairen Arbeitsmarktintegration ist es noch ein langer Weg: Die Mehrzahl der Geflüchteten und EU-Migrant*innen sind in Leiharbeit oder im Niedriglohnssektor beschäftigt.*

Während die Zahl der Geflüchteten sinkt, steigt der Anteil derjenigen, die legale Erwerbsarbeit aufnehmen. In der öffentlichen Diskussion wird dies überwiegend positiv gewertet – Arbeit (als solche) gilt vielen als der Königsweg in Integration und Teilhabe. So konstatiert der neueste Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, dass „Geflüchtete Fortschritte bei Arbeit und Beschäftigung machen“.^[1] Dass die große Mehrzahl der Betroffenen in Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit und in Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnssektor übergeht, wird eher als vorübergehendes Phänomen betrachtet. Aber Tätigkeiten im Versandhandel, der Gebäudereinigung oder der Fleischindustrie sind keinesfalls geeignet, die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

Im Gegenteil: Wie ein aktuell am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) durchgeführtes Projekt über die betriebliche Situation von Migrant*innen in Niedersachsen zeigt,^[2] ist Arbeitsausbeutung in vielen der genannten Bereiche eher die Regel als die Ausnahme. Das gilt beispielsweise für die Fleischindustrie im Oldenburger Münsterland, wo überlange Schichten und mitunter Sieben-Tage-Wochen, Betrug bei Löhnen und Mieten und sogar Bestechungsgelder für den Erhalt von Arbeitsverträgen vorkommen. Aber es gilt, in etwas verdünnter Form, auch anderswo, wie beispielsweise im Versandhandel oder in der Gebäudereinigung, ja selbst in Pflegediensten, wo Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten so sehr belasten, dass es eine wirkliche Heldentat ist, noch nebenbei einen Sprachkurs zu machen.

Die Situation in Stadt und Landkreis

Im Stadtlabor haben wir – unter anderem in einem Gespräch mit Fachleuten von FairBleib Südniedersachsen-Harz und des Landkreises – die Frage der Arbeitsmarktteilhabe von Geflüchteten diskutiert und nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht.^[3] Zahlen aus Göttingen zeigen dabei zunächst, dass die Proble-

me vor Ort ganz ähnlich sein dürften.^[4] Seit 2015 wurden fast 80 Prozent der in den ersten Arbeitsmarkt vermittelten Menschen als „Helfer“ eingestellt, während die Kategorien „Experten / Spezialisten“ zusammen nur fünf Prozent der Vermittelten ausmachen – Zahlen, die sogar leicht über („Helfer“) bzw. unter („Experten“) dem Bundesdurchschnitt liegen. Den etwas mehr als 500 bis Mitte 2019 vermittelten Personen – etwa ein Drittel der Geflüchteten insgesamt – stehen etwa 100 eingegangene Ausbildungsverhältnisse gegenüber.

Prekärer Aufenthalt oder die Angst vor Abschiebungen erschwert vielen, sich auf den nur mit einer längerfristigen Perspektive sinnvoll erscheinenden Pfad der Qualifizierung zu begeben.

Alles in allem illustrieren diese Zahlen die Problemwahrnehmung von Fachleuten aus dem Feld der Arbeitsmarktintegration: In den Gesprächen im Stadtlabor wurde vor allem der unsichere Aufenthalt vieler Geflüchteter als Problem benannt. Prekärer Aufenthalt oder die Angst vor Abschiebungen erschwert vielen, sich auf den nur mit einer längerfristigen Perspektive sinnvoll erscheinenden Pfad der Qualifizierung zu begeben. Der Zielkonflikt betrifft dabei nicht nur Einstiegsqualifizierung und / oder Ausbildung, sondern auch den Spracherwerb. So zeigt sich auch in der Stadt Göttingen und im Landkreis, dass unsichere Aufenthaltsbedingungen und die Entscheidung einer schnellen und vorrangigen Arbeitsaufnahme zusammenhängen: Selbst beim besten Willen gerät das Ziel des Spracherwerbs deshalb oft in den Hintergrund.

Die oben erwähnte Untersuchung des SOFI zeigt zudem, dass die (mangelnde, langsame) Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und / oder anderen Qualifikationen dazu beiträgt, dass die betroffenen Menschen auf den Niedriglohnssektor verwiesen werden: Der Anteil von Personen mit Universitätsabschluss, die beispielsweise in der Fleischindustrie arbeiten, ist überdurchschnittlich hoch (was auch ein Ausdruck davon ist, dass die Probleme bei der Arbeitsmarktintegration nicht nur für Menschen ohne EU-Staatsbürgerschaft existieren).^[5] Hinzu kommt,

dass viele Geflüchtete – verstärkt durch das Erschweren von Familienzusammenführungen – zurückgebliebene Verwandte und Freund*innen unterstützen (was mithilfe einer Ausbildungsvergütung und / oder auf SGB II-Niveau nur schwer möglich ist). Und schließlich trägt auch die Unterbringungssituation vieler Geflüchteter – ob auf dem Land und fern von Arbeitsplätzen und / oder mitunter viele Jahre in Sammelunterkünften – dazu bei, dass es zu einem Teufelskreis kommen kann: Menschen hängen dann auch perspektivisch zwischen unsicherem Aufenthalt und prekärer Beschäftigung fest. Die individuelle Verletzbarkeit und persönliche Armutsgefährdung sind weit überdurchschnittlich.

Wie können Verbesserungen erreicht werden?

Vieles von dem, was in den Gesprächen im Stadtlabor berichtet wurde, kann nur politisch und überregional bearbeitet werden: Es wird aus dem Berichteten klar, dass eine Politik der Grenzschiebung und Abschiebung unmittelbar negative Auswirkungen auf die Lebenssituation (und insofern auch auf die Arbeitssituation) auch derjenigen hat, die hier angekommen sind. Im Rahmen von Konzepten einer Solidarischen Stadt sollte auch dieser Zusammenhang thematisiert werden – und zwar auch als eine Forderung nach einem Recht, Ausbeutung durch Arbeit ohne Sanktionen durch die Ämter zu verweigern (das dann allerdings „universal“ durchzusetzen wäre).

Gleichzeitig ist es wichtig, eine Infrastruktur zu schaffen, die Menschen in Fragen der Arbeitsrechte kontinuierlich und gut beraten kann: Hier leisten die in FairBleib zusammengeschlossenen Gruppen eine wichtige Arbeit, die auf Dauer zu stellen wäre. Dabei müsste auch überlegt werden, wie die bundesweiten Erfahrungen von „Faire Integration“ auch in Göttingen präsent gemacht werden.^[6] Dort unter anderem zeigt sich – wie auch in der SOFI-Forschung – dass Migrant*innen im Niedriglohnsektor keineswegs wehr- und hilflos sind: Es gelingt mitunter, den Betrug bei Arbeitszeiten und Löhnen auf dem Rechtsweg zu verhindern. Arbeitskämpfe und gewerkschaftliche Organisierung spielen zudem in manchen Bereichen (so etwa im Versandhandel) eine wichtige Rolle. Das Eintreten für die eigenen Rechte, die als Arbeitsrechte für alle gelten und auch unabhängig vom Aufenthaltsstatus eingeklagt werden können, ist schließlich auch insofern ein wichtiger Aspekt, als dass nach Wegen gesucht werden muss, die Wünsche und Bedürfnisse von Geflüchteten selbst stärker zum zentralen Gegenstand der Debatte um Arbeitsmarktteilhabe zu machen. Interviews mit Arbeiter*innen und teilneh-

mende Beobachtungen, wie im SOFI-Projekt, sind dabei Möglichkeiten – die migrantische Selbstorganisation nicht ersetzen kann.

Auch in Göttingen müsste dabei die Perspektive erweitert werden: Die meisten Migrant*innen, die in Deutschland, Niedersachsen und Göttingen gezählt werden, wandern weiterhin auf der Grundlage der EU-Arbeitsmarktfreizügigkeit ein. Die Debatte über Geflüchtete verdeckt manchmal, dass auch diese Menschen sich zum allergrößten Teil im Niedriglohnsektor wiederfinden und dass der Anteil an EU-Migrant*innen, die sich in Ausbildungsverhältnissen befinden, auch im Vergleich zu den Refugees verschwindend gering ist. Auch die Arbeits- und Lebenssituation dieser Menschen müsste in den Blick genommen werden, wollte man der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Arbeit, Ausbeutung und Teilhabe wirklich gerecht werden.

[1] IAB-Kurzbericht, 3/2019, S. 1, <http://doku.iab.de/kurzber/2019/kb0319.pdf>.

[2] Vgl. [<http://www.sofi-goettingen.de/projekte/refugeeswork-perspektiven-der-betrieblichen-integration-von-fluechtligen-in-niedersachsen/projektinhalt/>].

[3] Siehe auch den Text von FairBleib in diesem Heft.

[4] Zum Vergleich des Zusammenhangs zwischen Aufenthalt, Staatsbürgerschaft und Arbeitsmarktdiskriminierung am Beispiel der Fleischindustrie siehe: Peter Birke / Felix Bluhm, Arbeitskräfte willkommen. Neue Migration zwischen Grenzregime und Erwerbsarbeit, URL: [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00070543].

[5] Auch im Folgenden: Landkreis Göttingen, Daten zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, Manuskript, Göttingen, Dezember 2019

[6] Vgl. [www.faire-integration.de].

4.12 Nachhaltige Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Göttingen: Defizite und Errungenschaften in Göttingen seit 2015

Jordis Bauer und Hamide Tasyildiz (Projekt FairBleib)

Was sind die Defizite und Errungenschaften bei der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt in der Stadt Göttingen? Diese Frage wird im folgenden Kurzbericht der Jugendhilfe Göttingen e.V. erörtert.

Das Verbundprojekt FairBleib Südniedersachsen-Harz richtet sich an Bleibeberechtigte und Flüchtlinge in der Region mit dem Ziel, ihre Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt zu verbessern und sie auf ihrem Weg in Arbeit, Ausbildung und Qualifizierungen zu unterstützen.

Die hohe Zahl neu eingereister Geflüchteter seit 2015 hat auch in Göttingen kurzfristig zur Entstehung zahlreicher ehrenamtlicher und hauptamtlicher Initiativen geführt. Auch seitens der Regeldienste und Behörden wurden neue Angebotsstrukturen geschaffen bzw. der Versuch unternommen, die bereits vorhandenen Strukturen an die speziellen Bedarfe der Zielgruppe der Neuzugewanderten anzupassen.

Möchte man nun, etwa vier Jahre später, Bilanz ziehen, so lässt sich zunächst feststellen: An vielen Stellen innerhalb der Stadt Göttingen zeigt sich mittlerweile eine Verstärkung der seit 2015/2016 gewachsenen Angebotsstrukturen. So wurde etwa – neben der schon länger bestehenden Koordinierungsstelle für Integrationskurse – eine zentrale Koordinierungsstelle der landesgeförderten Sprachkurse bei der Beschäftigungsförderung Göttingen kAöR eingerichtet, die sich (analog zu den Integrationskursen) speziell an Personen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus richtet und eine passgenaue Einstufung und Vermittlung der an Sprachkursen interessierten Personen gewährleistet. Gleichzeitig müssen wir aktuell feststellen, dass diesen Kursen 2020 das Aus droht, obwohl die Nachfrage zwar zurückgegangen, der Bedarf jedoch weiterhin hoch ist.

Ähnlich verhält es sich mit den Bemühungen der regionalen Agentur für Arbeit, die aufgrund der hohen Zahlen der nach Deutschland Geflüchteten im Jahr 2016 ein festes Team an Mitarbeiter*innen (Team Migration) mit der Betreuung von Asylbewerber*innen und Geduldeten beauftragt hat. Seit 2016 wurden – u. a. in Zusammenarbeit mit dem Projekt FairBleib Südniedersachsen-Harz – Schulungen der Mitarbei-

ter*innen durchgeführt, ebenso wie vorhandene bürokratische Wege verkürzt, so zum Beispiel eine kompakte Form der Arbeitssuchendmeldung speziell für diese Zielgruppe eingeführt. Zu unserem großen Bedauern wurde das Team Migration jedoch viel zu früh wieder aufgelöst, in der Annahme, dass die Aufgaben des ehemaligen Migrationsteams in Zukunft durch den Regeldienst mit abgedeckt werden können. Aktuell gibt es für Geflüchtete keine festen und speziell geschulten Ansprechpartner*innen mehr, was ihren Zugang zu Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit leider enorm erschwert.

Als Göttingen-spezifische Errungenschaft der letzten Jahre ist darüber hinaus aus unserer Sicht auch das im Jahr 2017 entstandene Psychosoziale Zentrum als Anlauf- und Clearingstelle für Personen mit Therapiebedarf und psychosozialen Schwierigkeiten zu nennen. Da Traumata und psychische Folgen der Flucht sowie psychosoziale Probleme definitiv zu den großen Hürden bei der Arbeitsmarktintegration zählen, ist es aus unserer Sicht immens wichtig, den Geflüchteten möglichst bald nach ihrer Einreise Wege in Therapien und offene Gesprächsangebote aufzuzeigen.

Generell ist positiv zu bewerten, dass sich die Angebote für speziellere Bedarfe von Geflüchteten zunehmend ausdifferenzieren bzw. bereits etablierte Fachberatungsstellen vermehrt auch diese Personengruppe gezielt mit ihren spezifischen Bedarfen fokussieren. An dieser Stelle sei zum Beispiel die Ergänzende Unabhängige Teilhabe-Beratung (EUTB) exemplarisch genannt - eine Fachberatungsstelle mit zwei Standorten in der Stadt Göttingen, die sich an Personen mit Reha-Bedarf richtet und vermehrt Geflüchtete über Reha-Fördermaßnahmen und damit verbundene rechtliche Aspekte berät.

Eine Lücke in der Angebotsstruktur besteht u. a. weiterhin sicherlich in den mangelnden Angeboten für geflüchtete Frauen. Benachteiligt sind insbesondere Frauen mit Kindern aufgrund der geringen Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen, die gegenüber berufstätigen Frauen bei der Platzvergabe nachrangig berücksichtigt werden. Oftmals sind diese gezwungen, die Kinderbetreuung zuhause zu gewährleisten und können die vorhandenen Beratungsangebote sowie

Sprachkurse und berufsvorbereitende Maßnahmen kaum nutzen.

Unsicherer Aufenthaltsstatus: Kernproblematik bei Arbeitssuche

Obwohl das Angebotsspektrum innerhalb der Stadt Göttingen mittlerweile recht breit gefächert ist, ist es dennoch so, dass viele der von uns begleiteten Geflüchteten nicht zuletzt aufgrund ihres ausländerrechtlichen Status und ihrer generell prekären Lebenssituation (z. B. schwierige Wohnsituation, geringe finanzielle Ressourcen, psychosoziale Gesundheit) – weiterhin weit davon entfernt sind, diese Angebote nutzen zu können. Zahlreiche Maßnahmen und Förderangebote richten sich weiterhin ausschließlich an die Gruppe der ALGII-Berechtigten, d. h. der Geflüchteten, die bereits in Besitz eines Aufenthaltstitels sind. Während diese Personengruppe mit einem sicheren Aufenthaltsstatus Leistungen vom Jobcenter erhält, Integrationskurse besuchen darf, über eine allgemeine Beschäftigungserlaubnis verfügt und auch zur sprachlichen wie beruflichen Vorbereitung verschiedene Maßnahmen durch das Jobcenter finanziert bekommt, bleiben gestatteten und geduldeten Personen die meisten dieser Wege versperrt.

Hier zeigt sich eine der Kernproblematiken, mit denen wir es in unserer täglichen Arbeit zu tun haben, denn weiterhin ist nur eine geringe Anzahl der Geflüchteten in Besitz einer Aufenthaltserlaubnis und profitiert somit von den damit verbundenen Vorteilen.

Eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten erfordert in erster Linie mehr Zeit und aufenthaltsrechtliche Gewissheit, finanzielle Sicherheit sowie eine intensive Unterstützung und Begleitung der Teilnehmenden vor Ort.

In unserer täglichen Arbeit mit Geflüchteten stellt der prekäre Aufenthaltsstatus bei der Arbeitssuche sowie -aufnahme nach wie vor die größte Hürde dar. Dies führte u. a. dazu, dass viele Geflüchtete in der Anfangsphase nach ihrer Einreise meist aufgrund fehlender Sprachkenntnisse, Qualifikationen oder deren Originalnachweise zunächst prekäre Jobs im Helferbereich aufnehmen, um schnellstmöglich ihren Lebensunterhalt zu sichern und die Chance auf eine aufenthaltsrechtliche Perspektive zu erhöhen (z. B. über die Niedersächsische Härtefallkommission). Nicht wenige versuchen auch, möglichst frühzeitig eine Ausbildung aufzunehmen, selbst, wenn

sie sprachlich gesehen noch nicht die nötige Ausbildungsreife mitbringen, um für die Dauer der Ausbildung zumindest eine sichere Duldung zu erhalten. Diese Tendenz beobachten wir v. a. bei Personen, die bereits über praktische Erfahrungen in einem bestimmten Berufsfeld verfügen. Da es auch an gezielten Unterstützungsmöglichkeiten (berufsspezifische Sprachkurse, pädagogische Begleitung, finanzielle Unterstützung etc.) für Geflüchtete während einer Ausbildung/Beschäftigung mangelt, ist ein frühzeitiger Abbruch der Ausbildung und die daraus resultierende Unzufriedenheit bei den Teilnehmer*innen und Betrieben oftmals schon vorprogrammiert. Immer wieder äußern unsere kooperierenden Betriebe, dass sie Bedenken haben geflüchtete Personen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einzustellen, denn diese könnten aufgrund der genannten Faktoren (Arbeitsverbote, Abschiebungen, fehlende Sprachkenntnisse etc.) als Arbeitskraft jederzeit wegfallen.

Mittlerweile ist zwar die Anzahl der Flüchtlinge, die sprachlich sowie schulisch ausreichend auf eine qualifizierte Tätigkeit bzw. Ausbildung vorbereitet sind, gestiegen. Auch ist es immer mehr Flüchtlingen gelungen, ihre Originalzeugnisse aus dem Heimatland zu beschaffen und sich um eine Übersetzung und Anerkennung der Dokumente zu bemühen, jedoch sind die Anerkennungsverfahren meist sehr langwierig und selten erfolgreich. Dennoch hat sich an der Anzahl der Flüchtlinge, die prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingehen, nicht viel geändert. Zusammenfassend ist somit festzuhalten, dass man in Göttingen trotz vieler Vermittlungen in Arbeit und Ausbildung leider noch längst nicht von einer „nachhaltigen“ Arbeitsmarktintegration sprechen kann. Eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten erfordert in erster Linie mehr Zeit und aufenthaltsrechtliche Gewissheit, finanzielle Sicherheit sowie eine intensive Unterstützung und Begleitung der Teilnehmenden vor Ort.

4.13 Migrantische Alltagserfahrungen in Göttingen. Ausgrenzung, Allianzen, und die Schaffung ‚eigener‘ urbaner Orte

Katharina L. Brunner, Friedemann Yi-Neumann & Malihé Bayat Tork,
Institut für Ethnologie, Georg-August-Universität Göttingen

Wie nehmen geflüchtete Menschen in Deutschland ihren Alltag wahr? Was ist die Sicht derjenigen, deren urbane Dienstleistungen täglich unhinterfragt in Anspruch genommen werden? Zwei Workshops widmeten sich wenig beachteten migrantischen Alltagsperspektiven.

Stadt ist Migration. Diese soziologische Erkenntnis ist nicht neu, sie scheint jedoch in aktuellen Diskussionen zunehmend an Bedeutung zu gewinnen. Doch die Proklamation der diversen Stadt führt nicht zwangsläufig zu gleichberechtigter Teilhabe und Repräsentation.^[1] Aus diesem Grund beschäftigten sich die Stadtlaborworkshops^[2] des BMBF-Forschungsprojektes Zur Materialität von Flucht und Migration^[3] aus der Perspektive von Geflüchteten und Migrierten mit Alltagserfahrungen in Göttingen.



Unternehmen Postmigration: Ökonomische Einblicke in die aktuelle Stadtgesellschaft (Friedemann Neumann)

Das Forschungsprojekt beschäftigt sich mit unterschiedlichen Perspektiven auf Mensch-Ding-Beziehungen im Rahmen von Flucht- und Migrationsprozessen. Im Rahmen der Workshops standen daher vor allem die Alltagserfahrungen Geflüchteter und Migrant*innen im Mittelpunkt. Das Stadtlabor wurde zu einem nicht-institutionalisierten Raum des Austausches, in dem Erlebnisse von Ausgrenzung jedoch auch von Solidarität ungezwungener geteilt und diskutiert werden konnten. Andererseits wurde der Rahmen des Stadtlabors als Ausgangsbasis genutzt, um urbane Kleinunternehmen aufzusuchen, die von Migrierten selbst geschaffen wurden und in denen sich Fähigkeiten und Biografien materialisieren.

Migrantische Alltagserfahrungen

Ahmad Fahim Rahimy und Krekar Muhammed, die aus Afghanistan und dem Irak nach Deutschland geflohen sind, nutzten den offenen Rahmen des Stadtlaborworkshops dazu, in einem sehr eindrücklichen Dialog ihre vielschichtigen, oft auch traumatisierenden Erfahrungen als Geflüchtete in Deutschland und Göttingen zu schildern. Dabei standen mannigfaltige Probleme im Mittelpunkt, wie etwa die Angst vor Ablehnung und Abschiebung, Diskriminierung sowie widersprüchliche bürokratische Entscheidungen, mit denen beide im Alltag nach wie vor konfrontiert sind. Rahimy und Muhammed sind Teil des Flüchtlingscafés Göttingen und wurden im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Treffen im Gemeinschaftshaus OM10 kontaktiert. Beide waren an der Thematik sehr interessiert.

Das Flüchtlingscafé^[4] als mitveranstaltende Gruppe stellte sich und die solidarischen Netzwerke von und für Geflüchtete(n) in Göttingen vor. Hier wurde die große Relevanz dieser solidarischen Zusammenhänge für Menschen vor, während und nach des Asylverfahrens betont. Rahimy und Muhammed erwähnten beide explizit, dass sie es ohne solche Netzwerke wohl kaum geschafft hätten, in Deutschland zu bleiben. Andererseits wurde ein Mangel an verbindlichen und kontinuierlichen Beziehungen festgestellt, die teilweise der universitären Fluktuation Göttingens geschuldet ist.

Besonders wichtig war es aus unserer Sicht, die Pers-



Göttingen als Zufluchtsort: Alltagserfahrungen, Kämpfe um Anerkennung und solidarische Netzwerke (Friedemann Neumann)

pektiven und Alltagserfahrungen von Rahimy und Muhammed zum Hauptaspekt der Veranstaltung zu machen und sie nicht etwa einem universitären Diskurs unterzuordnen. Denn selbst wenn Diskriminierung in universitären Zusammenhängen explizit thematisiert wird, finden die individuellen Erfahrungen Betroffener häufig kaum Raum.^[5] Dieses Vorgehen hat sich auch deshalb als ungemein produktiv erwiesen, weil Rahimy und Muhammed die Veranstaltung inhaltlich sehr kompetent vorbereitet hatten. Das Projekt erforderte jedoch einiges an Austausch, Vertrauensbildung und Verständigung im Vorfeld, auch da zu Beginn durchaus die Angst von Seiten der Vortragenden vor einer politischen Instrumentalisierung bestand. Zudem war der Kontakt indirekt über Netzwerke zustande gekommen, wodurch es nötig war, sich zunächst erst einmal kennenzulernen.

Situierte Expertise

Im zweiten Workshop wurde die Möglichkeit der Interaktion und des Austausches direkt im städtischen Raum erprobt. Drei postmigrantisches Göttinger Unternehmen, Amir Schuhreparatur & Schlüsseldienst (ASS), das Café Bistro Shirin (CS) sowie das Sen Viet Cuisine Bistro^[6] öffneten sich als Orte des Austausches

im Rahmen des Stadtlabors.

Die intensiven Gespräche eröffneten auf beeindruckende Weise überraschende Biografien, fachliche, strategische und politische Perspektiven auf die (unternehmerische) Situation in Göttingen und die Beziehung zu dem Land oder dem Ort, der einst verlassen wurde.

Anders als reguläre Veranstaltungen ermöglichte es dieser Workshop, Menschen, wie etwa Faical Souei (ASS) oder Bahman Ayegh (CS) an den Orten aufzusuchen, wo sie täglich arbeiten und Berichte über ihre Erfahrungen in Göttingen zu hören. Uns als Veranstalter*innen ging es explizit darum, die Geschichten von Menschen, deren Dienstleistungen viele Göttinger*innen täglich in Anspruch nehmen, zu hören.

Die intensiven Gespräche eröffneten auf beeindruckende Weise überraschende Biografien, fachliche, strategische und politische Perspektiven auf die (unternehmerische) Situation in Göttingen und die Beziehung zu dem Land oder dem Ort, der einst verlassen wurde. Die Gespräche in den Arbeitsräumen



Living Library by Samah Al Jundi Pfaff (Museum Friedland)

ermöglichten einen Einblick in die konkrete Arbeit und deren Organisation. Dabei befanden sich die Unternehmer*innen in einem für sie vertrauten Setting, in dem universitäre Workshop-Teilnehmer*innen zuhören und Fragen stellen konnten. Die Expertise lag eindeutig bei den Gesprächspartner*innen. Vor Ort zu sein ermöglichte überraschende und spontane Bezüge zu Örtlichkeiten oder Themen (häufig mittels von Objekten). Es zeigte sich, dass erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit und Präsenz (teils) die Entwicklung beachtlicher sozialer Netzwerke zwischen Unternehmer*innen und Bewohner*innen begünstigt, die in sehr unterschiedliche Milieus der Göttinger Stadtgesellschaft hineinreichen. Die Besuche eröffneten jedoch auch einen Blick auf Schwierigkeiten, strukturelle Benachteiligungen und Diskriminierungserfahrungen, wie etwa die Verweigerung von Bankkrediten oder auch die Schwierigkeit als person of color geeignete Räumlichkeiten anzumieten.

Einsichten

Was wir gelernt haben ist, dass erfolgreiche Stadtlabor-Projekte Zeit, Raum und Ressourcen für einen kontinuierlichen und (möglichst) gleichberechtigten Austausch und eine Beziehungs- und Übersetzungsarbeit brauchen. Denn mit einem gemeinsamen erarbeiteten Verständnis und Vertrauen steht und fällt der Erfolg eines Stadtlabor-Projektes, sowohl hinsichtlich der Mobilisierung und gesellschaftlichen Reichweite als auch der Qualität der Dialoge und Ergebnisse (z.B. bezüglich des Austauschs und Einverständnisses über die Publikation von Ergebnissen). Daher ist es erforderlich, auch strukturell und finanziell die Rahmenbedingungen für einen kontinuierlichen Austausch im Rahmen von Stadtlaboren zu schaffen.

[1] Sabine Hess (2013: Movements of Migration Neue Perspektiven im Feld von Stadt, Migration und Repräsentation - Eine Hinleitung. In S. N. Hess, Torsten (Ed.), Movements of Migration Neue Perspektiven im Feld von Stadt, Migration und Repräsentation. Göttingen: Kunstverein Göttingen, S. 15-16) verweist auf die ökonomische und gouvernementale Instrumentalisierung urbaner Diversität.

[2] Die Workshops fanden am 28.06. im Stadtlabor sowie am 27.07.2019 in den Unternehmen der Kooperationspartner*innen statt.

[3] Zur Materialität von Flucht und Migration wird von drei Verbundpartnern getragen: dem Institut für Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen, dem Museum Fried-

land und dem Berliner Ausstellungsbüro Die Exponauten. Website: <https://materialitaet-migration.de/>

[4] Das Flüchtlingscafé ist ein selbstorganisiertes Netzwerk von Geflüchteten und politisch aktiven Menschen, v. a. in Göttingen. Dieses Netzwerk setzt sich für die Rechte von von Abschiebung bedrohter Menschen und für die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant*innen und Geflüchteten allgemein ein. Website: <http://fluechtlingscafe-goettingen.com/>

[5] El-Tayeb, F. (2016). Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft. Bielefeld, transcript, S. 20-22.

[6] Websites der beteiligten Unternehmen: Amir Schuhreparatur & Schlüsseldienst: https://web2.cylex.de/firma-home/amir-schuhreparatur-_schluessel-dienst-12290372.html; Café Bistro Shirin: <https://de-de.facebook.com/shiringoettingen/>; Sen Viet Cuisine Bistro: https://www.tripadvisor.de/Restaurant_Review-g187350-d10325486-Reviews-Sen_Viet_Bistro-Goettingen_Lower_Saxony.html.

4.14 Die Situation von geflüchteten Frauen und Mädchen in Göttingen

Johanna Elle (Institut für Kulturanthropologie / Europäische Ethnologie, Georg-August-Universität Göttingen)

Geschlecht muss als wichtiger Aspekt in der aktuellen Ankunfts- und Aufnahmesituation Berücksichtigung finden.

Geschlecht gilt im Flucht- und Aufnahmekontext als eine Kategorie, die den Grad an ‚Vulnerabilität‘ oder ‚Verletzlichkeit‘ maßgeblich mitbestimmen kann. Faktoren, die dazu beitragen, dass (alleinreisende) Frauen* vulnerabler sein können als andere Geflüchtete sind u.a. zusätzliche Care-Verantwortung und -Arbeit für die Familie, gesteigerte Gefahr vor sexueller und häuslicher Gewalt in der Ankunftssituation, Gewalterfahrungen im Herkunftsland und auf der Flucht. Wichtig ist, diese besonderen Herausforderungen wahrzunehmen – ohne jedoch geflüchtete Frauen* per se damit zu passiven Opfern zu erklären. Vielmehr ginge es darum, Geschlecht als wichtigen Aspekt in der Praxis von Flucht, Aufnahme und Ankunft zu etablieren anstatt geflüchtete Frauen* als vulnerable Personen im Gegensatz zu nicht vulnerablen geflüchteten Männern zu positionieren. 2017/ 2018 haben wir^[1], in Kooperation mit dem Frauennotruf partizipativen Gesprächsrunden mit (alleinreisenden) geflüchteten Frauen* in Göttingen durchgeführt.^[2] Uns ging es darum ihre Situation und ihre Einschätzungen zu Gefahren, Schwierigkeiten und Forderungen zu erfahren. In diesem Zusammenhang sind verschiedene Themen von den Frauen mit Fluchterfahrung mit besonderem Nachdruck diskutiert worden:

- **Teilhabe am gesellschaftlichen Leben:** Den Frauen* ging es um Informationen über Freizeitangeboten, Möglichkeiten zur Schule zu gehen und arbeiten zu können, etc.

- **Informationen:** Viele Frauen* problematisierten, dass sie über ihre Rechte, sowohl in Bezug auf Aufenthalt, als auch in Bezug auf ihre Rechte als Frauen* nicht genug Informationen haben.

- **Anerkennung, Solidarität, Vernetzung:** Viele Gesprächspartner*innen betonten, dass für sie ein wichtiger Anker und auch ein Wunsch für die Zukunft eine gute Vernetzung mit anderen Frauen* sei.

- **Leben in Wohnungen:** Ein zentraler Punkt, der viele der Forderungen mitbeeinflusst ist der Wunsch in einer eigenen Wohnung zu leben, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, um ein höheres

Maß an Privatsphäre, Ruhe und Sicherheit zu erlangen.

- **Sicherheit:** Bei der Forderung nach Sicherheit wird sich explizit auf die Unterscheidung zwischen akuten Schutz vor Gewalt und Bleibesicherheit bzw. Lebensplanungssicherheit bezogen. Die Frauen* erkennen an, dass Gewaltschutz ein sehr wichtiges Thema ist in Bezug auf das Leben in Unterkünften, für sie ist aber der Kampf für Bleibe- bzw. Lebensplanungssicherheit zentral.

Für die geflüchteten Frauen* ist Gewaltschutz ein sehr wichtiges Thema in Bezug auf das Leben in Unterkünften, für sie ist aber der Kampf für Bleibe- bzw. Lebensplanungssicherheit zentral

Situation in Göttingen

Diese Punkte noch einmal kurz zusammengefasst, möchte ich im Folgenden versuchen, Schlaglichter darauf zu werfen, was sich in den letzten zwei Jahren für geflüchtete Frauen* und Mädchen* in Göttingen verändert hat. Anfang 2018, als wir die Gesprächsrunden abgeschlossen haben, befand sich die Stadt am Ende einer Phase der Krisenverwaltung, in der viele ad hoc Entscheidungen im Bereich Aufnahme getroffen worden waren. Inzwischen hat sich die Situation verändert: Nur noch wenig Geflüchtete kommen neu in Göttingen an. Die Krise der Politik und Verwaltung ist abgeflaut. Aber wie sieht das Leben jener Menschen aus, die in den letzten Jahren nach Göttingen gekommen sind. Haben sich ihre Forderungen, Bedürfnisse und Hoffnungen erfüllt? Wie hat sich die strukturelle Situation angepasst? Im Austausch mit lokalen Unterstützungsstrukturen wird deutlich, dass viele Frauen* jetzt, einige Zeit nach ihrer Ankunft beginnen, aktiv Unterstützung suchen. So berichtet eine Mitarbeiterin des Frauenhauses Göttingen: „Wir haben 2019 22% geflüchtete Frauen*^[3] aufgenommen, das ist ein deutlicher Anstieg zu den Vorjahren.“ Eine Tendenz, die sich aus diesem Anstieg exemplarisch ablesen lässt, ist, dass Frauen* inzwischen zum Teil genug Stabilität, Orientierung, Netzwerke und Informationen haben, um Schritte, wie die Trennung von einem gewalttätigen Partner mit Hilfe des Frauenhauses durchzuführen. Daraus läßt sich sowohl ein Erfolg der

Bemühungen verschiedener institutioneller und zivilgesellschaftlicher Kräfte ablesen, Unterstützungsstrukturen und Informationen geflüchteten Frauen zukommen zu lassen. Auch ist dies als aktuell gestiegener Bedarf an Unterstützung zu verstehen. Dies ist ein heikler Punkt, da mediales und politisches Interesse an diesem Bereich stark zurückgegangen ist, obgleich das Thema geschlechtsspezifischer Unterstützungsbedarf nach wie vor sehr drängend ist. Nach wie vor gibt es keine tragende Struktur für eine genderspezifische Aufnahme, kein kontinuierliches Geld und keine klaren Zuständigkeiten, um die weiter bestehenden Bedarfe aufzufangen.

Für viele geflüchtete Frauen ist die angespannte Situation in Unterkünften durch die erzwungene Enge und Passivität zusätzlich bedrohlich

Ein weiterer zentraler Punkt, den wir in den Blick nehmen müssen, wenn wir die Entwicklung der letzten zwei Jahre für geflüchtete Frauen* betrachten, ist die Wohnsituation. Zahlreiche Gemeinschaftsunterbringungen, wie etwa die Unterbringung im Nonnenstieg oder am Schützenanger sind geschlossen. Einige andere Unterbringungen sind aber nach wie vor in Betrieb und werden mit Neuankommenden belegt. Von hier aus wird weiterverteilt oder – mit Glück – in eigene Wohnungen gezogen. Das Finden von Wohnraum jenseits von Unterbringungen ist für Geflüchtete sehr schwer, insbesondere für alleinreisende Frauen* mit Kindern ohne eigenes Einkommen. Gleichzeitig leiden alleinreisende Frauen* und Familien mit Kindern besonders unter diesem Umstand: Nicht nur weil viele von ihnen traumatisiert sind, in Unterbringungen nicht die Möglichkeit haben zur Ruhe zu kommen und Stabilität in ihrem Alltag zu erlangen. Für viele ist die angespannte Situation in Unterkünften durch die erzwungene Enge und Passivität zusätzlich bedrohlich. So wird bundesweit an Gewaltschutz(-konzepten) für Unterbringungen gearbeitet, doch nur wenig davon wirklich kontinuierlich umgesetzt. Auch wird kaum strukturell daran gearbeitet, Zugang zu Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen. Der Wohnungsmarkt in Göttingen ist im Laufe der letzten Jahre aber deutlich angespannter geworden. Insbesondere im Niedrigpreissegment, ist das Angebot sehr überschaubar. Dabei ist der beste Gewaltschutz das Leben im selbstbestimmten Privatraum und eine gut zugängliche Betreuung und Unterstützung. Sima, eine junge geflüchtete Frau mit Baby, berichtet, dass sie sich zwei Jahre lang um Wohnungen bemüht hat: „Wir haben bestimmt 200 Wohnungen angeschrieben, auch über meinem Preisniveau, aber zur Besichtigung wurde ich nur bei circa 20 eingela-

den, eine Wohnung habe ich in Göttingen nicht gefunden. Darum habe ich irgendwann entschieden nach Northeim zu ziehen, hier gibt es mehr bezahlbaren Wohnraum. Zunächst bin ich hier an einen schlechten Vermieter geraten, die Wohnung war von innen in einem schlimmen Zustand und die Nebenkosten waren unheimlich hoch.“ Eine Geschichte wie die von Sima habe ich in den letzten Monaten öfter gehört. Geflüchtete Frauen*, die, auch mit Unterstützer*innen, keinen Wohnraum in Göttingen finden, aber aufgrund der Situation in Unterbringungen und wegen ihrer kleinen Kinder sehr dringend eine Wohnung brauchen orientieren sich gezwungenermaßen um. Eine Mitarbeiterin der Werk-Statt-Schulen in Northeim erklärt: „Notgedrungen leben viele Menschen im Umland. Größere Städte, wie Göttingen oder auch Northeim, sind für Geflüchtete und insbesondere für geflüchtete Frauen* aber wichtig, da sie Zugang zu Infrastruktur von Sprachkursen bis hin zu Kinderbetreuungsmöglichkeiten bieten.“ So lässt sich nach diesem kurzen Einblick festhalten, dass die Situation sich verändert hat: Geflüchtete Frauen* sind inzwischen mehr ‚angekommen‘, ihre Bestrebungen liegen vermehrt konkret im Bereich der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deutlich ist, dass es genderspezifische Bemühungen gibt, die AG Gewaltschutz, die wichtige Akteure wie Unterbringungsmitarbeiter*innen, Polizei, Flüchtlingssozialarbeit und frauenpolitische Akteure zusammenbringt hat in den letzten Jahren wertvolle Arbeit zur Vernetzung und beim Vortreiben spezifischer Anliegen geleistet, verschiedene Institutionen wie Pro Familia oder das Frauenhaus bieten explizite niedrigschwellige Angebote und Veranstaltungen für geflüchtete Frauen* an. Diese Bemühungen und Projekte sind aber zumeist nicht in nachhaltige und langfristig finanzierte Strukturen eingebunden, so gibt es zum Beispiel keine etablierte Struktur, die es alleinreisenden geflüchteten Frauen* oder von Gewalt bedrohten geflüchteten Frauen* ermöglicht eine Wohnung zu finden.

[1] Das Forschungsprojekt „Gender, Flucht, Aufnahmepolitiken“, Leitung: Prof. Dr. Sabine Hess

[2] In diesem Zusammenhang ist die Broschüre „Wir wollen Sicherheit. Anregungen für eine gender- und fluchtsensible Praxis im Umgang mit geflüchteten Frauen“ entstanden. Online abrufbar unter: <https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2019/11/Wir-wollen-Sicherheit-Brosch%C3%BCre-2019.pdf>

[3] Hierbei handelt es sich auf Grund insgesamt nicht sehr hohen Durchlaufzahlen des Frauenhauses, die diversen Schwankungen unterworfen sind, weniger um repräsentative Zahlen.

4.15 Wer hat Angst vorm Waageplatz? Racial Profiling in der nördlichen Innenstadt

OM10

In der nördlichen Innenstadt fanden in den letzten Jahren viele rassistische Polizeikontrollen statt. Diese beruhen auf rassistischen Stereotypen und führen zur weiteren Ausgrenzung der Betroffenen und damit zur Spaltung der Gesellschaft. Es gibt allerdings vielfältige Möglichkeiten sich mit Betroffenen der Kontrollen solidarisch zu zeigen.

Seit wir vor gut vier Jahren in das damals leerstehende Haus in der Oberen-Masch-Straße 10 eingezogen waren, bekommen wir die Verdrängungsprozesse in der nördlichen Innenstadt ganz unmittelbar mit. Ein Teil davon ist, dass in den letzten Jahren die nördliche Innenstadt und besonders der Waageplatz von Seiten der Stadt und der Presse immer mehr problematisiert und kriminalisiert wurden. Obwohl sogar die Polizeistatistik belegt, dass in der nördlichen Innenstadt nicht mehr Straftaten begangen werden als in anderen Teilen der Innenstadt, „haben Polizei und Stadt den Bereich unter verstärkter Beobachtung“ (Göttinger Tageblatt, 15.09.2019). Dies wird damit begründet, dass es ein Problem mit der „gefühlten Sicherheit“ gebe (ebd.). Wir, als Anwohner*innen und Nutzer*innen des Stadtteils, halten diese Problematik zu einem Großteil für konstruiert, um verstärkte Kontrollen zu begründen. Wir beobachten und hören immer wieder, dass hier in der Gegend häufig Polizeikontrollen besonders von Schwarzen Menschen und People of Colour stattfinden, die wir als Racial Profiling werten. Das Göttinger Tageblatt schreibt zum Beispiel: „Die bekannten Probleme, die es in jeder Stadt gibt, werden durch ein weiteres verschärft: Am Leinekanal ist der zentrale Treffpunkt für junge, männliche Geflüchtete“ (Göttinger Tageblatt 31.01.2019). Warum dies ein Problem darstellt, wird nicht weiter erklärt, sondern stattdessen auf die altbekannten Vorstellungen von vermeintlich ausländischen Männern als gefährlich und gewalttätig zurückgegriffen, vor denen besonders Frauen Angst hätten.^[1] So werden rassistische Bilder bedient und vor allem die Angst vor jungen nicht-weißen Männern geschürt, die sich auf dem Waageplatz aufhalten.

Wir wollen, dass sich alle Menschen hier im Stadtteil sicher fühlen können und das heißt auch, dass niemand Angst haben braucht, aufgrund von Hautfarbe einer Polizeikontrolle ausgesetzt zu sein.

Die Praxis des Racial Profiling hat für die Betroffenen auf verschiedenen Ebenen negative Konsequenzen. Erstens werden die Betroffenen immer wieder als Kriminelle adressiert und so von der gesellschaftlichen Normalität ausgeschlossen. Egal welcher Verdacht ausgesprochen oder nicht ausgesprochen wird, den Betroffenen wird deutlich gemacht, dass ihnen Misstrauen entgegengebracht wird und sie nicht als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft gesehen werden. Daher ist Racial Profiling eine ausschließende Praxis, die die rassistische Spaltung der Gesellschaft stützt. Zweitens ist die Polizeikontrolle eine gewaltvolle Situation und führt oft zu einer weiteren Kriminalisierung der Betroffenen, wenn sie der Kontrolle zum Beispiel widersprechen. Dies stellt eine ernste Gefahr dar, da es viele Fälle gab, in denen Polizeikontrollen zu weiterer Gewaltanwendung bis hin zu Todesfällen geführt haben. (Mehr Informationen dazu gibt es zum Beispiel unter kop-berlin.de.)

Wenn von gefühlter Sicherheit gesprochen wird, scheint die Sicherheit der Menschen, die immer wieder von rassistischen Polizeikontrollen betroffen sind, keine Rolle zu spielen. Auch wenn dieser Begriff neutral wirkt und vermitteln soll, dass es ein allgemeines Problem gäbe, ist hier nicht das Sicherheitsgefühl aller Nutzer*innen der nördlichen Innenstadt gemeint. Was für eine Sicherheit soll durch solche Kontrollen geschaffen werden? Das ist die Sicherheit einer Nation, die auf gewaltvollem Ausschluss beruht. Wir wollen, dass sich alle Menschen hier im Stadtteil sicher fühlen können und das heißt auch, dass niemand Angst haben braucht, aufgrund von Hautfarbe einer Polizeikontrolle ausgesetzt zu sein.

In Niedersachsen gibt es nach Informationen des NDR vier sogenannte „gefährliche Orte“ an denen die Polizei anlasslose Personenkontrollen durchführen und Personen anlasslos durchsuchen darf. Damit werden öffentliche Orte und die Menschen, die sie nutzen, stigmatisiert und kriminalisiert. Damit aber nicht genug: Im Gegensatz zu anderen Bundesländern weigert sich die niedersächsische Landesregierung diese Orte zu benennen. Damit kann die Polizei also praktisch überall auf diese Ausweitung der Polizeirechte zurückgreifen. Wir fordern, dass sofort öffentlich gemacht wird, welche Orte in Niedersachsen als „gefährliche Orte“ gelten!

Racial Profiling muss als institutionelles Problem der Polizei politisch und rechtlich bekämpft werden. Daneben ist es besonders für weiße Personen wichtig, die Realität des Racial Profiling im Alltag wahrzunehmen und zu bekämpfen. Darum rufen wir alle dazu auf sich einzumischen:

* Jede Polizeikontrolle ist eine gewaltvolle Situation, die eine Gefahr für die Freiheit und Gesundheit der Betroffenen darstellt. Wenn ihr eine Polizeikontrolle beobachtet, geht nicht einfach weiter. Es gibt viele Wege sich einzumischen und dabei muss niemand Held*in spielen. Es hilft schon stehenzubleiben und die Polizist*innen gezielt bei ihrer Aktivität zu beobachten, ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben und andere Passant*innen auf die Situation aufmerksam zu machen. Es ist auch wichtig den Betroffenen zu zeigen, dass ihr sie unterstützen wollt, ohne die Kontrolle zu stören. Es gibt nicht den einen richtigen Weg, aber haltet euch nicht raus.

* Wenn ihr von rassistischen Polizeikontrollen betroffen seid, macht darauf aufmerksam und sprecht mit anderen darüber. Sprecht uns gerne an. Ihr seid nicht allein.

* Lasst uns die Kriminalisierung von Menschen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten nicht hinnehmen und uns rassistischer Spaltung entgegenstellen. Die rassistische Angstmache bleibt nicht in den Zeitungen, sondern geht auch in die Köpfe und Herzen. Wir werden das nicht zulassen und an tragfähigen Bündnissen arbeiten, um uns dem täglichen Rassismus zu widersetzen.

Lasst uns den Waageplatz zu einem Ort machen, an dem niemand Angst haben braucht. Kommt immer wieder auf den Waageplatz, verbringt dort eure Freizeit und beobachtet die Polizei. Wir bleiben alle in der nördlichen Innenstadt!

Mehr Infos zum Verhalten bei rassistischen Polizeikontrollen gibt es zum Beispiel hier: copwatchleipzig.home.blog/material/

[1] Wie sehr dieser rassistische Stereotyp in der deutschen Mehrheitsgesellschaft verbreitet ist, zeigt sich unter anderem an dem beliebten Laufspiel für Kinder „ Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann?“

4.16 **Dann nehmen wir's eben selbst in die Hand: Nachbarschaftliche Teilhabe in der nördlichen Innenstadt**

Bürger*innenforum Waageplatz-Viertel

*Lassen sich die Göttinger Politik und Verwaltung auf eine echte Beteiligung von Bürger*innen bei der Entwicklung des Viertels ein? Kann in der ehemaligen JVA ein Soziales Zentrum entstehen?*

Die nordwestliche Innenstadt von Göttingen ist in Entwicklung – und wir als Nachbar*innen-Initiative sind dabei. Ende 2016 hatten einige von uns zufällig in der Zeitung entdeckt, dass die Stadt plante, in die seit Jahren leerstehende ehemalige JVA mit EU-Fördermitteln ein Hostel bauen zu wollen. Mit 200 Betten, wie wir später hörten, was den sozialen Knock-Out für unsere langsam wachsenden Nachbarschaftsbeziehungen bedeutet hätte. Dieses Vorgehen der Politik fanden wir doch sehr irritierend. Schließlich wohnen wir hier und es handelt sich um ein zentral liegendes Gebäude in unserem Viertel. In der Planungsphase war aber niemand auf uns zugekommen, um uns mit einzubeziehen. Also haben wir unsere Nachbar*innen aus den Masch-Straßen, der Goetheallee und umliegenden Straßen zur Vernetzung eingeladen. Seitdem treffen wir uns wöchentlich als Bürger*innenforum Waageplatz-Viertel. Wir wollen soziale Verdrängung verhindern und Teilhabe aller bei der Gestaltung unseres Viertels ermöglichen.

Wer erstmal verdrängt wurde, kann nicht mehr mitmachen

Die Wohnungspolitik der Stadt Göttingen bedient unterm Strich die Interessen von besser Verdienenden und Immobilienkonzernen. Doch bei uns im Viertel wohnen auch Menschen mit geringen Einkommen und Menschen, die Leistungen beziehen. Wir finden es gut, vielfältig zusammenzuleben. Allerdings mussten wir feststellen, dass die Stadtpolitik auf diese Mitbürger*innen in der nordwestlichen Innenstadt faktisch keinen Wert legt. In wenigen Jahren wurden mehrere private Häuser von größeren Investoren wie z.B. der Bassil Group aufgekauft, die mit den Objekten ihre Profite und Rendite steigern wollen. Das geschieht letztlich durch eine drastische Steigerung der Mietpreise. Politik und Verwaltung der Stadt Göttingen haben bisher keine wirksamen wohnungspolitischen Maßnahmen ergriffen, um diese Tendenz zu stoppen. In der Folge mussten leider auch etliche Menschen, die zu unseren Treffen gekommen sind, aus unserem Viertel wegziehen. Eine Nachbarin war gezwungen, ihr kleines Geschäft aufzugeben. Ganze Wohngemein-

schaften mussten sich verabschieden. Mieter*innen haben ihre Wohnungen teils auch freiwillig verlassen, weil ihnen umfassende Sanierungsmaßnahmen angedroht wurden und sie Angst hatten, plötzlich auf der Straße zu sitzen. Darunter waren auch etliche, die die von den neuen Eigentümer*innen angekündigten Maßnahmen aufgrund von zum Beispiel Sprachbarrieren schlicht nicht verstanden hatten.

Wenn wir genau hinschauen, fährt Göttingen beim Thema Wohnen einmal mehr ein Programm sozialer Kälte.

Besonders dramatisch ist die Situation im Haus Untere-Masch-Straße 13, in dem auch viele Menschen mit Wohngeld-Bezug gelebt haben und einige noch leben. Der ehemalige Hausbesitzer hat zwar im Rahmen von „Kosten der Unterkunft“ jahrelang höchstmögliche Mieten von der Stadt Göttingen genommen, das Haus aber vor aller Augen verfallen lassen. Als es endlich die Gelegenheit gab, das Haus in städtischen Besitz zu nehmen, zu sanieren und zukünftig weniger kostenintensiv zu betreiben, hat sich die Stadt Göttingen abermals nicht geregigt. So hat die bundesweit agierende Coreo Real Estate das Haus übernommen, mittlerweile fast alle Mieter*innen rausgedrängt, mit der Sanierung begonnen und wird teuer weitervermieten bzw. verkaufen. Wieder einmal wird sozialer Wohnraum vor unseren Augen vernichtet. Selbst diejenigen Bewohner*innen, die sich öffentlich gewehrt haben, werden von der Politik der Stadt Göttingen bisher nicht darin unterstützt, am Ende in ihrem Haus wohnen bleiben zu können. Wenn wir genau hinschauen, fährt Göttingen beim Thema Wohnen einmal mehr ein Programm sozialer Kälte. Was können wir tun? Als Unterstützung für Betroffene bieten wir einmal im Monat unsere kostenfreie Offene Mietberatung an. Seit einiger Zeit sind wir auch im „Bündnis Gutes Wohnen für Alle“ aktiv. Dort setzen wir uns gemeinsam für eine Wende in der Wohnungspolitik ein.

Doch soziale Verdrängung geschieht auch draußen vor unseren Haustüren. Wir wollen etwas dagegenhalten. Allerdings braucht es einen langen Atem und Offenheit, um die Menschen in unserem Viertel mit ihren verschiedenen Bedürfnissen, Lebensentwürfen, Besonderheiten und Kompetenzen zum Mitmachen einzuladen zu können. Dazu kommt: Manche wohnen hier,

manche gehen bei uns nur durch, manche erholen sich hier, manche halten sich gerne und regelmäßig bei uns auf. Bei der gemeinsamen Nutzung der öffentlichen Räume gibt es neben schönen, bereichernden Erlebnissen gelegentlich auch Unzufriedenheit und Vorwürfe. Diese liegen unserer Erfahrung nach oft in Missverständnissen und Vorurteilen begründet, manchmal aber auch in einem unverhohlenen elitären oder rassistischen Weltbild. Letzteres weisen wir entschieden zurück. In anderen Fällen suchen und probieren wir im Rahmen unserer Möglichkeiten Wege, um die verschiedenen Anliegen miteinander angehen zu können. Wir hören zu, hinterfragen eigene Vorannahmen, informieren über Aushänge, sprechen Menschen auf der Straße an, organisieren Picknicks auf dem Waageplatz, laden zu unseren Treffen ein, machen ein Straßenfest, bieten Veranstaltungen an. Nicht alles klappt gleich gut, wir sind aber erstaunt, was gemeinsam erreicht werden kann. Auch wenn es utopisch klingt: Wir wünschen uns, dass Politik und Verwaltung der Stadt Göttingen sich ebenfalls konsequent gegen soziale Verdrängung stellen und eine wirkliche Teilhabe aller Menschen in unserem Viertel ermöglichen.

Unser Lebensumfeld gestalten – ein Soziales Zentrum in der ehemaligen JVA bietet Räume

In der Nachbarschaft kamen wir schnell in Gespräche, was sich in unserem Viertel alles verändern und gestalten ließe. In der Stockleff-Mühle könnte u. a. ein Café mit sozialverträglichem Konzept und Bezug zum Waageplatz entstehen. Der Waageplatz selbst wäre ein wunderbarer Ort, um u.a. mit einem Wasserspielplatz in der nordwestlichen Innenstadt ein Angebot für Kinder zu schaffen, eine vielfältig nutzbare Wiese und z.B. Boule würden zum Verweilen und Spielen einladen: der Waageplatz als nicht-kommerzialisierte Oase und Begegnungsraum in der Innenstadt. Nicht zuletzt würde die Bereitstellung öffentlicher kostenfreier Toiletten von den Nutzer*innen des Platzes sicherlich geschätzt. Es käme eben darauf an, mit allen in einen ernst gemeinten, konstruktiven Austausch zu kommen und gemeinsam zu gestalten.

Richtig aufregend ist auch, was aus der leerstehenden JVA wird, nachdem die Sache mit dem Hostel aus EU-Geldern vom Tisch ist. Denn die Stadt Göttingen hat für die nördliche Innenstadt den Zuschlag für das Förderprogramm Soziale Stadt erhalten. Damit sind zum Beispiel nach aktuellen Planungen allein 5,5 Millionen Euro für die Sanierung der ehemaligen JVA vorhanden. Wir sehen in dem Gebäude den idealen Ort für ein Soziales Zentrum mit Räumen für Ausstellungen, Erinnerung und Begegnung gegenüber

dem Mahnmal der Synagoge, Unterstützungsangeboten und Kreativität. Für unser Nutzungskonzept sind wir u.a. mit Göttinger Initiativen wie dem Gedenkbündnis an die Opfer des NS „27. Januar“, der Göttinger Geschichtswerkstatt e.V., dem Queeren Zentrum und dem Stadtlabor im Austausch. Teil des Sozialen Zentrums soll auch ein Nachbarschaftstreff sein, mit einem kleinen Veranstaltungsraum und Teeküche. Denn es braucht Räume, damit Beteiligung und Projekte wie Repair-Cafés oder öffentliche Kochaktionen und Spieleabende überhaupt möglich werden.

Leider ist die Stadt auf unseren Vorschlag bisher nicht eingegangen, einen kleinen Teil der JVA bereits kurzfristig als Übergangslösung nutzbar zu machen. Stattdessen wurden wir auf das offizielle Vorgehen im Rahmen des Programms Soziale Stadt verwiesen. Doch warum wird die Umsetzung dieses Programms verzögert? Möglicherweise wird bereits hinter verschlossenen Türen in Verwaltung und Politik ein Nutzungskonzept für die ehemalige JVA ausgearbeitet, welches in den zur Planung vorgesehenen Machbarkeitsstudien als alternativlos vorgestellt wird. Allerdings sind diese Machbarkeitsstudien bisher noch nicht einmal terminiert. So könnte es im schlimmsten Fall sogar sein, dass heimlich geplant wird, die JVA an einen Privatinvestor zu verkaufen. Damit wäre sie für eine öffentliche Nutzung gänzlich verloren. Vor diesem Hintergrund sind wir im Oktober 2019 mit unserem eigenen Konzept für ein Soziales Zentrum an die Öffentlichkeit gegangen: Echte Beteiligung auf Augenhöhe ist nämlich nur möglich, wenn diese auch gewollt ist und gelebt wird, wenn Informationen geteilt werden und konstruktiver Austausch als bereichernd erlebt wird. So manche städtische „Bürgerbeteiligung“ hat sich im Nachhinein leider als reine Formalität oder geschickte Beschwichtigungsstrategie herausgestellt. Daher versuchen wir auf verschiedenen Wegen unsere Anliegen voranzubringen. Wir wollen im Unterausschuss Soziale Stadt für die nördliche Innenstadt mitarbeiten, um wichtige Entscheidungen für den Waageplatz und die ehemalige JVA offiziell zu begleiten. Gleichzeitig werden wir aber auch „auf der Straße“ aktiv bleiben und gemeinsam die Gestaltung unseres Viertels weiterhin selbst in die Hand nehmen.

4.17 Internationale Studierende im Stadtlabor: Göttingen jenseits des Studienalltags

Dr. Lars Klein (Euroculture, Georg-August-Universität Göttingen)

Die Universität macht es internationalen Studierenden leicht, sich einzufinden. Wie sehr internationale Studierende aber darüber hinaus am Stadtleben teilnehmen, ist eine andere Frage.

Das Format der „Gesprächscafés“, das unten erläutert werden wird, wurde von Studierenden des Erasmus Mundus Master-Studiengangs „Euroculture – Society, Politics and Culture in a Global Context“ realisiert. Diese Studierenden kommen aus der ganzen Welt, aus Brasilien etwa, den USA, Südafrika, China, der EU. Sie studieren an wenigstens zwei Universitäten und sind selten länger als ein Semester am Stück in Göttingen. Für sie bleiben die Stadt, Lokalpolitik, besetzte Häuser und Demonstrationen oft Randerscheinungen des fordernden Studienalltags. Gerade weil unser Programm um Fragen von Identität, Zugehörigkeit und Teilhabe kreist, ist das Thema Migration für die Studierenden stets von großem Interesse gewesen. Schon vor dem „langen Sommer der Migration“ haben unsere Studierende eine Ausstellung mit Fluchtgeschichten erstellt und einen Thementag zum Thema „Refugees Welcome“ veranstaltet.

Vor diesem Hintergrund habe ich beim Aufbau des Zentrums für Globale Migrationsstudien mitgewirkt und zum Stadtlabor beigetragen. Die beantragten sogenannten „Gesprächscafés“ waren dabei als offenes Format gedacht, in dem die Studierenden sich etwa darüber austauschen können, was es eigentlich für sie bedeutet, „mobil“ zu sein. Was bedeutet es für sie, ein Semester in Göttingen zu studieren, das nächste etwa in Bilbao und im Anschluss an eine Summer School in Krakau ein Praktikum in Brüssel anzutreten? Wie erleben sie Göttingen? Der Wechsel von Standort und Perspektive ist ein Kerngedanke von Euroculture, ebenso wie der Austausch in einer internationalen und interdisziplinären Gruppe. Mit dem Stadtlabor soll-

ten diese Perspektiven wiederum erweitert oder gar gebrochen und neu kontextualisiert werden. Da die „Gesprächscafés“ nicht auf dem Campus stattfanden, sondern im Stadtlabor, mussten die Studierenden den (relativ geschützten) Raum ihres Studiengangs verlassen und sich in der Stadt verorten.

Die Gesprächscafés wurden von unseren Studierenden im Rahmen des Moduls „Eurocompetence II: Project Management“ erarbeitet. Dabei zeigte sich, dass die Studierenden mit dem theoretischen Rahmen einer „postmigrantischen Gesellschaft“ relativ wenig anfangen konnten. Das lag nicht nur daran, dass die Literatur zu dem Thema wesentlich nur auf Deutsch vorliegt. Das lag vor allem daran, dass sich internationale Studierende zuerst als internationale Studierende wahrnehmen, sich also im Studienprogramm und der Universität verorten, aber weniger in der Stadtgesellschaft. In aller Regel fühlen sie sich an der Universität gut aufgehoben und betreut. Die meisten von ihnen kommen gerne wieder, einige bleiben für ihre Dissertation auf dem Göttinger Campus.

Teilnahme am Studienalltag und Stadtleben müssen sich gerade für internationale Studierende, die nur wenige Monate vor Ort sind, nicht notwendig bedingen.



Gesprächscafé: A Student Perspective to Migration (Lars Klein)

In dem Format der „Gesprächscafés“ wurden drei Veranstaltungen mit jeweils ganz unterschiedlicher Anlage realisiert. Zwei von ihnen erarbeiteten Studierende im Rahmen des Kurses „Eurocompetence II: Project Management“. Die erste war eine Gesprächsrunde mit dem Titel „International student perspectives“. Sie zeigte, dass internationale Studierende durchaus Bedarf haben, sich über Fächer hinweg über ihre Situation in der Stadt auszutauschen. Was bedeutet es, ein Erasmussemester in Göttingen zu machen? Wie sehen sich „reguläre“ internationale Studierende an der Universität und in der Stadt aufgehoben? Welche Erfahrungen machen sie mit der Visavergabe, der Suche nach Wohnungen und Nebenjobs. Wie leicht oder schwer ist es, nach dem Studium in Göttingen zu bleiben? Ist das überhaupt erstrebenswert für sie? Die Gesprächsrunde wurde ganz offen anmoderiert, indem nach den Erfahrungen der Anwesenden gefragt wurde. Studium und Infrastruktur der Universität wurden von den Anwesenden fast durchweg positiv bewertet, ebenso die gute Arbeitsatmosphäre in der Stadt. Die Würde aber durch andere Aspekte eingetrübt. Die Organisationsgruppe hielt als Ergebnis der Gesprächsrunde fest: „According to the conversation, some students have faced a culture shock after their arrival. Some even have had difficulties with their studies. They often felt depressed and homesick as they could not really cope with the new environment. In this regard the inability to speak the language, German, was raised as the biggest problem for closer integration. [...] [T]he question of job market for international students has been raised. It has been concluded that job opportunities in Göttingen are very limited and it always requires native-level German. Additionally, the issue with working visa for students from outside the European Union presents the biggest challenge. Generally, Göttingen is a small town and therefore the job opportunities are limited.“

Das zweite von den Studierenden erarbeitete Format war das interkulturelle Dinner: „When cultures (m)ee(a)t“. Es wurde von Menschen verschiedenen Alters und verschiedener Hintergründe besucht. Die enorme Freude und Neugierde, mit der sich begegnet wurde, war für mich unerwartet und überwältigend. Die Speisen wurden vorgestellt und dann probiert. Nach einer Weile gab es dazu Musik von zwei Bands. Ein relativ einfaches Format für Begegnung und Kennenlernen also, das bestens angenommen wurde.

Am Rande einer Veranstaltung im Stadtlabor wurde ich von einer Kollegin angesprochen, die anregte, einen befreundeten Künstler für einen Workshop anzufragen. Der Künstler Alessio Mazzaro hatte die 1928 in Triest verbotene antifaschistische Zeitung

„Edinost“ unter anderem mit Hilfe des „European Cultural Funds“ wieder aufgelegt. Wir luden ihn ein, eine Ausgabe im Rahmen des Stadtlabors zu erarbeiten. Der einwöchige Workshop wurde wiederum von Euroculture-Studierenden besucht. Das Format des „Gesprächscafés“ wurde dabei insofern aufgegriffen, als am ersten Tag offen Themen gesammelt wurden, die den Studierenden in Göttingen eingefallen waren. Entstanden ist eine Zeitschrift über „European identity and cohabitation“ mit dem Titel „Where is home?“. Darin berichtet etwa eine Studierende von einem Gespräch mit einer Verkäuferin, das ergab, dass beide aus Serbien stammen. Die eine war aus dem Bürgerkrieg nach Göttingen geflohen und dageblieben, die andere nahm mit Hilfe eines Stipendiums der Europäischen Union an einem internationalen Masterstudiengang teil. Beide fühlten sich fremd, lernen wir aus dem Artikel, und verlor beim Ankommen und Anpassen mehr von sich als sie neue Schichten von Identität dazubekämen. Eine andere Studierende beschäftigt sich mit dem „in-betweenness“ einer internationalen Studierenden mit doppelter Staatsbürgerschaft, die ständig auf der Suche nach Heimat ist, sich dabei ständig neu verorten muss. Aber dennoch schreibt sie: „Not having a home or a place to which we belong is not an option“. Andere Artikel enthalten Interviews mit internationalen Studierenden oder der Wohnraumverwaltung des Studentenwerks, in denen der Autor erfährt, dass diese 2345 Studierende auf der Warteliste für Zimmer hat.

Die Veranstaltungen zeigen aus Sicht der Studierenden, dass ein Rahmen wichtig ist, in dem sie nicht zuerst als internationale Studierende teilnehmen, sondern der es erlaubt, sich über ihre jeweiligen Situationen auszutauschen und vor allem zu reflektieren. Gerade weil ihr Alltag wesentlich aus Studium und Universitätsumfeld besteht, haben sie zum sonstigen Stadtleben nicht leicht Zugang. Teilnahme am Studienalltag und Stadtleben müssen sich gerade für internationale Studierende, die nur wenige Monate vor Ort sind, nicht notwendig bedingen. Insofern hat es sich als gut erwiesen, sie in die Arbeit im Stadtlabor einzubeziehen und ihnen so neue Perspektiven auf die Stadt und andere Möglichkeiten der Vernetzung zu ermöglichen.

5. IMPULSE UND EMPFEHLUNGEN FÜR EIN SOLIDARISCHES GÖTTINGEN

...Das Stadtlabor hat einen Raum für Austausch, Vernetzung und Dialog eröffnet und Freiraum für Reflektion über konkrete praktische Lösungen und Visionen geschaffen. Fortsetzung wünschenswert. Folgende Impulse und Empfehlungen, Göttingen solidarischer für alle zu gestalten, wurden darin zusammengetragen:

I Migrantische Selbstorganisationen

ANERKENNEN: Als Teil der Netzwerke von Zuwanderer*innen sind migrantische Selbstorganisationen eine niedrigschwellige erste Anlaufstelle. Hier sammeln sie Wissen und gestalten den Übergang zu den entsprechenden Fachstellen mit. Diese Expertise und Mittlerrolle gilt es anzuerkennen und zu fördern.

EINBINDEN: Hierfür sollten sie stärker in kommunale Entscheidungsstrukturen einbezogen und in die Informationsweitergabe und -vermittlung der professionalisierten Unterstützungsstrukturen eingebunden werden.

FÖRDERN: Migrantische Selbstorganisationen bedürfen der finanziellen, flexiblen und maßnahmenunabhängigen Förderung.

II Integration und Partizipation – Bestandsanalyse des behördlichen Handelns

DISKRIMINIERUNGSFREIE EINRICHTUNGEN - ZUGÄNGE ÖFFNEN: Verwaltungen, Gesundheits- und Bildungssysteme müssen den Realitäten der postmigrantischen Gesellschaft angepasst werden, etwa hinsichtlich ihrer Mehrsprachigkeit. Die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle oder Ombudsstelle wäre ein wichtiges Signal angesichts häufig auftretender Fälle von rassistischer Diskriminierung.

TEILHABE GESTALTEN: Formulare und Behördenschreiben in einfacher Sprache würden nicht nur die Teilhabe von Zugewanderten ermöglichen, sondern die aller Bürger*innen. Mobil zu sein ist insbesondere auf dem Land entscheidend für gesellschaftliche Teilhabe und Grundvoraussetzung für Zugänge zu Angeboten (z.B. Sprach- und Qualifizierungskurse) und für die Arbeitsmarktintegration.

PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG: Eine partizipative Stadtgestaltung darf nicht nur auf bestehende Organe politischer Mitwirkung zurückgreifen (z.B. Integrationsräte). Darüber hinaus sind breite und proaktive Konsultationsprozesse – auch und vor allem unter Einbeziehung migrantischer Selbstorganisationen – nötig. Nur so ist es möglich, faktische statt vermuteter Bedarfe zu identifizieren, echte Mitbestimmung zu leben und gemeinsam geeignete Lösungen zu realisieren.

SOLIDARITÄT: Die Stadt und der Landkreis haben mit ihren Beschlüssen „Sicherer Hafen“ zu werden, ein wichtiges Signal ausgesandt, aus Seenot gerettete Geflüchtete über die Verteilungsquote hinaus aufzunehmen und zu einer offenen Gesellschaft zu stehen. Jetzt müssen praktische Schritte folgen, die dies umsetzen.

III Kulturelle Partizipation und (Selbst)Repräsentation

KULTUREINRICHTUNGEN ÖFFNEN: Kunst und Kultur schaffen Räume zur Veränderung der Welt und können Kreativräume der Begegnung schaffen. Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich daher hinter, vor und auf den Bühnen und Ausstellungsflächen stärker abbilden.

RÄUME DER BEGEGNUNG SCHAFFEN: Jenseits des bestehenden Angebots von Kultureinrichtungen bedarf es eines zentral gelegenen, für alle zugänglichen Raums – wie bspw. die umgestaltete ehemalige JVA am Waageplatz – als soziales interkulturelles Zentrum, zur Begegnung und zum Austausch und als Ermöglicheraum für weitere Projekte und Initiativen einer postmigrantischen Bürger*innengesellschaft.

IV Alltagserfahrungen mit Diskriminierung und Ausschluss in der Stadt Göttingen

BEDARFSGERECHTE UNTERSTÜTZUNGSPROGRAMME WEITER FÖRDERN: Weiterhin gibt es einen großen Bedarf an gezielten Unterstützungsangeboten für Geflüchtete, bei der Arbeitsmarktintegration, bei der Sprachförderung, in Sachen geschlechtersensible Förderung etc. Erfolgreiche, nach 2015 aufgebaute Fördermaßnahmen dürfen daher nicht abgebaut werden, sondern müssen verlängert werden (landesgeförderte Sprachkurse; speziell geschulte Ansprechpartner*innen bei der Agentur für Arbeit). Angebote, die die spezifische Situation von geflüchteten Frauen mit Kindern und Personen ohne Aufenthaltserlaubnis berücksichtigen, fehlen nach wie vor weitgehend.

GESUNDHEITSVERSORGUNG – ZUGÄNGE OFFEN HALTEN: Das Landesprojekt „Medizinische Versorgung von Papierlosen“ in Göttingen hatte über anonyme Krankenscheine die Versorgung aller, auch jener ohne Krankenschein und Krankenkasse, zu akzeptablen Bedingungen ermöglicht. Die Förderung muss fortgesetzt und gemeinnützige Vereine wie Medinetz darin unterstützt werden, sich für einen Zugang aller zum Gesundheitssystem einzusetzen.

NACHHALTIGE TEILHABESICHERUNG – statt Arbeitsmarktintegration um jeden Preis: Vor allem der prekäre Aufenthaltsstatus erschwert es vielen, einen sicheren, qualifikationsadäquaten Arbeitsplatz zu finden oder sich auf den Pfad der Qualifizierung zu begeben. In diesem Sinne ist für eine großzügige städtische Politik der Aufenthaltssicherheit zu sorgen, die ihre Spielräume maximal ausschöpft. Integrationsmaßnahmen sind unter Augenmaß zu treffen, wobei alle das Recht haben sollten, Ausbeutung durch Arbeit ohne Sanktionen durch die Ämter zu verweigern.

BERATUNG AUSBAUEN: Zur Förderung fairer und sicherer Arbeitsmarktteilnahme bedarf es eines ausgebauten Beratungsangebots, wie sie etwa die in FairBleib zusammengeschlossenen Einrichtungen und Gruppen oder bundesweite Programmen wie beispielsweise im Rahmen von „Faire Integration“ bereits praktizieren.

GLEICHBEHANDLUNG UMSETZEN: Alle Menschen sollten unterschiedslos – auch in Kontakt mit Polizei und Behörden – behandelt werden. Einer Praxis des Racial Profiling ist entgegen zu wirken.

WOHNEN ERMÖGLICHEN: Eine Wende in der Wohnungspolitik ist auch in Göttingen geboten. Kommunale wohnungspolitische Maßnahmen müssen die soziale Verdrängung und die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt begrenzen. Statt Investoren die Tür zu öffnen sollte in den Erhalt und Ausbau bezahlbaren, öffentlich verwalteten Wohnraums und lebenswerte Stadtviertel investiert werden. Um Geflüchtete bei der Wohnungssuche zu unterstützen ist eine vollumfängliche Daseinsfürsorge durch das Sozialamt nötig, z.B. durch die Einrichtung einer hauptamtlichen, entsprechend personell ausgestatteten Anlaufstelle für die Wohnungssuche.

6. EPILOG

Am 12.12.2019 um 10:36 Uhr schrieb Lars Klein

Liebe Mitstreiter*innen,

in Bremen gibt es eine offenbar beliebte Reihe „Science goes PUBLIC“ unter dem Motto „Bier trifft Wissenschaft“. Es ginge darum, heißt es, Wissenschaft in lockerer Atmosphäre zu vermitteln. Weder haben wir es so gemacht, noch großzügig unsere Expertise zur Verfügung gestellt, auf dass die Praxis sie nutze.

Mit dem Stadtlabor haben wir ein Lokal gemietet und gesagt: Hier ist ein Raum, in dem wir uns alle treffen können, treffen wir uns! Der erste Mensch, den ich noch beim Einräumen traf, war ein älterer Herr der seinen Stock schwang, beklagte, dass wir die schöne Apotheke verdrängt hätten (wo wir doch nur geholfen haben, Leerstand zu vermeiden) und ansonsten auch sonst sein Missfallen an unserem Projekt deutlich machte. Und dann ging er weiter. Gespräche sind aber auch später verweigert worden, von vielen Seiten. Proteste stehen neben etlichen anderen Veranstaltungen, einem wunderbaren interaktiven Museum, Festen, zahllosen Gesprächen, Begegnungen und neuen Initiativen.

Wenn Wissenschaft in diesem Sinne an die Öffentlichkeit geht, ist sie eine Akteurin neben anderen und gar nicht notwendig als Wissensvermittlerin gefragt, sondern sie muss sich rechtfertigen und durchaus auch hintenanstellen. Das ist so heilsam wie spannend, aber wollen wir uns das weiter antun? Was bleibt denn vom Stadtlabor, wenn wir schließen?

Ich will unsere Rückschau mit der These starten, dass Wissenschaft hier nicht als Wissenschaft an die Öffentlichkeit ging, sondern als Vermittlerin zwischen Parteien und Positionen. Das Stadtlabor funktionierte als Labor zur Stadtgesellschaft von unten sehr gut, aber an dieser Gesellschaft war kaum etwas „postmigrantisch“. Und schließlich haben wir auch selbst die Theorie aufgegeben. Folglich frage ich mich – und Euch: Ich habe selten in einem wichtigeren Projekt gearbeitet als im Stadtlabor, aber werden wir da wirklich als Wissenschaftler*innen gebraucht?

Viele Grüße,
Lars

Am 20.12.2019 um 10:44 Uhr schrieb Sabine Hess

Liebe alle,

dann greife ich mal den Faden auf und freue mich, wenn nach mir einer den Stock ergreift und weiter läuft....

Das Stadtlabor war für mich im doppelten Sinne eine Laboranordnung, in der ich selbst (als Wissenschaftlerin) in der teilnehmenden Beobachtung und beobachtenden bis aktiven Teilnahme, um zentrale kulturanthropologische Verfahren der Wissensgenerierung anzusprechen, viel gelernt habe: Das Stadtlabor war zum einen für mich Reallabor hinsichtlich der Versuche, in einem kurzen Zeitraum, Akteur*innen, Diskurse, Fragen und Forderungen einer heterogenen irgendwie verfassten, organisierten, zu Migration arbeitenden (links-liberalen) „Zivilgesellschaft“ in Göttingen – und jetzt wieder im Sinne unserer disziplinären Verfahren – zu mappen und Einblicke zu bekommen in Praktiken, Verwerfungen, No-Goes, Bedarfe, Wünsche ... Vieles ahnte

und kannte ich davon. Aber nicht in einem Raum gebündelt. Vor allem die Schwierigkeiten in der Kommunikation untereinander wie auch gegenüber der verfassten, institutionalisierten Politik mitzubekommen als auch – damit einhergehend – die Schwierigkeiten, eine politische Sprechfähigkeit als Gesellschaft der Vielen gegen die grassierenden Verschärfungen und den Rechtsruck zu entwickeln, die mehr umfasst, als die eigene constituency zu mobilisieren – das alles hat mich als Policyforscherin doch mehr als beeindruckt und wird meine Forschungen sicherlich nachhaltig prägen.

Dabei hat es das Stadtlabor in der Tat nicht geschafft, zu einem migrantischen Ort zu werden, wobei wir vielleicht doch das Maximale herausgeholt haben, was es in Göttingen hierzu noch an organisierten links-liberalen politischen Kräften gibt. Auf jeden Fall ist das Ergebnis sehr ernüchternd – und das zu einer Zeit, in der Göttingen mit seinen 27,3 Prozent Wohnbevölkerung mit Migrationsgeschichte durchaus über dem Bundesdurchschnitt liegt und nun nicht mehr verleugnen kann, auch numerisch eine postmigrantische Stadt zu sein. Nur wo sind die Kräfte und Akteur*innen, die sich nach Mitsprache und Partizipation in dieser Stadt sehnen? Diese Frage stelle ich auch als Migrationsforscherin, die sich historisch mit der Geschichte der Einwanderung, der migrantischen Organisation und den Kämpfen beschäftigt, die auch in Göttingen in den 1970er und 1980er Jahren teils sehr kontrovers ausgetragen wurden, wie die Gründung eines autonomen Migrantenparlaments als Gegenentwurf zum damaligen Ausländerbeirat zeigt.

Das Stadtlabor war für mich aber auch in dem Sinn Labor, dass wir als Wissenschaftler*innen hier in neue, für manche von uns eher unbekannte, soziale und kommunikative Anordnungen gebracht wurden, die in der Tat uns nötigten, unsere klassischen Praktiken und Routinen ein Stück weit zu verlassen. Doch andererseits wurde schnell klar, dass Kompetenzen von uns in dieser Stadtlabor-Anordnung gefragt waren und extrem geschätzt wurden, wie die zu moderieren, Diskussionen ergebnisorientiert zu gestalten, Brücken zu schlagen, mit unserer „wissenschaftlichen Autorität“ Kanäle und Wege zu öffnen und Sprecherpositionen hierdurch zu legitimieren und zu unterstützen. Und auch neue Perspektiven, Reflexionen und Themen einzuspeisen, Vertrauen in Forschung und wissenschaftliche Wissensgenerierung im Feld der Migration teils doch wieder zurückzugewinnen, welche in den letzten Jahren post-2015 Forschungssturm erheblich in Frage standen... Insofern war das Stadtlabor für mich auch im Sinne einer Public Anthropology sehr lehrreich, vor allem hinsichtlich der Frage, welche Anforderungen und Schwierigkeiten mit so einer Rolle als engaged public scientists verbunden sind. Und ich denke schon, dass das Stadtlabor auch in dieser Hinsicht erfolgreich war: Für mich sind auf jeden Fall neue Kontakte und neue Konstellationen für spätere forschungsbasierte Zusammenarbeiten entstanden.

Dass meine Perspektive auf das Stadtlabor eine durch und durch auch fachlich-disziplinär geprägte und durch fachliche Debatten mit geprägt ist – Debatten wie die um activist and engaged anthropology, um applied and public anthropology oder gar militant research, welche im anglophonen Raum nicht an den Rändern der Disziplin stattfinden, wie hierzulande, sondern in der Mitte des Faches und die durch jahrelange Erfahrungen in kollaborativen Forschungsprojekten ihren Ausdruck fanden –, das alles ist sicherlich für meine Reflexion und Perspektive auf das Stadtlabor mit in Rechnung zu stellen.

Wissenschaft findet für mich schon immer inmitten sozialer Auseinandersetzungen statt, ist soziale Praxis insofern, als sie Stimmen zusammenbringt, Beziehungen stiftet oder eben auch nicht (und wenn nur auf der Ebene des Textes), und ist nicht zu lösen von Fragen nach dem Guten Leben. In diesem Sinne ist jede Wissenschaft Welt hervorbringend; dies haben wir mit dem Stadtlabor sehr explizit für einen kurzen Zeitraum versucht.

Liebe Grüße an alle,
Sabine

Am 22.01.2020 um 10:31 Uhr schrieb Friedemann Neumann

Liebe alle,

das Stadtlabor als Ort des Austausches und des Dialogs war in der Lage, einen Blick auf die Göttinger Zivilgesellschaft zu werfen wie es seitens etablierter städtischer Institutionen oder der Universität allein wohl kaum möglich gewesen wäre. Im Labor wurde sichtbar, was an geteilter Zivilgesellschaft bereits existiert: ein urbanes Zusammenleben das durch ganz unterschiedliche Personen, Gruppen, Verbände aktiv gestaltet wird. Gleichzeitig wurde jedoch auch ein schmerzhafter Blick auf die Diskriminierungserfahrungen und Ausschlüsse eröffnet, auf das Trennende, die unsichtbaren und sichtbaren Grenzen, die den Alltag vieler Menschen auch in Göttingen strukturell durchziehen und erschweren.

Das Stadtlabor ist sicherlich nicht der Ort, an dem diese Bedingungen einfach aufgehoben werden. Sie sind auch im Hier weiter präsent. Doch gleichzeitig ist dieser besondere Ort in der Lage, das Trennende zumindest zeitweise außer Kraft zu setzen, Dialoge zwischen Menschen zu ermöglichen, die sonst eher unwahrscheinlich gewesen wären. Hier wurden Verbindungen geschaffen, Kooperationen ins Leben gerufen, die vielleicht auf eine Art quer zum stadtgesellschaftlichen Gefüge verlaufen. Dies begünstigt überraschende Bezüge und Perspektivenwechsel, die das Potenzial haben, differenziert auf die postmigrantische Stadt zu blicken, auf das, was so häufig im populistischen Getöse untergeht.

Doch das Stadtlabor kann auch als etwas verstanden werden, was über das Gegenwärtige hinausgeht. Es ist vielleicht im Kleinen, was im Großen gesellschaftlich möglich ist. Es kann als Blick durch den Türspalt verstanden werden, ein Blick auf das, was kommen kann, auf etwas, das durch das Labor denkbarer und vielleicht ein bisschen wahrscheinlicher wurde: eine diverse und egalitäre Stadt, die ihrer gegenwärtigen Verfasstheit Rechnung trägt.

Viele Grüße, Friedemann

Am 22.01.2020 um 11:44 Uhr schrieb Birte Mühler

Liebes Stadtlabor-Team,

danke liebe Sabine, lieber Lars, lieber Friedemann für eure Gedanken zur Bedeutung des Stadtlabors, und zur Aufgabe der Wissenschaft dort und in der Stadtgesellschaft. Als Freies Theater und Kooperationspartner des Stadtlabors stellen wir uns ähnliche Fragen, wenn auch aus einer anderen Perspektive:

Welche Rolle spielen Kunst und Kultur im öffentlichen Diskurs, was können sie für die Öffentlichkeit leisten, was leistet aber auch die Öffentlichkeit für das Theater? Hat Kunst einen tatsächlichen utilitaristischen Nutzen für unsere Gesellschaft? Wir verstehen Theater als Fragestellerin, als Übersetzerin und vor allem auch als Plattform politischer Öffentlichkeit. Theater selbst ist nicht nur über die Inhalte der Produktionen, sondern auch und vielleicht noch dringlicher in ihren Formaten und Methoden politisch.

Das Stadtlabor war für uns in vielerlei Hinsicht ähnlich – als öffentlicher Raum bewahrte, generierte, diskutierte und sammelte es politische Belange, Praktiken, Bedarfe, Wünsche etc. Das Format hatte dabei durchaus etwas Spielerisches, weil Experimentelles – eine Art Versuchsanordnung, die in ihrer Zusammensetzung und im Format, zumindest für unsere Arbeit, erstmal neu war: Netzwerke wurden neu geordnet, neue Verknüpfungen entstanden, Perspektiven vermischt und ausgetauscht. Auch wir haben sehr von unseren Beobachtungen profitieren können, aus den anderen Sprecherpositionen wie der Wissenschaft, der zivilgesellschaftlichen Initiativen und der Museumslandschaft gelernt und uns für unsere künstlerischen Projekte innerhalb und außerhalb des Stadtlabors inspirieren lassen. Auf viele der dort neu geknüpften Kontakte und Ideen werden wir sicherlich auch in Zukunft aufbauen.

Doch wurde in diesen Debatten und Podien – da stimme ich Lars und Sabine zu – nicht wirklich eine diverse, migrantische Gesellschaft repräsentiert. Ein Thema, mit dem wir, boat people projekt, uns schon seit Jahren beschäftigen: Wie schafft man einen tatsächlichen Ort für ALLE? Wie bildet man mit dem Stadtlabor

im Kleinen die Stadt ab, die doch für alle da sein soll. Das war schließlich der Leitfaden unseres Stadtlabors: „Was macht eine Stadt für ALLE aus?“ Unser Göttinger Stadtlabor hat sicherlich an vielen Ecken Brücken und Zugänge gebaut, an anderen klafft jedoch noch immer eine Kluft. Um zu verstehen, wie unsere Stadt funktioniert – nicht nur auf stadt- und parteipolitischer Ebene, nicht nur im Vergleich mit Projekten und Statistiken aus anderen Städten und Ländern, sondern in einem lokalen, praktischen Sinne gedacht –, um herauszufinden, wie das postmigrantische Göttingen lebt, müssen wir vielleicht jegliche Mauern hinter uns lassen – seien es die des akademischen Elfenbeinturms, seien es die bildungsbürgerlichen Theatermauern, seien es die Mauern eines festen Gebäudes wie des Stadtlabors, das vielleicht nicht so niederschwellig war, wie wir es uns gewünscht haben.

Wir träumen von einem mobilen Stadtlabor, das die direkte Öffentlichkeit selber aufsucht, statt die Öffentlichkeit zu sich zu bitten. Um unserer fluiden, heterogenen Gesellschaft gerecht zu werden, müssen wir die Kommunikation ändern, müssen wir die Bürger*innen, Stadtteile, Nachbarschaftszentren, migrantischen Communities mit vielen, verschiedenen Formaten ansprechen und Zugänge schaffen, müssen wir stellenweise vielleicht auch unsere Stühle räumen, und andere entscheiden und gestalten lassen. Das ist nicht leicht. Wir arbeiten immerzu daran, scheitern, stoßen auf Grenzen und Probleme vieler Arten. Aber was wir im Stadtlabor sicherlich gelernt haben, ist, dass offene Orte neue Türen öffnen und neue Prozesse in Gang setzen. Diese Prozesse führen zu gemeinsamen Visionen – und Visionen sind etwas, das unsere gegenwärtige Gesellschaft wohl mehr denn je braucht.

In diesem Sinne – wir freuen uns auf den weiteren Prozess, lasst ihn uns gemeinsam beschreiten!

Liebe Grüße
Birte und boat people projekt

Am 23.01. um 20:47 schrieb Anja Johannsen

Liebe Mitstreiter*innen,

ich habe ein bisschen gegrübelt, wie ich Euch nenne in der Ansprache: Kombattant*innen hätte mir gefallen, klingt gut, ist aber natürlich zu kriegerisch, also schlag ich den Bogen zum Anfang unserer gemeinsamen Rückschau und greife zurück auf Lars' schöne Rede von den Mitstreiter*innen. Das trifft es. Denn auch wenn wir im Stadtlabor untereinander zwar viel diskutiert, aber wenig im engeren Sinn gestritten haben, so hatte das Stadtlabor doch von Beginn an etwas sehr Streitbares. Der Stock schwingende Alte, von dem Lars erzählt, gibt vermutlich ein sprechendes Bild ab: In diese hübsche alte Apotheke war etwas hineingeraten, das irritierte und manchen, der keine Irritation erträgt, entsprechend ärgerte. Denn hier wurde etwas in Göttingen bislang kaum Dagewesenes ausprobiert: Wissenschaft – Sabine war ja nun mal Initiatorin des Ganzen – setzt sich nicht nur für eine lange Nacht, sondern über Monate der Öffentlichkeit aus, setzt sich inmitten der Innenstadt, direkt gegenüber vom Rathaus ins Schaufenster und gibt diese Fenster im selben Atemzug frei; lädt andere ein, ihre Kompetenzen einzubringen, ihre Belange zu thematisieren, ihre Gestaltungsideen umzusetzen, Dritte, Vierte, Fünfte dazuzuholen, Treffen abzuhalten, Neues zu begründen.

Fraglos habt Ihr Recht damit, dass wir uns noch mehr vom Stadtlabor erhofft hatten, dass wir ihm noch viel mehr Besucher*innen zu den Öffnungszeiten gewünscht hatten – auch und gerade aus der direkten Nachbarschaft von gegenüber. Und natürlich waren unsere Runden oft viel zu deutsch, aber dennoch: Einen Ort, an dem vormittags eine Uni-Seminarsitzung stattfindet, nachmittags ein Gesprächscafé angeboten wird und abends die Seebrücke sich trifft, tags drauf Bonveno zum Austausch für Ehrenamtliche in der Geflüchtetenarbeit einlädt und man sich am Abend bei der Lesung eines sudanesischen Autors sieht – wo gab's den bislang schon. Wo gab es bislang eine ähnliche Bandbreite, ein vergleichbares Aufeinandertreffen von „Kulturen“ und Sprechweisen: akademische, praxisbezogene, aktivistische, künstlerische, kulturvermittelnde. Wie Du, Friedemann, schreibst: Das Trennende wick da zusehends dem einenden politischen Wollen, dem einenden Versuch, Antworten auf die Frage zu formulieren, die in der der ständigen Ausstellung vom Museum Friedland im Stadtlabor immer am wichtigsten schien: Was macht eine Stadt für ALLE aus?

Auch wenn es vielleicht wenig elegant ist, am Schluss von sich selbst zu sprechen: Ich glaube, allein schon der

Weg, den wir als Organisator*innen zurückgelegt haben von den ersten leicht verkniffenen Sitzungen an der Uni zu den konzentrierten, aber ausgelassenen Runden in den letzten Wochen im Stadtlabor, ist nicht zu verachten. Ein paar erste Schritte waren das jedenfalls auf dem von Dir, Birte, skizzierten Weg. Weiter geht's.

Herzlichst Anja (Literarisches Zentrum)

7. ÜBER DIE BEITRAGENDEN

Birke, Peter (Soziologisches Forschungsinstitut und Institut für Soziologie, Univ. Göttingen)

ist unter anderem Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Refugees@work: Perspektiven der betrieblichen Integration von Flüchtlingen in Niedersachsen“ (MWK, 2016 – 2019).

Brunner, Katharina L./Yi-Neumann, Friedemann/Tork, Malihé Bayat (Institut für Ethnologie, Univ. Göttingen)

arbeiten derzeit im BMBF-Projekt „Zur Materialität von Flucht und Migration“ am Institut für Ethnologie der Universität Göttingen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: materielle Kultur, Fluchtmigration, Asylunterkünfte, Alltag, Transkulturalität.

Elle, Johanna (Institut für Kulturanthropologie/ Europäische Ethnologie, Univ. Göttingen)

arbeitet und promoviert im Verbundforschungsprojekt „Gender, Flucht, Aufnahmepolitiken. Prozesse vergeschlechtlicher In- und Exklusionen in Niedersachsen“ an der Universität Göttingen (online unter: <https://www.gender-flucht.uni-osnabrueck.de/startseite.html>). Seit Ende 2015 beschäftigt sie sich mit genderspezifischen Ankunfts- und Aufnahmepolitiken. Ihre Schwerpunkte sind kritische Migrationsforschung und Gender Studies.

Günther, Jelka (Centre for Global Migration Studies, Univ. Göttingen)

ist wissenschaftliche Koordinatorin des Centre for Global Migration Studies und Projektkoordinatorin des Stadtlabors: Migration bewegt Göttingen.

Hess, Sabine (Institut für Kulturanthropologie/ Europäische Ethnologie, Univ. Göttingen)

ist Professorin für Kulturanthropologie und Direktorin des Centre for Global Migration Studies der Universität Göttingen. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen u.a. Migrations- und Grenzregimeforschung, Transnationalisierungs- und Europäisierungsforschung sowie Gender- und Gouvernementalitäts-Studien.

Johannsen, Anja (Literarisches Zentrum Göttingen e.V.)

ist seit 2010 Geschäftsführerin und Programmleiterin des Göttinger Literaturhauses.

Klein, Lars (Erasmus Mundus MA Euroculture, Univ. Göttingen)

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Studiengangskoordinator. Er arbeitet zu europäischer Identität, Generationengeschichte und der Geschichte der Kriegsberichterstattung. Gastdozenturen und Forschungsaufenthalte u.a. in Georgetown, Pune und Uppsala.

Liebscher, Stephan (Institut für Geographische Wissenschaften, FU Berlin)

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der AG „Globalisierung, Transformation, Gender“. Er promoviert zu Gestaltungsweisen einer postmigrantischen Gesellschaft in urbanen Räumen und durch Raumpraktiken.

Nagel, Alexander-Kenneth (Institut für Soziologie, Univ. Göttingen)

ist Professor für sozialwissenschaftliche Religionsforschung. Seine Forschungsthemen sind Migration und religiöse Pluralisierung, Religionsgemeinschaften und städtische Governance sowie religiöser Wohlfahrtsproduktion

Behörden-Watch

Unsere Antwort auf die sich verschärfende Repressionswelle ist Behörden-Watch. In dieser Widerstandsform suchen wir Orte auf, an denen Entscheidungsträger*innen ihre aggressive Praxis durchführen: die Behörden im Jobcenter, den Ausländerbehörden, den Wohnungsunternehmen, Arbeitsplätzen usw. Repressive Gesetze brauchen Organe, die diese ausführen.

boat people projekt

arbeitet als Freies Theater seit 2009 in verschiedenen Konstellationen zu gesellschaftspolitischen Themen und der Frage, was politisches Theater für Gesellschaft leisten kann – stets bemüht um umfassende Diversität auf &

hinter der Bühne.

Lampedusa Bündnis

Bei einem Bootsunglück vor der italienischen Insel Lampedusa kommen am 03.10.2013 366 Menschen ums Leben. Aus diesem Anlass gründet sich in Göttingen das Lampedusa-Bündnis und skandalisiert seitdem das Sterben an den Außengrenzen Europas; seit 2019 unterstützen wir die Kampagne „Sicherer Hafen“ der Seebrücke Göttingen.

Medinetz Göttingen

Eine staatlich organisierte Gesundheitsversorgung sollte für alle da sein. Aber die Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung, fast nur Migrant*innen, wird politisch zunehmend verschlechtert. Dagegen engagiert sich das Medinetz und vermittelt zugleich eine Basisversorgung, freilich mit beschränkten Mitteln. Das Medinetz Göttingen ist eine als Verein organisierte Gruppe von Menschen, die sich seit Jahren für eine gerechte Gesundheitsversorgung für alle einsetzt. So lange es rassistische Sondergesetze gibt, stellen wir uns gegen diese.

Migrationszentrum

Das Migrationszentrum ist ein Beratungs-, Bildungs- und Begegnungszentrum in der Trägerschaft des Diakonieverbandes des Ev.-luth. Kirchenkreises Göttingen. Seit rund 30 Jahren erhalten hier Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung aus der Stadt und dem Landkreis Göttingen Hilfe in allen Lebenslagen.

Museum Friedland

Das Museum Friedland präsentiert und erforscht die Geschichte und Gegenwart des Grenzdurchgangslagers Friedland. Darüber hinaus nimmt es Fragen von Migrationspolitik, Grenzen, Identitäten und Zugehörigkeiten, Kriegsfolgen, Menschenrechten und Asyl in den Blick.

OM10

Die OM10 ist ein politisches Zentrum und Wohnhaus in der nördlichen Innenstadt von Göttingen. Aus Protest gegen die unerträgliche Situation in den überfüllten Geflüchtetenunterkünften besetzte eine Gruppe von Aktivist*innen im November 2015 ein leerstehendes Haus inmitten der Göttinger Innenstadt. Sofort zogen wohnungssuchende Geflüchtete und Göttinger*innen ein und entwickelten im alltäglichen Zusammenleben Perspektiven der praktischen Solidarität. Aufgrund von politischer und praktischer Unterstützung von vielen Göttinger*innen konnte das Haus im Frühjahr 2017 von den Bewohner*innen gekauft und überwiegend in Eigenarbeit saniert werden. Die OM10 ist Teil des Mietshäusersyndikat und damit dauerhaft gegen Privatisierung geschützt. Die OM10 steht dafür, dass alle Menschen selbstbestimmt wohnen und leben dürfen und nicht in Lagern oder auf der Straße leben müssen. Außer einem Wohnhaus ist die OM10 auch ein wichtiger Ort für Veranstaltungen und Treffen in Göttingen. Die OM10 bietet verschiedensten Gruppen Raum, die für ein gutes Leben für Alle eintreten.

Seebrücke Göttingen

Die Seebrücke ist ein bundesweites, zivilgesellschaftliches und überparteiliches Bündnis, das sich für sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten engagiert.

Bürger*innenforum Waageplatz-Viertel

Wir sind seit März 2017 eine Nachbarschaftsinitiative in der nordwestlichen Innenstadt und beteiligen uns an der Gestaltung unseres Stadtteils. Unsere offenen Treffen sind donnerstags um 19 Uhr in der OM10 (Obere-Masch-Straße 10, Saal). www.waageplatz-viertel.org

Deutsch-Russische Gesellschaft

Die Deutsch-Russische Gesellschaft Göttingen e.V. (DRG) wurde im Jahr 2010 gegründet. Die DRG engagiert sich schwerpunktmäßig vielfältig in der Integrations- und Migrationsarbeit der Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern. Die DRG ist ein Träger der freien Jugendhilfe, anerkannter gemeinnütziger Verein und ein außerschulischer Lernort der kulturellen und mehrsprachigen Bildung für Kinder und Jugendlichen. Die DRG ist seit 2018 der lokale Partner im Projekt Samo.fa (Stärkung der Aktiven aus Migrant*innenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit im Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e.V. (BV NeMo)).

FairBleib Südniedersachsen-Harz

Das Verbundprojekt FairBleib Südniedersachsen-Harz richtet sich an Bleibeberechtigte und Flüchtlinge in der Region mit dem Ziel ihre Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt zu verbessern und sie auf ihrem Weg in Arbeit, Ausbildung und Qualifizierungen zu unterstützen.

Haus der Kulturen

Das Haus der Kulturen (HdK) wurde im Jahre 1996 als Migrationszentrum gegründet und setzt sich seitdem für Integration und Gleichberechtigung von Migrant*innen und Deutschen ein, fördert interkulturelle und transkulturelle Kommunikation, kämpft gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie für das Grundrecht auf Asyl.

8. LITERATUR

Aced, Miriam/Düzyol, Tamer/Rüzgar, Arif u.a. (Hg.) (2014): Migration, Asyl und (Post)-Migrantische Lebenswelten in Deutschland. Berlin: Lit-Verlag.

Alexopoulou, Maria (2016): Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland. In: Archiv für Sozialgeschichte 56/ 463, S. 463-484.

Bauböck, Rainer (2003): Reinventing urban citizenship. In: Citizenship Studies 7/2, 139-160.

Bayer, Natalie/ Engl, Andrea/ Hess, Sabine (Hg.) (2009): Crossing Munich. Texte zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus. München: Silke Schreiber Verlag.

Brunner, Christoph/ Kubaczek, Niki/ Mulvaney, Kelly/ Raunig, Gerald (Hg.) (2017). Die neuen Munizipalisten: soziale Bewegung und die Regierung der Städte. Wien: transversal texts.

El-Tayeb, Fatima (2016): Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der Postmigrantischen Gesellschaft. Bielefeld: Transcript Verlag.

Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hg.) (2018): Postmigrantische Perspektiven. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Foroutan, Naika (2018): Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In Postmigrantische Visionen: Erfahrungen - Ideen - Reflexionen, Postmigrantische Studien, Hrsg. Marc Hill und Erol Yildiz, S. 15–27. Bielefeld: transcript.

Franz, Yvonne (2015). Designing social living labs in urban research. info 17: S. 53-66.

Glick-Schiller, Nina (2015): Transnationalität, Migration und Stadt. Eine vergleichende Analyse. In: Movments of Migration, S. 174-187.

Hess, Sabine / Näser, Torsten u.a. (Hg.) (2015): Movements of Migration. Neue Positionen im Feld von Stadt, Migration, Repräsentation. Berlin: Panama Verlag, teils verfügbar unter: <https://www.uni-goettingen.de/de/texte+zum+weiterlesen/609054.html>.

Hess, Sabine/ Binder, Jana (Hg.) (2009): No integration. Kulturwissenschaftliche Beiträge zu Fragen von Migration und Integration in Europa. Bielefeld: Transcript Verlag.

Hess, Sabine/Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: Sub_Urban: Stadt und Migration. 2/3, S. 11-34.

Karakayali, Serhat (2017): ‚Infra-Politik‘ der Willkommensgesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30/ Jg. 3, S. 16-24.

Lebuhn, Henrik (2019): Stadt und Migration. Ein Forschungsfeld in Bewegung. Vortragsmanuskript auf der Auftaktveranstaltung des Stadtlabors Göttingen, verfügbar unter: <https://www.uni-goettingen.de/de/texte+zum+weiterlesen/609054.html>.

Linder Rolf (2004): Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung. Campus Verlag.

Nyers, Peter (2008): No one is illegal. Between city and nation. In: Engin Isin / Greg Nielsen (Hg.): Acts of Citizen-

ship. London: Palgrave Macmillan, 160-181.

Pasch, Jana (2015): Management der Außengrenzung – Problematisierung von Migration durch das Programm „Soziale Stadt“ am Beispiel der Göttinger Weststadt. In: *Movements of Migration*, 204-216.

Roncato, Eleonora (2019): „Göttingen, die Stadt die vorübergehend Wissen schafft“. Eine Reportage auf den Spuren migrantischer Jugendlicher in Göttingen, verfügbar unter: <https://www.uni-goettingen.de/de/616541.html>.

Schäpke, Niko et al. (2017): Reallabore im Kontext transformativer Forschung: Ansatzpunkte zur Konzeption und Einbettung in den internationalen Forschungsstand. Institute for Ethics and Transdisciplinary Sustainability Research, Leuphana University of Lüneburg.

Sommer, Bernd/ Welzer, Harald (2017): Transformationsdesign: Wege in eine zukunftsfähige Moderne. München: oekom.

Stadtlabor (2019): Städte als Laboratorien der Einwanderungsgesellschaft, verfügbar unter: <https://www.uni-goettingen.de/de/magazinartikel/615850.html>.

Terkessidis, Mark (2017): Nach der Flucht: neue Ideen für die Einwanderungsgesellschaft. Ditzingen: Reclam.

Vertovec, Steven/Römhild, Regina (2009): Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts für die Stadt Frankfurt am Main, verfügbar unter: <https://www.mmg.mpg.de/352035/diversity-and-integration-in-frankfurt>.

Yildiz, Erol; Mattausch, Birgit (Hg.) (2009): Urban recycling. Migration als Großstadt-Ressource. Basel.

9. ANHANG

- Liste der aktiven Mitwirkenden -

Das Stadtlabor ist initiiert worden von Wissenschaftler*innen am Centre for Global Migration Studies der Universität Göttingen, vom boat people projekt, dem Literarischen Zentrum und dem Museum Friedland.

Seit Eröffnung des Stadtlabors im Juni 2019 haben folgende Organisationen und Initiativen am Stadtlabor aktiv mitgewirkt. Sie haben eigene Veranstaltungen eingebracht, die Räumlichkeiten für ihre Treffen und für ihre Vernetzung genutzt oder an dieser Broschüre mitgeschrieben:

- Arasch Zandieh, Fotograf des Integrationsprojekts “Mein neues Zuhause”
- Behörden-Watch
- Bonveno gGmbH
- Bürger*innenforum Waageplatz-Viertel
- Deutsch-Russische Gesellschaft Göttingen e.V. (lokaler Partner der samo.fa: Stärkung der Aktiven aus Migrant*innenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit)
- DGB Kreisverband Göttingen
- FairBleib Südniedersachsen-Harz
- FiA Frauen in Aktion
- FlüchtlingsCafé Göttingen
- Flüchtlingsrat Niedersachsen
- Göttingen Heute
- Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e.V.
- Haus der Kulturen
- Kulturzentrum KAZ e.V. (Göttinger Kommunikations- und Aktionszentrum)
- Lampedusa-Bündnis Göttingen
- Medinetz Göttingen e.V.
- Migrationszentrum für Stadt und Landkreis Göttingen
- NoBorder. No Problem. Netzwerk Hildesheim - Göttingen - Berlin
- Our House OM 10
- Roma Center Göttingen e.V.
- Seebrücke Göttingen
- Tafel Göttingen e.V.
- You can't evict a Movement – You can't evict Solidarity! Kampagne für grenzenlose Solidarität mit migrantischen Kämpfen in Griechenland, auf der Balkanroute und überall

- Veranstaltungen -

- 26. + 27.04.2019 – Vortrag und Diskussion (Auftaktveranstaltung im Tagungszentrum an der Sternwarte)
Eine solidarische Stadt ist möglich?! Versuche und Erfahrungen aus Berlin; Katina Schubert
- 06.06.2019 – Wissenschaftsgespräch (Eröffnungsveranstaltung im Ratssaal)
Migration bewegt Göttingen: Ein Gespräch zwischen gestern, heute und morgen,
Christiane Heimann und Maria Alexopoulou
- 22.06.2019 – Instawalk Göttinger Orte der Migration
- 28.06.2019 – Gesprächscafé
Göttingen als Zufluchtsort: Alltagserfahrungen, Kämpfe um Anerkennung und solidarische Netzwerke



Naika Foroutan im Gespräch mit Robert Pausch über „Ost-Migrantische Analogien“ (Literarisches Zentrum)

- 29. + 30.06.2019 – Szenische Lesung
Göttinger Orte: Eine Live-Schreib-Performance
- 02. + 03.07.2019 – Konferenz + Workshops
Samo.fa Dialogkonferenz: Angekommen! Teilhabe jetzt!
- 06. + 13. + 20.07.2019 – Living Library
Mitarbeiter*innen und Freiwillige des Museums Friedland erzählen ihre Geschichten zum Thema Migration und Flucht
- 09.07.2019 – Gesprächscafé
Eine studentische Perspektive auf Migration
- 09.07.2019 – Interkulturelles Treffen und Austausch von internationalen Studierenden
When cultures (m)ee(a)t.
- 27.07.2019 – Workshop
Unternehmen Postmigration: Ökonomische Einblicke in die aktuelle Stadtgesellschaft
- 15.08., 19.09. & 24.10.2019 – Workshop
Video-Letter für MigrantInnen
- 17.08.2019 – Aktionstag (auf dem Wilhelmsplatz)
u.a. mit einem Podiumsgespräch „Stadt - Land - Flucht“ mit Oberbürgermeister Rolf Köhler und Kreisrat Marcel Riethig

- 11.09.2019 – Lesung (im Literarischen Zentrum) und Diskussion (im Literarischen Zentrum)
Wessen Erinnerung zählt?, Mark Terkessidis
- 12. + 30.09.2019 – Informations- und Bündnistreffen
Informationsaustausch über die Zentrale Abschiebebehörde und Planung des landesweiten
Aktionstags am 26.10.2019
- 25.09.2019 – Paten-Austauschabend
Austauschabend für Paten und Ehrenamtliche im Rahmen des Bundesprogramms
„Menschen stärken Menschen“
- 27.09.2019 – Vortrag und Diskussion (im Tagungszentrum an der Sternwarte)
Building Solidarity Cities – Praktische Schritte und Erste Erfahrungen, Stefanie Kron und
Sarah Schilliger
- 02.10.2019 – Vernetzungstreffen
AK Asyl, Lampedusa Bündnis, Refugee Network, Flüchtlingscafé und Seebrücke Göttingen
planen ihren gemeinsamen Beitrag zur Alternativen O-Phase
- 08.10.2019 – Lesung (im Literarischen Zentrum)
Aus der Dunkelheit strahlendes Licht, Petina Gappah
- 12.10.2019 – Lesung
Frauen im Gespräch über Flucht und Ankommen mit dem Kollektiv Polylog
- 14.10. - 20.10.2019 – Schreibworkshop
Co-Produktion einer Zeitschrift mit dem italienischen Künstler Alessio Mazzaro
- 21.10.2019 – Erfahrungsaustausch
Kommunales Integrationskonzept: Potential und zusätzliche Bedarfe. In Kooperation mit
der Deutsch-Russischen Gesellschaft und Samo.fa
- 26.10.2019 – Filmvorführungen
Sehenswert: Migration bewegt Göttingen. Ein Filmtag im Rahmen Aktionstags
„WISSENSWERT – Science goes City“
- 27.10.2019 – Diskussionsveranstaltung
„Alarme Phone Sahara – solidarische Intervention an externalisierten Grenzen.“
Erfahrungsberichte und Diskussion mit dem Aktivistin und Onlinepublizist Moctar Dan
Yaye und dem Koordinator von Alarme Phone Sahara Azizou Chehou.
- 28.10.2019 – Informations- und Dialogrunde des Büros für Integration der Stadt Göttingen
Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe
- 29.10.2019 – Workshop
Empowerment in der Flüchtlingsarbeit, Norbert Herriger
- 30.10.2019 – Erfahrungsaustausch und Diskussion
Labore - Katalysator für die postmigrantische Gesellschaft? Ein Erfahrungsaustausch zu
Erwartungen, Experimenten, Erfahrungen
- 31.10.2019 – Lesung und Podiumsdiskussion
„Patchwork Peace: Wer darf wie über wen im Theater sprechen?“
- 05.11.2019 – Workshop
Engagement mit und von Geflüchteten bei der Tafel
- 07.11.2019 – Lesung und Diskussion (im Literarischen Zentrum)
Postmigrantische Gesellschaften, Naika Foroutan
- 11.11.2019 – Buchvorstellung
Vorstellung der Broschüre „Fair Bleiben“ der Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen eG

- 15.11.2019 – Lesung
Ums Überleben kämpfen: Meine Flucht aus dem Sudan und Libyen nach Deutschland, Zain-Al abidin Al-Khatir
- 18.11.2019 – Gesprächsaustausch mit Kreisrat Riethig, dem Jobcenter (Landkreis Göttingen) und FairBleib Süd Niedersachsen-Harz „Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt“
- 21.11.2019 – Diskussionsabend
„Wie Rechtspopulisten Antisemitismus und Rassismus zu einer umfassenden reaktionären Weltanschauung verbinden“, Robert Ogman
22. + 23.11.2019 – Workshop
Teilhabe durch Ehrenamt
- 24.01.2020 – Lesung
„Mamas Superstars“, Manik Chander
- 14.02.2020 – Podiumsdiskussion
Migrationspolitik in der Krise: Was können Städte bewegen?“, Prof. Dr. Gesine Schwan (Humboldt-Viadrina Governance Platform, Berlin), Mike Schubert (Oberbürgermeister von Potsdam und bundesweiter Koordinator „Städte Sicherer Häfen“), Marion Bayer (Solidarity City Hannover) und Mehmet Tugcu (Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Grüne Göttingen) unter der Moderation von Prof. Dr. Sabine Hess (Centre for Global Migration Studies, Universität Göttingen)
14. + 15.02.2020 – Abschlussveranstaltung
Was macht eine Stadt für alle aus? Ergebnisse aus dem Stadtlabor: Migration bewegt Göttingen
- 18.02.2020 – Vortrag
„A little bit of force is needed“ – Menschenrechtsverletzungen an der Grenze zwischen Kroatien und Bosnien und Herzegowina, Marijana Hameršak und Tea Vidović

Eine Übersicht über alle Veranstaltungen findet sich im Stadtlabor-Veranstaltungskalender:
<https://www.uni-goettingen.de/de/605082.html>

- Ausstellungen -

„yallah?! über die Balkanroute“ (29.07. – 22.08.2019)

Worum geht es?

Nach und nach rücken der Sommer 2015, der „March of Hope“ von Budapest nach Österreich und die „Willkommen!“ rufenden Menschen an deutschen Bahnhöfen immer weiter in die Ferne. Während 2015 die geöffneten Grenzen die Stimmung elektrisiert haben, ist die heutige Debatte zum Thema Flucht immer öfter dominiert von Diskussionen über Grenzsicherung, Terror und rassistischen Perspektiven. Dem entgegen soll mit dieser Ausstellung der „langen Sommer der Migration“ 2015 und die Öffnung eines Korridors durch Süd-Osteuropa als relevantes politisches und historisches Ereignis festgehalten und gut aufgearbeitet einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden. Die Ausstellung rückt zwei Jahre später Geflüchtete als Hauptakteur_innen wieder in den Vordergrund und zeigt mit zahlreichen Audio-, Foto- und Videoaufnahmen sowie Kunstwerken ihre Sichtweisen auf Migration und Europa.

Wer spricht?

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Perspektiven von Geflüchteten. Die präsentierten Audio-, Video- und Fotoaufnahmen wurden während zahlreicher Gespräche und Interviews in Nordgriechenland, Serbien oder in Deutschland aufgenommen.

Entstanden sind die Materialien während Fahrten auf die sogenannte Balkanroute, bei denen die Macher_innen der Ausstellung auf unterschiedliche Weise Geflüchtete solidarisch unterstützt haben. Während der Gespräche auf der Route wurde deutlich, dass die Stimmen von Refugees in Deutschland mehr Gehör finden müssen. In der Ausstellung kommen Künstler_innen mit Fluchterfahrung durch ihre eigenen Werke zu Wort. Die Ausstellung ist in einer Zusammenarbeit von mehreren Personen entstanden, die auf der Route Geflüchtete unterstützt haben und in politischen, kritisch-akademischen und künstlerischen Kontexten engagiert sind.
yallah-balkanroute.uni-goettingen.de/

„Mein neues Zuhause“ von Arasch Zandieh (04.09. - 26.10.2019)

„Mein neues Zuhause“ ist ein Integrationsprojekt des Fotografen Arasch Zandieh für Geflüchtete in der Bonveno Wohnanlage am Nonnenstieg in Göttingen.

Arasch Zandiehs Porträts laden ein, den Menschen in die Augen zu schauen. Sie geben den Geflüchteten ein Gesicht in der Öffentlichkeit, holen sie aus der Anonymität und erzählen ihre Geschichten. Arasch Zandieh möchte Brücken bauen und wünscht sich, dass er so mehr Verständnis für die Lebenssituation dieser Menschen weckt. Gleichzeitig möchte er ihnen zeigen, wie einzigartig, interessant und wertvoll sie sind. Die Zusammenarbeit im Projekt vermittelt den Menschen zusätzlich Anerkennung und erzeugt Selbstvertrauen, Motivation und Freude.

„Ohh Porajmos“ vom Roma Center Göttingen (01.11. - 15.11.2019)

Das Roma Center zeigt die Ausstellung Ohh Porajmos. Die Comic- und Texttafeln des Sinti-Künstlers B. Weinrich befassen sich aus der Sicht des Nachkommen mit der Verfolgung und Ermordung der Roma und Sinti, mit den Menschenversuchen und den Tätern, die unbehelligt nach dem Krieg weiter Karriere machen konnten, sowie mit Diskriminierung und Rassismus gegen Roma und Sinti bis heute. Für die Ausstellungseröffnung befassen wir uns mit der Aktualität von Verfolgung gegen Roma bis heute. Vor dem Hintergrund des 2. Weltkriegs, aber auch aktueller Entwicklungen, gibt unser popkulturell geprägter Gastreferent, der Roma-Aktivist Vicente Rodriguez Fernandez, einen Workshop zur Bedeutung von Comics im Kampf gegen Faschismus und Rassismus.

IMPRESSUM

2020

„STADTLABOR: MIGRATION BEWEGT GÖTTINGEN“ (Projektlaufzeit, März 2019 - März 2020)
Ein Kooperationsprojekt des
boat people projekt
Centre for Global Migration Studies, Georg-August-Universität Göttingen
Literarischen Zentrum Göttingen e.V.
Museum Friedland

HERAUSGEBERIN:

Prof. Dr. Sabine Hess (Institut für Kulturanthropologie/ Europäische Ethnologie, Georg-August-Universität Göttingen)

Redaktion:

Prof. Dr. Sabine Hess (verantwortlich)
Dr. Jelka Günther
Leon-Fabian Caspari
Denise Simone Walter
Benjamin Sander

ANSCHRIFT DER REDAKTION:

Centre for Global Migration Studies, Georg-August-Universität Göttingen
Heinrich-Düker Weg 14, 37073 Göttingen
Tel.: 0155/3925358
E-Mail: cemig@uni-goettingen.de

DESIGN:

Alessio Mazzaro
Alessiomazzaro.com

SCHRIFTARTEN:

BasicCommercial Lt Roman
CoreSans Black, Questa, Questa Sans & Questa Grande

ONLINE-AUSGABE:

Die Broschüre ist auch als pdf-Dokument zum Download verfügbar:
www.stadtlabor-migration.uni-goettingen.de

FOTOS:

Ausstellung des freiraum museum friedland im Stadtlabor (Leon-Fabian Caspari), Das Stadtlabor in einer ehemaligen Apotheke gegenüber dem Neuen Rathaus in Göttingen (Leon-Fabian-Caspari), Building Solidarity Cities – Praktische Schritte und erste Erfahrungen (27.09.2019) (Leon-Fabian-Caspari), Samo.fa Dialogkonferenz „Angekommen! Teilhabe jetzt!“ (02.-03. Juli 2019) (Deutsch-Russische-Gesellschaft Göttingen), Gedenken der Toten im Mittelmeer (Mohan Ramaswamy), Künstler Anis Hamdoun auf dem Aktionstag auf dem Wilhelmsplatz (17.08.2019) (Museum Friedland), Live-Text-Performance des boat people projekt mit Künstler Anis Hamdoun (Reimar de la Chevallerie), Schreibwerkstatt „Patchwork Peace“ im Stadtlabor (Luise Rist), Video-Letter für Migrant*innen und Geflüchtete (Museum Friedland, 2 Fotos), Aktionstag des Museum Friedland auf dem Wilhelmsplatz (17.08.2019) (Museum Friedland), Unternehmen Postmigration: Ökonomische Einblicke in die aktuelle Stadtgesellschaft (27.07.2019) (Friedemann Neumann), Göttingen als Zufluchtsort: Alltagserfahrungen, Kämpfe um Anerkennung und solidarische Netzwerke (28.06.2019) (Friedemann Neumann), Living Library by Samah Al Jundi Pfaff (Museum Friedland), Gesprächscafé: A Student Perspective to Migration (09.07.2019) (Lars Klein), Naika Foroutan im Gespräch mit Robert Pausch über „Ost-Migrantische Analogien“ (Literarisches Zentrum)



Gefördert im Niedersächsischen Vorab durch



literarisches
zentrum
göttingen

